Mittwoch, 26. Oktober 1983 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

# DIE WELT

## UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 250 - 43. W - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 9,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 100,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

## TAGESSCHAU

### POLITIK

**Gemeinsame Aktion:** Die auf ein Hilfsersuchen der ostkaribischen Staaten (OECS) von den USA und sechs weiteren Staaten auf Grenada unternommene Intervention sollte das Leben Unschuldiger schützen, weiteres Chaos verhindern und zur Wiederherstellung von Recht und Ordnung beitragen, erklärt Präsident Reagan.

**Kernenergie:** Erstmals haben sich Experten der Bundesregierung und der „DDR" zu Gesprächen über Kernkraftwerkssicherheit und Strahlenschutz in Bonn getroffen. Die Bundesregierung strebt ein Abkommen über gegenseitige Information bei Störfällen an.

**„DDR" verklagt:** Nach gescheitertem Fluchtversuch ihres Sohnes aus der „DDR" hat eine in Bayern lebende Frau das SED-Regime jetzt vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagt. Der „DDR"-Straftatbestand der „Republikflucht" widerspreche der Menschenrechtskonvention.

**Flucht nach Berlin:** In einem Privatflugzeug sind fünf Polen – vier Erwachsene und ein Kind – nach Berlin geflüchtet.

**Warnung vor Unruhen:** Die jugoslawische Führung schließt angesichts der schlechten Wirtschaftslage politische Unruhen nicht aus. Die Sicherheitslage werde „immer heikler", warnt der stellvertretende Innenminister. In der Bevölkerung greife Unzufriedenheit über den sinkenden Lebensstandard um sich. (S. 2)

**Asyl für Bitow:** Der sowjetische Journalist Oleg Bitow, Chef des Auslandsdienstes von „Literaturnaja Gaseta", bekommt Asyl in Großbritannien.

**Kopelew:** Die Verfolgung von Anhängern der „wahren Friedensbewegung" in der UdSSR wird nach Angaben des Schriftstellers Lew Kopelew „immer schärfer, immer härter".

**Heute:** Bundespräsident Carstens trifft Präsident Mitterrand in Paris. – Fragestunde des Bundestages. – Wohnungspolitisches Fachgespräch zwischen Bauminister Schneider und Spitzen der Kredit- und Versicherungswirtschaft. – Entwicklungsminister Warnke in Peking. – Tarifverhandlungen über Arbeitsplatz- und Einkommenssicherung im öffentlichen Dienst.

## WELT-Report Reisen '83/84

Das Reiseverhalten der Deutschen hat sich total verändert. Nicht der „Urlaub vom Ich" – am Strand in Rückenlage die Sonne anblinzeln –, sondern der „Urlaub zum Ich" – aktiv und kreativ – bestimmt die wohl wertvollsten Wochen des Jahres. Sonnen- und Schneeziele, Tips und Berichte im 56seitigen Farbreport der WELT.

### WIRTSCHAFT

**Rodenstock widerspricht:** Die nächsten Tariferhöhungen sollten nach Auffassung von BDI-Präsident Rodenstock um drei Prozent liegen. Steuererleichterungen für Unternehmer durch Kürzungen im sozialen Bereich – wie vom DIHT gefordert – hält er für wenig realistisch.

**Roboter contra Mensch:** Das Vordringen von Industrierobotern wird nach Ansicht der Commerzbank bis zur Jahrhundertwende ungefähr die Hälfte aller Beschäftigten im Montagebereich in der Bundesrepublik überflüssig machen.

**Auto-Produktion:** Mit 370 400 Pkw produzierte die deutsche Industrie im September acht Prozent mehr als im September 1982. (S. 13)

**Börse:** Kaufaufträge aus dem Ausland trieben die Aktienkurse weiter nach oben. Der Rentenmarkt war gut behauptet. WELT-Aktienindex 149,9 (147,4). Dollarmittelkurs 2,6027 (2,6105) Mark. Goldpreis pro Feinunze 398,00 (394,50) Dollar.

### ZITAT DES TAGES



„Wer immer auch die Terroranschläge gegen die amerikanischen und französischen Friedenstruppen in Beirut verübt haben mag, die Drahtzieher sitzen in Moskau und Damaskus."

Der israelische Wissenschaftsminister Yuval Neeman in einem Gespräch mit der WELT.

FOTO: DW.

### KULTUR

**Engelmann:** Den Rücktritt des Vorsitzenden des Schriftsteller-Verbands (VS), Bernt Engelmann, hat der Autor Jürgen Fuchs verlangt. Engelmann hatte den Franzosen Manès Sperber zur Rückgabe des Friedenspreises des Buchhandels aufgefordert.

**Autoren und Pershing:** Ein drittes Treffen mit Autoren aus West und Ost will die Berliner Akademie der Künste Mitte Dezember bei Heilbronn veranstalten. Dort sollen nach Angaben von Akademie-Präsident Günter Grass Pershing 2 stationiert werden.

### SPORT

**Fußball:** Das Berliner Olympiastadion wird heute beim Fußball-Länderspiel gegen die Türkei (original in der ARD ab 20.10 Uhr) nicht ausverkauft sein. Bis gestern wurden erst 19 400 Karten verkauft. (S. 10)

**Turnen:** China steht auf dem Sprung, die stärkste Kunstturn-Nation zu werden. Bei der Weltmeisterschaft in Budapest führen die Chinesen nach der Pflicht überraschend deutlich vor den Russen. (S. 11)

### AUS ALLER WELT

**Kein Zimmer frei:** Alle 52 Haftanstalten in der Bundesrepublik sind nahezu ausgebucht, teilweise sogar überbelegt.

**0,000 007 Prozent:** Die Chance, vom Blitz erschlagen zu werden, ist viermal höher als sechs Richtige im Lotto zu gewinnen, oder, mathematisch ausgedrückt, 0,000 007 Prozent. Dennoch bleibt das Zahlenlotto auch weiterhin Spitzenreiter unter den Glücksspielen. (S. 24)

**Wetter:** Nur im Norden gelegentlich Regen, sonst wolkig und trocken, 9 bis 13 Grad.

### Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:



# Reagan zum Eingreifen in Grenada: Wiederherstellung der Demokratie

## Washington folgte dem Wunsch der karibischen Staaten zu Intervention

TH. KIELINGER/DW. **Washington**

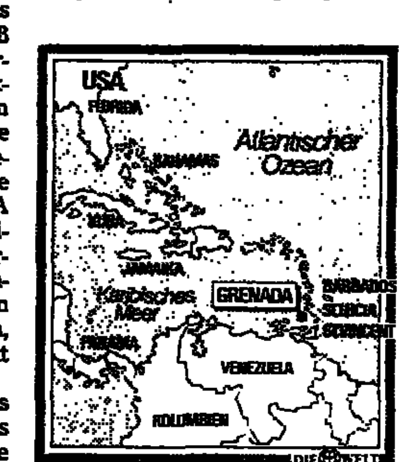
US-Präsident Reagan hat die militärische Intervention, bei der Truppen der Vereinigten Staaten gemeinsam mit Soldaten von sechs Karibikstaaten die Insel Grenada besetzten, als Aktion zur Wiederherstellung der Demokratie bezeichnet. Das Unternehmen sei ein „totaler Erfolg gewesen". Reagan hatte sich zu dem Einsatz auf Grenada entschieden, nachdem ihm das Massaker an den amerikanischen Marines in Beirut gemeldet worden war.

In einer landesweiten Fernsehrede sagte Reagan im Beisein der Premierministerin von Dominica und Vorsitzenden der Organisation Ostkaribischer Staaten, Virginia Charles, das Eingreifen habe dazu gedient, „unschuldige Leben" zu schützen, das „Chaos" auf der Insel zu beenden und Recht und Ordnung wiederherzustellen. Reagan rechtfertigte das amerikanische Vorgehen damit, daß in Grenada „die Demokratie wiederhergestellt werden" müsse. Den extrem linksgerichteten militärischen Revolutionsrat, der am Wochenende die Macht übernommen hatte, bezeichnete der Präsident als „Gruppe brutaler linker Gangster". Die USA hätten sich dem Wunsch der karibischen Staaten nach einer Wiederherstellung der Ordnung in Grenada angeschlossen. Die Landungstruppen würden solange auf der Insel bleiben, bis die Ordnung wiederhergestellt sei, sagte der Präsident.

Nach Angaben des Sprechers des auswärtigen Senatsausschusses Charles Percy sind 30 sowjetische Berater auf Grenada in die Hände der „multinationalen Interventionsstreitmacht" geraten. Eine dem Weißen Haus nahestehende Quelle gab bekannt, daß bei den Kämpfen mindestens drei Kubaner getötet worden seien.

Nach Angaben des amerikanischen Unterstaatssekretärs für interamerikanische Angelegenheiten, Langhorne Motley, haben an der Intervention 2000 amerikanische Soldaten und 300 Soldaten aus Antigua, Barbados, Dominica, Jamaika, St. Lucia und St. Vincen teilgenommen. Das Unternehmen wurde von den vor der Küste liegenden amerikanischen Flotteneinheiten unterstützt.

Auf Grenada war die Regierung des mit Kuba liierten Premierminister Bishop vor zehn Tagen einem gewalttätigen Umsturz zum Opfer gefallen.





Mehrere Kabinettsmitglieder, Arbeiterführer, Männer, Frauen und Kinder waren dabei ums Leben gekommen. Das neue Revolutionsdirektorat, bestehend aus 16 Offizieren der grenadischen Armee, hatte eine totale Ausgangssperre verhängt und als politisches Ziel des Umsturzes noch engere Beziehungen zu Kuba und zur Sowjetunion verkündet.

Die explosive Situation auf der Insel, so führte Reagan aus, übte eine unmittelbare Gefahr auch für die dort lebenden US-Bürger aus, von denen nach Berichten eine große Zahl auf eigene Faust von der Insel zu fliehen bereit war.

Premierminister Eugene Charles deutete an, daß vor der Ermordung von Bishop und seinen engsten Mitarbeitern in der vergangenen Woche die Ansicht vorgeherrscht habe, daß die Bishop-Regierung selber bereits zur Mäßigung habe zurückkehren und die alte Stabilität und Paktfreiheit der Ostkaribik wieder habe respektieren wollen. Der Umsturz vor zehn Tagen habe die Lage geändert. „Das grenadische Volk braucht sich nicht Unterdrückungsformen aufzwingen zu lassen", sagte die Politikerin.

Die sowjetische Agentur Tass verurteilte die ausländische Intervention, noch bevor die amerikanische Teilnahme offiziell bestätigt worden war. Tass betonte, die „imperialistische Intervention" sei ein „neokolonialistischer Akt", der den „revolutionären Prozeß" auf Grenada zu Fall bringen solle.

## DER KOMMENTAR

# *Wort und Tat*

THOMAS KIELINGER

Die Umstände der Zeitgeschichte haben den amerikanischen Präsidenten gezwungen, zu bekennen, was er darstellt, zu demonstrieren, was das Gesetz ist, nach welchem er und seine Regierung vor fast drei Jahren angetreten sind. Wir haben in diesen drei Jahren viel von einer „Politik der Stärke" gehört, doch bisher war diese Politik noch nicht vor die Gretchenfrage gestellt worden: Wie steht es mit dem Einsatz amerikanischer Macht, vor allem in ihrer militärischen Variante?

Konfrontiert mit dem Zusammenprall der Katastrophe in Beirut und dem fast gleichzeitig an ihn gerichteten Hilferuf von sechs karibischen Nationen, die von Grenada ausgehende Destabilisierung der Region beseitigen zu helfen, hat dieser Präsident gehandelt, wie die amerikanische Nation und die Welt es nach den drei Jahren seines bisherigen politischen Auftretens erwarten konnten: stark und entschieden („strongly and decisively"), wie er es selber formulierte.

Aber Reagan hat gleichzeitig nicht die Gesetze der politischen Klugheit umgestoßen. In Beirut versagte er sich der Option einer Truppenverstärkung, weil er genau weiß, daß damit an der labilen Balance nichts zu ändern ist. Er konzentriert sich statt dessen auf die notwendige Aufklärung seines Volkes über die Ziele der amerikanischen Nahost-Politik und die Bedrohung, die dem Westen insgesamt bevorsteht, sollte diese Region unter sowjetischen Einfluß fallen.

In Grenada modellierte er seine Antwort genau umgekehrt: Hier kam es auf die Schnelligkeit des Handelns an, da befreundete Staaten sich bereits hilfesuchend an das Weiße Haus gewendet hatten. Auch in der Karibik steht die Stabilität einer ganzen Region auf dem Spiel. An dieser Stabilität kann nicht nur den USA, an ihr muß den Anrainer-Staaten aufs höchste gelegen sein. Die Demokratien mögen auf dem besten Arsenal der militärischen Verteidigung sitzen: Wenn sie sich nicht zusammenfinden, den Anfängen der Unterdrückung und der Subversion Paroli zu bieten, verspielen sie ihren Auftrag und ihr Prestige.

Reagan ist an die Macht gekommen, weil der Präsident vor ihm im Umgang mit den legitimen Mitteln der Macht unsicher und unentschlossen war. Er handelt wie ein Mann, der mit sich und seinem historischen Auftrag eins ist.

# Shultz gibt Syrien Schuld an Attentaten

## Außenministerkonferenz schon am Donnerstag in Paris / Bergungsarbeiten dauern an

DW. **Washington**

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat Syrien vorgeworfen, eine Vormachtstellung in Nahost anzustreben und Libanon zu einem Satelliten eines „Groß-Syrien" machen zu wollen. Der Regierung in Damaskus gab Shultz vor dem Außenpolitischen Ausschuß des Kongresses die Mitschuld an dem Bombenattentat in Beirut, weil sie von den iranischen Aktivitäten gewußt haben müßte, die zu dem Anschlag geführt hätten. Der Sowjetunion warf Shultz vor, Syrien mit der Lieferung modernster Waffen in seiner „hegemonistischen Tendenz" zu unterstützen. Moskau dagegen hat den Anschlag in Beirut als unmittelbares Ergebnis der abenteuerlichen Politik Washingtons bezeichnet. In der „Prawda" hieß es, Syrien stehe israelischen und amerikanischen Plänen entgegen, und eine „antisyrische Provokation" sei schon lange geplant gewesen.

Die USA haben offenbar vor allem Iran und die Schiitenmiliz „Amal" in Verdacht, die Attentate organisiert zu haben. Die Amal besteht aus schiitischen Moslems, die auch die Bevölkerungsmehrheit Irans stellen.

SEITE 12:
Weitere Beiträge

Die Konferenz der Außenminister der vier Länder, die die multinationale Friedenstruppe in Beirut stellen, wird vermutlich schon am Donnerstag in Paris stattfinden. Wie in der französischen Hauptstadt bekannt wurde, hat Frankreichs Außenminister Cheysson noch gestern mit seinem britischen Amtskollegen Sir Geoffrey Howe in London die Konferenz vorbereitet.

Die Zahl der Toten des Bombenattentats in Beirut ist nach Angaben der Verteidigungsministerien in Washington und Paris bis gestern vormittag auf insgesamt 224 angestiegen. Die Bergungsarbeiten werden unterdessen unvermindert fortgesetzt.

Gestern vormittag sind in der Nähe der amerikanischen Stellungen erneut drei mit Sprengstoff beladene Lastwagen gesichtet worden. Die Soldaten wurden „in höchste Alarmbereitschaft" versetzt. Auch in der britischen Botschaft in Beirut, die seit der Zerstörung der US-Botschaft im April von amerikanischen Diplomaten genutzt wird, ging nach Angaben von Angestellten eine nicht näher beschriebene Drohung ein.

# Kopelew: Die Verfolgung wird immer härter

DW. **Köln**

„Immer schärfer, immer härter" wird nach Informationen des im Exil lebenden sowjetischen Schriftstellers Lew Kopelew die Verfolgung von Anhängern der „wahren Friedensbewegung" in der Sowjetunion. Im Deutschlandfunk wies Kopelew, der jetzt in Köln wohnt, insbesondere auf das Vorgehen gegen die Mitglieder der „Gruppe zur Verständigung mit den Vereinigten Staaten" hin. Dennoch kämen immer wieder Nachrichten über Aktivitäten einzelner Personen aus verschiedenen Städten der Sowjetunion in den Westen.

Kopelew vertrat die Auffassung, daß die moralische Position des nach Gorki verbannten Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow gegen alle Formen der Unterdrückung der Menschenrechte, gegen Kriegshetze und Militarisierung vor allem im eigenen Land ein Vorbild für wirkliche Friedenskämpfer ist. Auf die Frage, ob die westeuropäische „Friedensbewegung" in irgendeiner Weise Einfluß auf die Menschen in Osteuropa habe, antwortete Kopelew: „Ich wünschte, daß die Friedensbewegung im Westen mal richtig Verbindungen zu ihren Gesinnungsfreunden in Osteuropa finden könnte. Ich kann mir aber nicht vorstellen, wie sich ein Einfluß entwickeln soll. Einfluß hat Sacharow, sein Widerstand, sein Mut in der Behauptung der Menschenrechte und sein Prinzip, daß ein Frieden ohne Menschenrechte kein realer Friede sein kann." Kopelew trat dafür ein, gegen Aufrüstung „sowohl im Osten wie im Westen" aufzustehen.

# Neuverschuldung soll weiter gesenkt werden

HEINZ HECK, **Bonn**

Die Bundesregierung peilt jetzt eine Neuverschuldung für das kommende Jahr von nur noch rund 35 Milliarden Mark an, also zwei Milliarden Mark weniger als noch im Haushaltsgesetzentwurf vorgesehen. Damit bliebe sie unter der von der Verfassung vorgeschriebenen Verschuldungsgrenze (Höhe der öffentlichen Investitionen). Nach dem mehrstündigen Koalitionsgespräch am Montagabend bleibt es bei der schon früher erklärten Zielsetzung des Finanzministers, Mehreinnahmen aus dem Bundesbankgewinn ganz für die Rückführung der Neuverschuldung zu verwenden. Hatte man bei der Verabschiedung des Haushalts im Juni noch mit 6,5 Milliarden Mark gerechnet, so gelten inzwischen 8,5 als sicher. Ungeachtet der sich inzwischen abzeichnenden zusätzlichen Anforderungen an den Haushalt (neben den drei Krisenbranchen Kohle, Stahl und Werften, werden die EG und höhere Bürgschaftsleistungen genannt) soll es bei Gesamtausgaben von 257,75 Milliarden (Steigerung 1,8 Prozent gegenüber 1983) bleiben.

Mehranforderungen müssen also an anderer Stelle ausgeglichen werden. Die Haushaltspolitiker beider Koalitionsfraktionen hatten nach der Sommerpause Einsparungsvorschläge in Höhe einer Milliarde Mark angekündigt. Allerdings gibt es mit der Konkretisierung noch Schwierigkeiten. Zur Klärung verschiedener strittiger Fragen hat die Koalitionsrunde verschiedene Arbeitsgruppen eingesetzt.

# „Moskau unterläuft Plan zur Reduzierung"

## NATO zu Stationierungs-Plänen des Kreml / „Flankenschutz für Friedensbewegung"

DW. **Bonn**

Der Erklärung der Sowjetunion, die angekündigte Stationierung von „operativ-taktischen Raketenkomplexen" in der „DDR" und der Tschechoslowakei sei die Antwort auf die Aufstellung neuer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa, ist in NATO-Kreisen entschieden widersprochen worden. Die Sowjetunion habe bereits vor mehreren Jahren eine Modernisierung ihrer zwischen 1965 und 1969 aufgestellten Raketen („Frog", „Scud" und „Scaleboard") beschlossen. Diese Raketentypen sollten jetzt offenbar durch SS 21, 22 und 23 abgelöst werden. Außerdem, so wurde von westlichen Fachleuten hervorgehoben, habe die Stationierung in der „DDR" schon begonnen.

Für NATO-Experten gibt es deshalb nur ein denkbares Motiv für den Zeitpunkt der Moskauer „Bekanntgabe": Er ist als Flankenschutz für die „Friedensbewegung" gedacht.

Eine offizielle Stellungnahme der Allianz wird wahrscheinlich in dem Kommuniqué gegeben werden, das die NATO-Verteidigungsminister zum Abschluß der Konferenz der Nuklearen Planungsgruppe am kommenden Freitag in Kanada veröffentlichen wollen. Aber bereits jetzt wurde in Kreisen des Bündnisses auf einen anderen Aspekt der Stationierung SS-21-, 22- und 23-Raketen hingewiesen. Damit werde ein mögliches Abkommen über die Begrenzung der Mittelstreckenraketen unterlaufen. Denn die Sowjetunion ist bislang auf westliche Wünsche nicht eingegangen, diese Waffen bei den Verhandlungen zu berücksichtigen. Sie würden also in ihren vorgeschobenen Stellungen bleiben können, selbst dann, wenn in Genf der Westen auf Pershing und Cruise Missiles ganz verzichtet.

SEITE 2:
Der Befehlsempfänger
SEITEN 3 UND 4:
Weitere Beiträge

Staatsminister Möllemann vom Auswärtigen Amt kommentierte die Moskauer Ankündigung mit der Bemerkung, es sei „ein starkes Stück", wenn Moskau in dieser Weise auf NATO-Entscheidungen reagiere, ihre taktischen Atomwaffen einseitig um mehr als 1500 zu verringern. Kritik kam auch vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz – Mitveranstalter der „Friedensdemonstrationen" – der Teufelskreis der atomaren Aufrüstung könne so nicht gestoppt werden.

# SPD-Spitze auf Distanz zu Schmidt

## Parteipräsidium dankt Brandt für sein Auftreten auf der „Friedenskundgebung"

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Die Rede des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vor den Demonstranten im Bonner Hofgarten hat der Diskussion in seiner Partei über den NATO-Doppelbeschluß weiteren Auftrieb gegeben. Das Präsidium der SPD dankte dem Parteichef offiziell „für sein Auftreten auf der Friedenskundgebung", zugleich regte sich aber auch Kritik. Unabhängig davon hat sich Bundesgeschäftsführer Peter Glotz im Deutschlandfunk gestern ausdrücklich von der Sicherheitspolitik des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt distanziert, während parallel dazu Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel die Pläne der Koalition scharf angriff, die Bundestagsdebatte zu diesem Thema bis zum 21. November um Mitternacht abzuschließen.

Brandt wurde vom SPD-Präsidium vor allem dafür gedankt, daß er auf der Bonner Kundgebung „deutlich gemacht hat, die deutschen und europäischen Interessen" im westlichen Bündnis „nachdrücklich wahrzunehmen". Und: „Solange es noch eine Chance in Genf" bei den Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen gibt, eine einschneidende Reduzierung sowjetischer Mittelstreckenraketen verträglich zu vereinbaren, durch die

SEITE 2:
Der Befehlsempfänger

eine Stationierung im Westen überflüssig wird, sollte – ebenso wie der frühere Bundeskanzler Adenauer – Kanzler Kohl bereit sein, gegenüber dem amerikanischen Verbündeten endlich die deutsche Interessenlage klar und deutlich zu vertreten."

Das Präsidium verwies noch einmal auf den Vier-Punkte-Vorschlag, den Brandt während eines Hearings vor dem US-Kongreß gemacht hatte und der unter anderem ein Einfrieren (Freeze) der Atomwaffen auf dem gegenwärtigen Stand vorsieht. Die Bundesregierung befinde sich innenpolitisch in der Minderheitsposition. Aber auch die „Ankündigung des Warschauer Paktes, Gegenstationierungen in der DDR und in der CSSR vorzubereiten", sei keine „hinnehmbare Perspektive", heißt es in einer Erklärung des SPD-Präsidiums.

Die Kritik innerhalb der SPD, die gestern abend auch während der Sitzung der Bundestagsfraktion zum Ausdruck gebracht werden sollte, entzündet sich vor allem daran, daß Brandt auf der Bonner Demonstration schon vor dem außerordentlichen Parteitag in Köln die Sozialdemokraten endgültig auf ein „Nein" zu jeder Form einer Nachrüstung festgelegt habe. Während im Verlauf der verschiedenen Basis-Parteitage der vergangenen Wochen von der Bonner SPD-Spitze öffentlich immer wieder

● Fortsetzung Seite 12

# Jugoslawiens Führung befürchtet neue Unruhen

## Mißwirtschaft und ethnische Konflikte als Ursachen

CARL GUSTAF STRÖHM, **Wien**

Am Vorabend einer geheimen Sitzung des Zentralkomitees der jugoslawischen KP hat der stellvertretende Innenminister der Belgrader Bundesregierung, Mirko Bunevski, vor möglichen Unruhen gewarnt, die in der Bevölkerung angesichts des ständig sinkenden Lebensstandards ausbrechen könnten. Damit hat zum ersten Mal ein hoher jugoslawischer Funktionär die Möglichkeit von öffentlichen Protesten und politischen Unruhen zugegeben. Bunevski sprach von einer „immer heikler werdenden Sicherheitslage" im Lande. Die Ursache für mögliche Proteste sieht der stellvertretende Innenminister in der Meinung der Bevölkerung, daß die bisher eingeleiteten Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft keine Resultate zeigten.

Als besondere Problemfälle bezeichnete Bunevski die mehrheitlich von Albanern bewohnte Provinz Kosovo, in der während der Zeit von Januar bis Ende September sieben illegale albanische Organisationen mit 130 Mitgliedern ausgehoben worden sind, sowie den großserbischen Nationalismus. So sei es beim Begräbnis des von Tito 1966 abgesetzten ehemaligen Polizeichefs Aleksander Rankovic – eines Serben – im August 1983 in Belgrad unter den mehr als 100 000 Trauergästen zu nationalistischen Manifestationen gekommen.

Die schweren Auseinandersetzungen innerhalb der obersten politischen Führung Jugoslawiens spiegeln sich auch in einigen Polemiken und verdeckten oder offenen Angriffen der vergangenen Tage wider. So richtete die Belgrader Zeitung „Politika", die als Sprachrohr der KP-Führung Serbiens gilt, eine offene Attacke gegen den KP-Chef der Republik Kroatien, den ehemaligen Außenminister Josip Vrhovec. Dieser hatte in einer Rede vor Alt-Partisanen erklärt, es sei nicht schade drum, daß das alte königliche Jugoslawien 1941 unterging. Darauf antwortete die serbische „Politika" dem kroatischen Funktionär mit dem Vorwurf, diese Behauptung stehe im Widerspruch zur damaligen Politik der KP. Denn diese habe das Volk zur Verteidigung Jugoslawiens gegen den Faschismus aufgerufen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

## *Der Befehlsempfänger*

Von Herbert Kremp

Die taktischen Atomwaffen, die Moskau in Mitteldeutschland und in der Tschechoslowakei stationiert, haben vorrangig einen propagandistischen Zweck: Sie sollen in der Bundesrepublik Deutschland die Angst vor der „atomaren Aufladung" des Kontinents vertiefen. In Wirklichkeit handelt es sich bei den „geplanten Gegenmaßnahmen" um jahrealte Modernisierungs-Vorhaben, die zum Teil schon ausgeführt sind: Die SS 21 (Reichweite 120 Kilometer) steht in Bereichen der „DDR" schon feuerbereit, während für die weiterreichenden taktischen Systeme die Stellungen vorbereitet sind.

Es gibt also auch auf diesem Gebiet keine sowjetische „Nachrüstung" als Antwort auf den Stationierungsteil des NATO-Doppelbeschlusses, sondern – wie im Fall der Mittelstreckenwaffe SS 20 – eine Vorrüstung, die dem Ziel der Überlegenheit dienen soll. Dazu gehört der inszenierte Eindruck, nun breche eine politische „Eiszeit" aus, die auch das deutsch-deutsche Verhältnis betreffe. Um dies zu unterstreichen, ließ die SED einen Brief evangelischer Christen in die Spalten zweier Parteizeitungen rücken, in dem geklagt werden durfte, daß „wir und unsere Kinder unmittelbar mit Atomraketen leben müssen". Das Regime erhält dadurch eine neue Gelegenheit, den Westen, besonders die USA und die Bundesrepublik, mit der Verantwortung für die Entwicklung zu belasten.

Die Vorfeld-Vorrüstung der Sowjets wirft ein bezeichnendes Seitenlicht auf den Staatsratsvorsitzenden Honecker, der zur Zeit in zahlreichen Publikationen als eine Art edlen deutschen Kleinbürgers dargestellt wird, mit dem man könnte, wenn man nur wollte. Während sich die Verantwortlichen in Bonn in den vergangenen Monaten alle Mühe gaben, durch eigene Vorschläge einen Raketen-Kompromiß in Genf zu erleichtern, tat der überzuckerte Honecker nichts anderes, als dem kurzangebundenen Raketen-Befehl der Sowjets untertänigst zu folgen. *Darin kommt ein politisches Wesen zum Ausdruck, das* seit dem Bau der Mauer bekannt ist: das Biedermännische, in dem der Täter steckt.

## *Tritt gegen Schmidt*

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die SPD hat bisher zwei Bundeskanzler gestellt, Willy Brandt und Helmut Schmidt. Sie müßte ein Interesse daran haben, daß die Reputation beider keinen Schaden nimmt. Doch leider ist dem nicht so. Wir müssen erleben, wie der eine sozialdemokratische Altkanzler, Brandt, den anderen, Schmidt, austrickst. Man kann das einen Coup nennen.

Da bittet die Partei ihren stellvertretenden Vorsitzenden Schmidt freundlich, auf dem bevorstehenden Bundesparteitag die Raketen-Debatte mit einem Grundsatzreferat einzuleiten. Das gehört sich auch so; denn nicht zu Unrecht ist der NATO-Beschluß als „Helmut-Schmidt-Doppelbeschluß" apostrophiert worden. Auch kurz vor dem Bundesparteitag spricht der Parteivorsitzende Brandt ausgerechnet auf einer Protestkundgebung der „Friedensbewegung" ein „Nein zur Stationie*rung", das er hernach als ein „klares" Nein interpretiert.* Das Parteipräsidium spricht Brandt Anerkennung und Zustimmung aus.

Im Klartext heißt das: Natürlich darf Schmidt auf dem Parteitag reden, natürlich darf er dort sagen, was er will – er kann es aber ebensogut bleibenlassen; denn der Parteivorsitzende hat die Partei, den Bundeskongreß und damit auch seinen Stellvertreter Schmidt schon vorab festgelegt, und das bei denkwürdiger Gelegenheit.

Bundesgeschäftsführer Glotz freilich bestreitet die Vorab-Festlegung, indem er auf die Woge vorausgegangener regionaler Parteitage verweist; seine Einlassung bestätigt jedoch, was er dementieren wollte: Er gibt im gleichen Atemzug zu, Brandt habe „es allerdings akzentuiert". Das hat er tatsächlich. Er hat als Starredner der „Friedensbewegung" eine Lawine losgetreten, die auf dem SPD-Parteitag Helmut Schmidt und alle, die wie dieser denken, unter sich begraben wird.

Es spricht für rüden Umgang der SPD-Prominenz miteinander, daß Glotz es dabei nicht bewenden läßt. Er spricht pathetisch von einer „historisch falschen Installierung einer neuen Aufrüstungsspirale" und fährt fort: „Die Friedensdemonstration ist ein wichtiges Echo auf diese in der Tat entscheidende politische Weichenstellung, die in den letzten zweieinhalb Jahren sicher falsch gelaufen ist." Vor zweieinhalb Jahren hieß der Bundeskanzler Helmut Schmidt.

## *Belgrader Besorgnis*

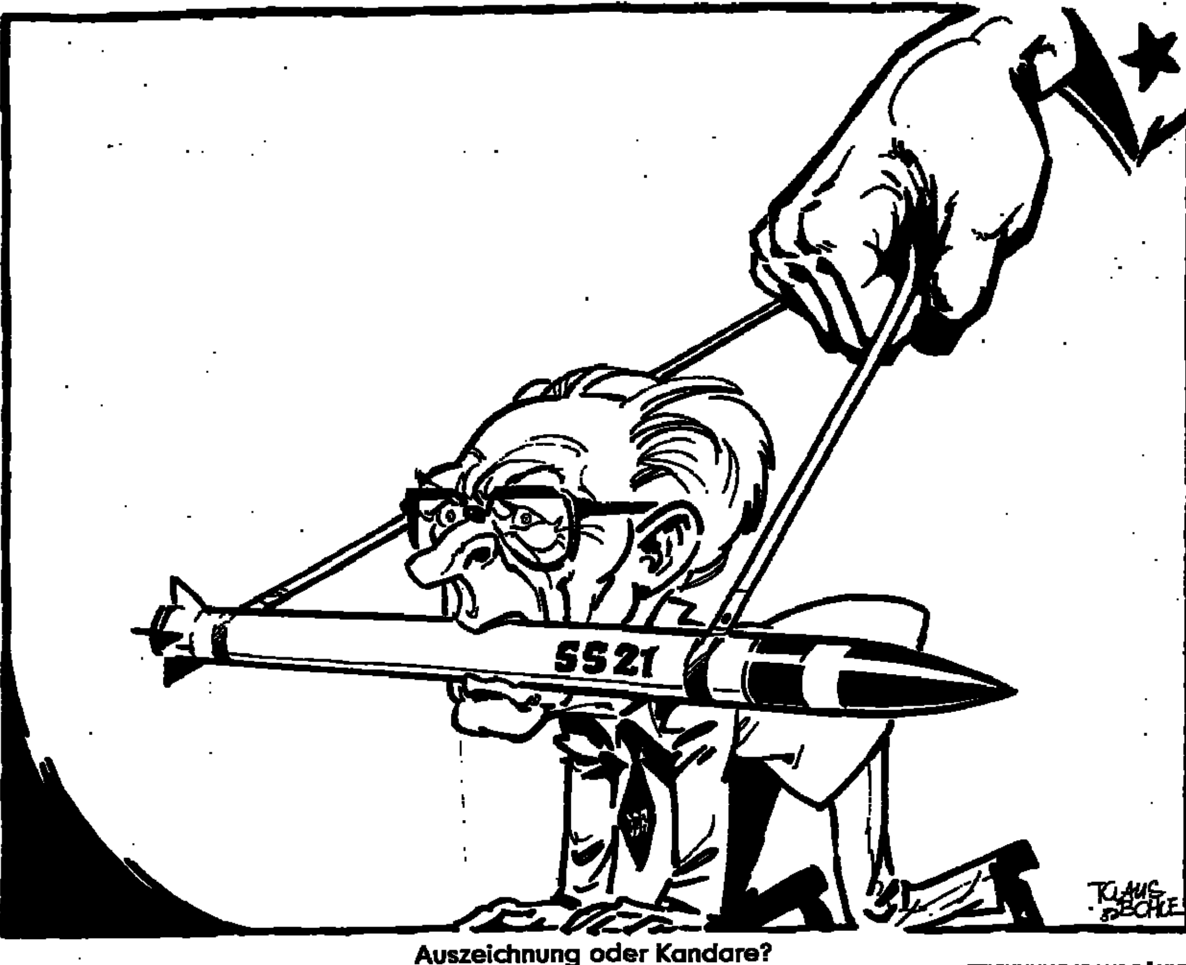
Von Carl Gustaf Ströhm

Eine ungewöhnliche Erklärung hat der stellvertretende jugoslawische Innenminister Mirco Bunevski vor dem Belgrader Parlament abgegeben. Er warnte vor der Möglichkeit innerer Unruhen angesichts des stetig weiter sinkenden Lebensstandards – und er bezeichnete die Sicherheitslage des Landes als „heikel" und „kompliziert".

Kann also morgen oder übermorgen in Jugoslawien ein Volksaufstand ausbrechen? Der stellvertretende Innenminiser nannte den albanischen Nationalismus im Kosovo, aber auch den serbischen Nationalismus – und er bezeichnete die „dogmatisch-bürokratisch-zentralistische Richtung" (abgekürzt könnte man sagen: den Stalinismus) als größte Gefahr für Jugoslawien.

Sicher befindet sich Jugoslawien heute in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Situation. Dennoch muß man sich fragen, wer denn die „Dogmatiker", „Bürokraten" und „Zentralisten" sind, die da angeblich nach der Macht streben. Verbirgt sich hinter solchen Formulierungen nicht ein Machtkampf innerhalb der Partei – zwischen den mächtigen Oligarchien in den einzelnen Teilrepubliken und Provinzen, die nichts von ihrem Einfluß an die Zentralregierung abtreten wollen?

Einen „Volksaufstand" kann es in Jugoslawien nicht geben, weil die verschiedenen Nationen dieses Vielvölkerstaates nicht auf einen Nenner zu bringen sind. Die Kroaten wollen nicht mit den Serben gehen, die Moslems in Bosnien nicht mit den Christen (und manchmal auch nicht mit den Kommunisten), die Slowenen kapseln sich ab und versuchen, ihre eigene kleine Republik in Ordnung zu halten. Der Mann, der das komplizierte Gebilde einst zusammenhielt – manchmal allerdings mit fragwürdigen Methoden –, ist nun schon drei Jahre tot, und die Ideologie ist verblaßt. In dieser Situation gibt es auch unter den Altkommunisten ernst zu nehmende Leute, die eine Demokratisierung und Liberalisierung als einzigen Ausweg sehen. Damit aber stellt sich für die kommunistische Führung die Machtfrage – und an diesem Punkt verstehen jugoslawische Kommunisten ebenso wenig Spaß wie die in Moskau.




Auszeichnung oder Kandare?

ZEICHNUNG KLAUS BÖHLE

# Freizeit, die sie meinen

Von Peter Gillies

Wirtschaftlich vernünftige Lösungen zeichnen sich dadurch aus, daß sie unpopulär sind. Diese stehende Ausrede ist bei Po*litikern wohlfeil, wenngleich im*mer löchriger. In einem Punkt jedenfalls ist die wirtschaftliche Vernunft offenbar mehrheitsfähig: in der allgemeinen Ablehnung der 35-Stunden-Woche.

Die gestern vorgelegte Untersuchung von Infratest bestätigt einen seit längerer Zeit stabilen Trend. Die angeblich beglückten Arbeitnehmer halten von der pauschalen Verkürzung auf 35 Wochenstunden wenig, von einer früheren Rente dagegen recht viel.

Selbst bei Umfragen, die der DGB in Auftrag gab, ergab sich Eindeutiges: 89 Prozent der Befragten halten die Sicherung des Arbeitsplatzes für einen der wichtigsten Programmpunkte des DGB, aber nur elf Prozent gaben der 35-Stunden-Woche Vorrang. Oder anders: Die Arbeitnehmer wollen vor allem sichere Arbeitsplätze, nicht mehr Komfort für die Arbeitsbesitzer.

Infratest bestätigt das Bild. 56 Prozent plädieren für individuelle Arbeitszeitgestaltung mit entsprechenden Lohnreaktionen, 37 Prozent votieren für die allgemeine 35-Stunden-Woche. Interessant ist, daß auch die Mitglieder der IG Metall, die zum Vorreiter der 35-Stunden-Woche gehört, fast genauso skeptisch sind wie der Durchschnitt der Befragten.

Die Forderung, eine Arbeitszeitverkürzung sei sogar mit vollem Lohnausgleich möglich, wird in breitesten Schichten so eingeschätzt, wie sie ist: unrealistisch. Auf Spitz und Knopf befragt, halten sich die Neigungen in etwa die Waage: 46 Prozent würden höheren Lohn nehmen, 44 Prozent kürzere Arbeitszeit statt Lohn.

Als recht attraktiv gilt das Angebot einiger Arbeitgeber (künftig wohl auch aller), die starren Arbeitszeitfronten aufzubrechen. Teilzeitarbeit ist populär, wobei allerdings 55 Prozent lieber bei 40 Stunden bleiben wollen. Der Löwenanteil des Restes würde gern einen halben Tag weniger in der Woche arbeiten, allerdings mit entsprechend geringerem Lohn.

Besonders bei Frauen und Jüngeren gilt die individuelle Arbeitszeit als erstrebenswert. Professor Gerhard Schmidtchen, Soziologe in Zürich, glaubt daraus einen „neuen Lebensstil" herauslesen zu können. Man wolle etwas weniger arbeiten und mehr Freizeit haben, wisse aber ihren Wert sehr wohl zu schätzen. Die Arbeitgeber dürfen daraus entnehmen, daß das Interesse an individueller Arbeitszeit groß ist und ein entsprechendes Beschäftigungspotential darstellt.

Mit Abstand der Renner ist jedoch die Frührente. Schon im Dezember 1982 entschieden sich 84 Prozent der Metallarbeitnehmer für diese Art der Arbeitszeitverkürzung, im August 1983 wurde dies erhärtet. Einen früheren Ruhestand wollten die Befragten auch mit einem entsprechenden Rentenabschlag erkaufen. Das Kostenbewußtsein scheint also auch hier vorhanden zu sein, wenngleich nicht ganz so stark wie bei der 35-Stunden-Woche.

Aus diesem erstaunlichen Bewußtsein um die wirtschaftlichen Folgen einer kürzeren Arbeitszeit dürfen die Reformer in allen Lagern entnehmen, daß das Angebot „weniger Arbeit bei mehr Geld" als Utopie betrachtet wird. Die Arbeitnehmer wissen oder spüren, daß man eine Mark nicht zweimal ausgeben kann. Die Annahme der Regierung, eine Frührente mit versicherungsmathematischen Abschlägen bei der Rente sei per se unpopulär, scheint demoskopisch nicht haltbar. Auch da gibt es offenbar Wahrheiten, die dem Publikum durchaus zuzumuten sind.



Für die Arbeitenden in Wahrheit uninteressant: 35-Stunden-Woche
FOTO: MANFRED VOLLMER

Die Frage also, ob die 35-Stunden-Woche trotz ihrer sozialen Schädlichkeit von uneinsichtigen, verblendeten Massen erzwungen wird, ist damit erledigt. Gleichwohl bietet die Umbewertung der Freizeit, die möglichst individuell gestaltete Arbeitszeit mit vielen Varianten, eine große Chance für Menschen, Familien und Betriebe. Diese Chance darf ergriffen werden, denn sie eröffnet mutmaßlich Millionen von Arbeitsplätzen.

So stellen sich die Arbeitnehmer schon längst die Frage, die nach Willen ihrer Gewerkschaftsfunktionäre eigentlich nicht zulässig ist: Warum sollen wir nicht, wenn wir es wollen, 30, 25, 45 oder auch 40 Stunden mit entsprechendem Lohn arbeiten? Warum nicht auch vier oder sechs Tage in der Woche, warum nicht mit „Ansparen" auf einen längeren Urlaub oder einen früheren Ruhestand mit niedrigerer Rente? Es ist weder human noch arbeitsplatzschaffend, allen die gleiche Arbeitswoche aufzudrücken, allen die Frührente mit entsprechendem Verdrängungseffekt mit 58 oder 60 Jahren.

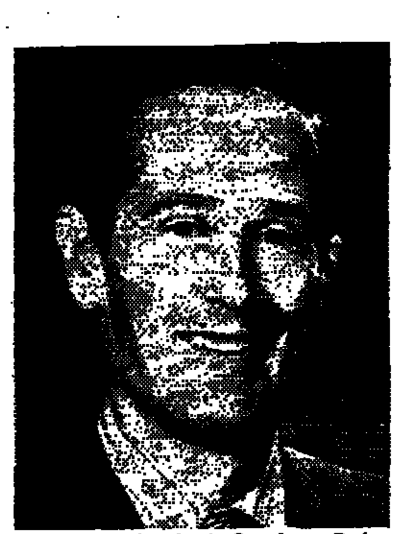
In den Betrieben weiß man natürlich, daß deftige Kostenerhöhungen (im Gewande des „vollen Lohnausgleichs") keine Arbeitsplätze sichern, sondern sie vernichten und die Schwarzarbeit fördern. Die trüben Erfahrungen im Ausland schärfen den Blick für die Vernunft weiter, die mißlungenen Experimente in Frankreich, Belgien und anderswo schrecken.

Wer für die Flexibilisierung der Arbeitszeit eintritt, fordert natürlich die Konfrontation mit der Starrheit kollektiven Denkens heraus. Aber kollektive Starre hat noch nie den Wohlstand gefördert oder die Arbeitsplätze vermehrt. Die Aufgabe, einen Konsens mit Augenmaß herbeizuführen, lastet schwer auf den Tarifpartnern. Sie beide tragen in erster Linie die Verantwortung für den Weg zur Vollbeschäftigung, die man übrigens auch nicht mit Berufung auf „politische Machtfragen" herbeistreiken kann. Die Bedingungen, die zu mehr Beschäftigung führen, stehen am Verhandlungstisch zur Diskussion; nicht als Machtfragen, sondern als Vernunftfragen.

## IM GESPRÄCH Charles Duke

# Mission eines Astronauten

Von Dieter Thierbach



Verändert durch ein Seminar: Duke
FOTO: CAMERA PRESS

„Solange Gott nicht in den Herzen ist, ist jede Friedensdemonstration sinnlos." Die dunkelbraunen Augen von Charles Moss Duke sind gelassen auf die Zuhörer gerichtet. „Als ich kürzlich mit einem Pastor sprach, meinte der, daß es heute fast normal sei, wenn jemand seines Standes Politik macht. Aber er konnte zunächst kaum verstehen, wie ein Astronaut zu Jesus findet."

Der hochgewachsene, drahtige Ex-Generalmajor der US-Luftstreitkräfte machte in diesen Tagen zum zweiten Mal auf Einladung des „Arbeitskreises christlicher Publizisten" eine Reise durch die Bundesrepublik Deutschland.

Charlie, wie er von seinen Freunden genannt wird, ist einer von bisher zwölf Menschen, die den Mond betraten. Mit den Astronauten John Young und Ken Mattingly startete er am 16. April 1972 zur Mission auf den Erdtrabanten und kehrte elf Tage später wieder auf unseren Planeten zurück.

Seine Apollo-16-Mission sieht er heute als eine rein technische Angelegenheit. Zuhörer bei seinen Auftritten fragten ihn immer wieder nach seinen persönlichen Eindrücken. Charles M. Duke erzählt: von der Tiefe des Raumes und dem unglaublich schönen Anblick der Erde, den kein noch so brillantes Farbdia wiedergeben kann: „Es übertraf alles, was ich zuvor in meinem Leben gesehen habe." Noch auf dem Mond hatte er geglaubt, daß die Menschheit mit ihrer Intelligenz und Technologie ihre Probleme allein lösen könne; aber, wie er selber sagt, nach der Rückkehr überkam ihn allmählich ein tiefes Gefühl der Unzufriedenheit. In dieser Zeit der persönlichen Krise gab er seine Stellung bei der Nasa auf und trat in privatwirtschaftliche Unternehmen ein.

Wenn er beginnt, über seine „Bekehrung" zu sprechen, bekommt seine Stimme einen behutsamen Tonfall. Er war zwar immer ein fleißiger Kirchengänger gewesen, aber nur aus gesellschaftlichen Gründen („Ich war kein echter Christ"). Ein Bibelseminar an einem Wochenende des Jahres 1978 veränderte seine Lebenseinstellung von Grund auf: „Heute weiß ich, daß mit Gottes Hilfe nichts unmöglich ist."

Der Achtundvierzigjährige lebt mit seiner Frau („Gott hat meine Ehe in einer sehr schwierigen Situation gerettet") und seinen Söhnen Charles (18) und Tom (15) im texanischen New Braunfels inmitten einer deutschstämmigen Nachbarschaft. In Deutschland wurde er von Länderchefs, Ministern und anderen Amtsleitern empfangen. „Sie alle schenken meiner Botschaft ein offenes Ohr", resümiert der Astronaut. Die Frage, wie er im Falle einer kriegerischen Auseinandersetzung reagieren würde, beantwortet er spontan: „Für Gott unter der Flagge der USA kämpfen."

Und genau so will er sich verstanden wissen: als begeisterter Technokrat mit christlichem Sendungsbewußtsein, der seinen Mitmenschen den „wahren Sinn des Lebens" mitteilen will.

## DIE MEINUNG DER ANDEREN

### LE FIGARO

**Die Pariser Zeitung schreibt über die Folgen des Doppel-Anschlages von Beirut:**

Staatspräsident Mitterrand, der Chef der Streitkräfte, hat mit seiner Reise nach Beirut, um sich vor unseren toten Soldaten zu verbeugen und die Überlebenden zu grüßen, richtig gehandelt. Diese Blitzreise war spektakulär und unerwartet. Sie entsprach dem Gefühl der Franzosen. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist bereit, wenn man ihr klar die Schwierigkeiten und Gefahren erklärt, Opfer auf sich zu nehmen, die die Verantwortung unseres Landes aufbürdet. Unglücklicherweise hat die derzeitige Regierung seit Beginn der Affäre eine gewiße Inkonsequenz gezeigt ... Sie hat die Bedingungen der Mission vernachlässigt, unter denen vor Ort unsere Streitkräfte handelten. Und sie hat diese Mission nicht der Entwicklung angepaßt.

### THE NEW YORK TIMES

**Hier heißt es über Amerikas Rolle in Libanon:**

Zu der quälenden Frage, warum amerikanische Soldaten in Libanon sterben, fallen Präsident Reagan nur dürre Schlagworte ein ... Der Schmerz und die Verantwortung, die Reagan als Oberbefehlshaber treffen, trüben seine Einsicht und entstellen auf gefährliche Weise seine Sprache. Die Marineinfanteristen müssen bleiben, erklärt Reagan, „bis die Lage unter Kontrolle ist". Aber Libanon ist seit acht Jahren unter niemandes Kontrolle. Die Marineinfanteristen und ihre Alliierten erstreben den Abzug der fremden Truppen aus Libanon. Aber weder sie noch die libanesische Armee sind dazu imstande, einen Abzug der Syrer zu bewirken. Und Israel, das dazu bereit ist, will den Preis dafür nicht zahlen. „Die Stabilität in Libanon", fährt der Präsident fort, „ist grundlegend für unsere *Glaubwürdigkeit in weltweitem* Sinne ... Der Kampf um den Frieden ist unteilbar ..." Aber Libanon wird seit 1975 durch Syrien, durch die PLO und Gruppen aus dem eigenen Lande tyrannisiert, ohne daß dies merklich zu einer Erosion der amerikanischen, israelischen und saudischen oder anderer pr½estlicher Interessen geführt hätte.

### KURIER

**Die Zeitung aus Wien merkt zu Beirut an:**

Die Wahrheit ist: Amerika ist seit einem Jahr nicht Herr seiner Entschlüsse, sondern ein Verlorener des libanesischen Dschungels. Gerufen einst zum Schutz der abziehenden PLO; gebraucht und mißbraucht zum Überleben der Regierung Gemayel und der Fiktion vom nationalen Konsens der Libanesen, an den heute fast nur noch die Ausländer glauben. Wie alle Friedenstruppen vorher würden auch die US-Marinesoldaten letztlich nur zur neuen Kriegspartei. Militärisch zu schwach, um eine Wende herbeizuführen, und politisch von Reagan mit Durchhalte-Parolen abgespeist. Seine Nahost-Politik hat sich längst zwischen Israelis, Syrern, PLO und Ölkrieg zerrieben. Neues ist in Vorwahlzeiten nicht zu erwarten. So blieb den 5400 westlichen Friedenssoldaten ein jämmerlicher Kampfauftrag: hilflose Präsenz. Zu wenig, um andere und sich selbst zu schützen.

# Der Nürnberger Ermächtigungsbeschluß und seine Probleme

**Was der Verzicht auf Mitbestimmung innerhalb der IG Druck bedeutet / Von Günther Bading**

Es klang auf Grund früherer Vorgänge zunächst harmlos, was die 280 Delegierten der IG Druck und Papier da in Nürnberg auf ihrem Gewerkschaftstag beschlossen haben. Die Satzungsbestimmung wurde gestrichen, daß der Ausrufung eines Streiks durch den Gewerkschaftsvorstand eine Urabstimmung unter der Mitgliederschaft vorauszugehen habe. Mehr Beweglichkeit bedeute das in der Tarif-Auseinandersetzung, wurde argumentiert. Und man verwies auf die IG Metall, deren Vorstand die rund 2,5 Millionen Mitglieder nach Ablauf der Friedenspflicht in jeder Tarifauseinandersetzung jederzeit zu bundesweit organisierten Warnstreiks aufrufen könne.

So wollte man es in der nur 146 000 Mitglieder kleinen IG Druck auch haben. Bestehe die Satzungseinschränkung weiter, so müsse man auch für jeden Warnstreik eine Urabstimmung führen, was dessen Wirkung zunichte machte. Auch bestehe die Gefahr, daß Arbeitsgerichte Streiks nach Urabstimmungen grundsätzlich als Erzwingungsstreik und nicht mehr als spontanen, milden Druck auf die Tarifparteien zur Beschleunigung von Verhandlungen werteten. Dies hieße aber, solcher Streik sei unzulässig. Denn Warnstreiks, so die geltende Rechtslage, dürfen nicht den Charakter von Erzwingungsstreiks haben und nicht über den besagten milden Druck hinausgehen.

Nun mag die Vermutung reifen, die Spitzenfunktionäre der IG Druck und Papier könnten jetzt rascher als früher zum Mittel des Arbeitskampfes greifen. Zum einen entfällt die Mitgliederbefragung, zum anderen muß man auch weniger Rücksicht auf die Kassenlage nehmen als bisher. Denn auch das beschlossen die Nürnberger Delegierten: Nicht in jedem Streikfall muß künftig Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse an die Gewerkschaftsmitglieder bezahlt werden.

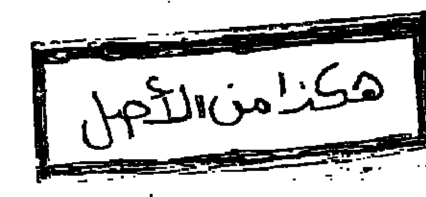
Die Vorstellung des leichteren Zugangs zum Warnstreik oder auch regulären Arbeitskampf durch die neue IG-Druck-Führung, die sich mit dem verbal-radikalen Detlef Hensche einen Agitator als zweiten Vorsitzenden gegeben hat, mag Unbehagen verursachen. Aber da gibt es noch den gestandenen Mann aus der Arbeiterschaft, den neuen Vorsitzenden Erwin Ferlemann, der allzu schneidiges Hantieren seins Vize Hensche im Tarifbereich verhindern kann, denn hier ist Ferlemann Experte.

Mehr als nur Unbehagen macht der Nürnberger Beschluß der IG-Druck-Delegierten allerdings, wenn man die politische Auswirkung in der sich selbst seit jeher als linkes Sprachrohr des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) verstehenden Gewerkschaft betrachtet. Wenn ein Vorstand, dessen Mitglieder – wie Detlef Hensche – einen politischen Streik für legitim halten, künftig jederzeit und ohne Urabstimmung zur Arbeitsniederlegung aufrufen können, so öffnet das politischem Mißbrauch Tür und Tor. Hier hört auch die Parallele zur IG Metall auf. Denn deren Vorstand und vor allem deren beide Vorsitzenden Hans Mayr und Franz Steinkühler weisen bei aller Sympathie für die „Friedensbewegung" jeden politischen Streik entschieden zurück, der über demonstrative Aktionen wie jene fünf „*Mahn-Minuten*" *des DGB* am 5. Oktober hinausgeht. Es sei dahingestellt, wieweit auch diese Mahnwache schon ein politischer „Streik" gewesen ist. Allen Gedanken an Generalstreik und Arbeitsniederlegung zur Verhinderung der Stationierung neuer Raketen aber hat nicht nur die IG Metall, sondern auch der gesamte DGB eine klare Absage erteilt.

Der Blankoscheck des Nürnberger Gewerkschaftstages ist eigentlich auf den Namen jenes Mannes ausgestellt, der künftig für den Tarifbereich der IG Druck verantwortlich zeichnet. Und dies ist niemand anders als der akademische Seiteneinsteiger in die Gewerkschaftskarriere, Dr. Detlef Hensche, seit Nürnberg stellvertretender Vorsitzender der IG Druck. Ein solches Machtmittel in den Händen dieses Mannes, der den eigentlichen Auftrag von Gewerkschaften offenbar nicht in der Vertretung der Interessen der organisierten Arbeitnehmer, in der Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen, sondern in der Veränderung der gesellschaftspolitischen Verhältnisse sieht, beschwört die Vision gezielter Streiks herauf.

Wenn politischer Streik erst einmal als legitim dargestellt wird, dann können diejenigen, die an den Strängen sitzen, in politisch aufgeregten Zeiten auch einmal gezielte Aktionen starten. Das Instrument des Streiks ohne Genehmigung der Gesamtmitgliedschaft kann dann zum Knüppel gegen politisch Unliebsame werden – und es ist ein Unterschied, ob man den Mitgliedern vorher Gelegenheit zum Nachdenken darüber gibt, ob sie das wirklich wollen, oder ob ein einzelner sich nur im kleinsten Kreise durchsetzen muß, um vollendete Tatsachen zu schaffen.

Noch ist nichts in dieser Richtung geschehen. Andererseits müßte gerade Leuten wie dem neuen Tarifpolitiker Hensch der Leninsche Satz geläufig sein, daß Vertrauen (in einen Vorstand) gut, Kontrolle aber besser sei. Wenn der Gewerkschaftstag der IG Druck sich von vornherein zum Jubelchor macht und auf Kontrolle verzichtet, muß im Extremfall der DGB heran, um zu verhindern, daß mit dem Nürnberger Ermächtigungsbeschluß aus Neulingen im Vorsitzenamt Zauberlehrlinge werden.



Die Sowjetunion spricht von einer Antwort auf den NATO-Doppelbeschluß. ● In fünf Jahren stieg die Zahl der sowjetischen Sprengköpfe in Europa und Asien von 827 auf 1301. ● Ost-Berlin bereitete in der Bevölkerung die Stationierung psychologisch vor.

# Die „Gegenmaßnahmen" des Kreml gibt es seit langem

Von RÜDIGER MONIAC und INGO URBAN

In diesem Jahr verging kaum ein Tag, an dem nicht irgendwo in einem Land der NATO ein offizieller Vertreter der sowjetischen Führung vor seinem Publikum bedeutungsvoll den Finger hob und sagte, wenn der Westen mit seiner „Nachrüstung" im Herbst Ernst mache, sei die Sowjetunion zu „Gegenmaßnahmen" gezwungen. Und es verging kaum ein Monat, in dem nicht der Kreml-Chef persönlich zu gleichen Vokabeln gegriffen hätte.

Viele in der Bundesrepublik, aber auch anderswo diesseits und jenseits des Atlantiks zerbrachen sich den Kopf, was die Sowjetunion wohl mit solchen „Gegenmaßnahmen" konkret meinen könne. Man las von abenteuerlichen Theorien, etwa davon, daß Moskau nun SS-20-Raketen auch in Nordost-Sibirien zur Bedrohung Alaskas oder neue U-Boote direkt unterhalb der nordamerikanischen Küste postieren würde. Von dem, was im Warschauer Pakt tatsächlich geschah, nahmen nur die wenigsten Notiz.

So geschah es, daß die westlichen Nachrichtenagenturen am Montagnachmittag in „Eilmeldungen" verbreiteten, was für die, die sich regelmäßig mit sowjetischer Rüstung befassen, nicht im mindestens neu ist, in der Atemlosigkeit der Agenturen aus Moskau aber wie eine weitere Steigerung der Abwehrbereitschaft des Warschauer Paktes gegen eine angeblich aufs „Wettrüsten" erpichte NATO wirkte.

## Ein Nervenkrieg gegen die NATO

Das Moskauer Verteidigungsministerium verbreitete eine Erklärung, in der es hieß, mit den Vorbereitungen für die Stationierung neuer Raketen in der „DDR" und der Tschechoslowakei werde begonnen. Darin sei ein Gegenzug zu sehen zur Installierung neuer amerikanischer Mittelstreckensysteme in Westeuropa vom Jahresende an. Und in einer weiteren Steigerung des Nervenkrieges gegen die NATO wurde hinzugefügt, die neuen sowjetischen Raketen mit operativ-taktischen Aufgaben dienten dazu, das atomare Gleichgewicht zwischen den Staaten des Warschauer Paktes und der NATO zu wahren.

In Moskau erfuhren einige auf Besuch weilende Journalisten aus der Bundesrepublik vom Kommentator der „Iswestija", Walentin Falin, die Sowjetunion müsse mit der NATO gleichziehen. Sie müsse eine Situation herstellen, in der es sowjetischen Raketen möglich würde, amerikanisches Territorium in einer Flugzeit von zehn Minuten zu erreichen. Erst nach diesen „Gegenmaßnahmen" sei das Prinzip gleicher Sicherheit wiederhergestellt, orakelte der Russe vor den Deutschen.

Die Tatsachen sowjetischer Rüstung indessen, wenn sie von den pompösen Kleidern der sowjetischen Propaganda entblößt sind, sprechen eine ganze andere Sprache. Die Möglichkeit, amerikanisches Territorium mit ballistischen Raketen in zehn Minuten zu erreichen, hat die Sowjetunion bereits seit Beginn der siebziger Jahre. Nicht anders bietet sich die Lage bei den gegen die NATO in Europa installierten sowjetischen Landraketen mit Nuklearsprengköpfen an.

Die jetzt bekannt gewordene sowjetische Ankündigung von Stationierungsvorbereitungen für neue Systeme auf dem Boden der „DDR" und der Tschechoslowakei wirkt im Vergleich mit den Tatsachen eher merkwürdig. Denn nach gesicherten Erkenntnissen der westlichen Geheimdienste, die jedermann zugänglich in der neuesten Ausgabe der „Military Balance 1983/84" des Internationalen Instituts für Strategische Studien (IISS) in London nachlesbar sind, führt die Sowjetunion bereits seit 1978 neue Raketensysteme eben der jetzt in der Moskauer Erklärung erwähnten mit „operativ-taktischen Aufgaben" ein. Laut IISS-Angaben begann 1978 die Einführung des Typs SS 21. Davon gab es im Juli 1983 rund 62 Systeme. Die weitere Rakete des Typs SS 22 wird dieser Quelle zufolge seit 1979 in die sowjetischen Streitkräfte eingeführt. Davon soll es zum gleichen Zeitpunkt in diesem Jahr rund hundert Stück gegeben haben. Ähnliches weisen die IISS-Angaben für den dritten Typ, die SS 23, aus. Sie wird seit 1979/80 eingeführt, von ihr sollen jetzt rund zehn Systeme verfügbar sein.

Alle drei sowjetischen Raketenwaffen stellen verbesserte Versionen früherer Typen wie Scud, Frog und Scaleboard dar. Die Frog mit einer Reichweite von 70 Kilometer, 1965 eingeführt, wird also schon seit mehreren Jahren durch die in der Reichweite auf 120 Kilometer gesteigerte SS 21 ersetzt. Die Scud mit einer Reichweite von 300 Kilometer, ebenfalls 1965 in Dienst gestellt, erfährt das gleiche Schicksal. Sie wird abgelöst durch die auf 500 Kilometer in der Reichweite gesteigerte SS 23. Schließlich ersetzt die SS 22 mit einer Reichweite von 900 Kilometer das ältere Modell Scaleboard, das seit 1969 in Dienst ist.

Derartige Vorgänge wie die Ablösung von veralteten Waffensystemen durch neue und in ihrer Leistungsfähigkeit gesteigerte ziehen sich naturgemäß über einen längeren Zeitraum hin. Wie lang er ist, hängt im wesentlichen von der Fertigungskapazität in den Produktionsstätten für diese sowjetischen Waffen ab.

Wahrscheinlich nicht ganz so schnell verläuft die Fertigung bei den Waffen mit Reichweiten unter tausend Kilometer. Doch kann man sicher mit einem nicht sehr viel geringeren Produktionstempo rechnen, so daß Zug um Zug die älteren Typen durch die neuen ausgetauscht werden dürften.

Dieser Prozeß ist am besten überschaubar, wenn man die Gliederung der sowjetischen Verbände betrachtet. Die Frog/SS 21 gehören den sowjetischen Heeresdivisionen. Jede Panzer- beziehungsweise Mot-Schützendivision verfügt über je ein Bataillon mit zwei Batterien Frog/SS 21. Die nächsthöhere militärische Führungsebene, die Armee (vergleichbar mit dem Heereskorps in der NATO), verfügt über eine Brigade mit zwölf Scud-Raketen, die künftig durch SS 23 ersetzt sein werden. In der nächsthöheren militärischen Führungsebene, der Front (in der NATO die Heeresgruppe), existiert wiederum ein Raketenverband, der sowohl Scud- als auch Scaleboard-Systeme führt und dementsprechend mit den Nachfolgern SS 23 und SS 22 ausgerüstet wird.

## Seit Jahren Austausch der Waffensysteme

Diese Fronten bilden die sogenannte Erste Strategische Staffel der sowjetischen Landstreitkräfte, die gegen Westeuropa aufmarschieren können. Dahinter stehen in den drei westlichen Militärbezirken der Sowjetunion weitere mehr als drei Dutzend, ebenfalls in Armeen und Fronten zusammengefaßte Divisionen, die wie die in Polen, der „DDR" und der Tschechoslowakei stationierten Divisionen über die gleichen nuklear bestückten Raketenwaffen verfügen.

Wie der Austausch von alten gegen neue Waffensysteme in den Landstreitkräften seit Jahren im Gange ist, ist es auch der Stellungsausbau für sie im sowjetischen Vorfeld. Deshalb entspricht es ebenfalls nicht den Tatsachen, wenn das sowjetische Verteidigungsministerium am Montag behauptete, die Vorbereitungen für die Stationierung neuer Raketen auf dem Boden der „DDR" und der CSSR würden nun beginnen. Die NATO verfügt über gesicherte Erkenntnisse, daß schon beim letzten Truppenaustausch im letzten Frühjahr Einsatzstellungen für Raketenwerfer planiert und mit Schutzwällen versehen wurden und in verschiedenen Räumen in der „DDR" verschiedene neue Ausrüstungsteile der neu ausgerüsteten Raketenverbände zu beobachten waren; so unter anderem im Bezirk Magdeburg im Dreieck zwischen Eilenstedt–Sorgstedt–Großquenstedt, zwischen Haldesleben und Gardeleben, westlich der Letzlinger Heide zwischen Roxförde und Uthmöden; im Bezirk Potsdam östlich von Wittstock sowie im Bezirk Erfurt in den Räumen Bad Langensalza und Gotha/Ohrdruf.



Anfang Mai 1978 empfing der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt den sowjetischen KP-Generalsekretär Leonid Breschnew in Bonn. Eindringlich erläuterte der Kanzler seinem sowjetischen Gast, daß sich die NATO mit der Raketenrüstung des Kreml nicht abfinden könne. Breschnew gestand in der „Bonner Erklärung" zu, „daß niemand militärische Überlegenheit anstrebt". 18 Monate später kam es zum NATO-Doppelbeschluß. FOTO DPA

# „Die Vorstellung erfüllt uns mit Entsetzen"

Zwei Tage vor der Ankündigung Moskaus über die Vorbereitungen für die Stationierung sowjetischer SS 21 in der CSSR und der „DDR" veröffentlichte das SED-Blatt „Neues Deutschland" den Brief einer evangelischen Kirchengemeinde aus Dresden. Es ist zu vermuten, daß der Abdruck als psychologische Einstimmung auf die 48 Stunden später erfolgte Ankündigung dienen sollte. Der Brief in Auszügen:

Sehr geehrter Herr Staatsratsvorsitzender ... Wie viele Bürger unseres Landes fühlen wir uns in besonderer Weise bedroht von der Eskalation der atomaren Rüstung in Europa. Wir sind voller Angst, es könnte in dem Bedürfnis nach immer größerer Abschreckung und Verteidigung zu dem nicht mehr kalkulierbaren Risiko eines Atomkrieges kommen.

Die Vorstellung erfüllt uns mit Entsetzen, daß bei der von uns allen verurteilten Stationierung der amerikanischen Atomraketen in Westeuropa auch auf unserem Territorium entsprechende atomare Gegenmaßnahmen eingeleitet werden und wir und unsere Kinder unmittelbar mit Atomraketen leben müssen.

Sie selber haben mehrfach den Gedanken geäußert, daß mehr Rüstung nicht mehr Sicherheit bedeutet. Darin drücken Sie unseres Erachtens das Bewußtsein aus, daß weitere Rüstungsanstrengungen sinnlos sind, statt dessen vielmehr nur Rüstungsabbau durch entschiedene Verhandlungen das Gebot der Stunde sein kann.

Sie haben auch den Begriff der Sicherheitspartnerschaft aufgenommen zum Zeichen einer unablässigen Verhandlungs- und Gesprächsbereitschaft, vor allem auch zwischen den beiden deutschen Staaten, so wie es Ihr jüngster Brief an den Bundeskanzler der BRD eindeutig bekundet.

Schließlich haben Sie sich spontan dem schwedischen Vorschlag für eine von atomaren Gefechtsfeldwaffen freie Zone in Europa angeschlossen ...

Wir Christen möchten Sie bestärken und zugleich dringlichst bitten, diese Äußerungen mit aller Konsequenz in die politische Realität zu setzen.

Wir möchten Sie bestärken und zugleich dringlichst bitten, den Dialog zwischen beiden deutschen Staaten weiterzuführen und zu erweitern, damit Vertrauen wachsen kann als Grundlage für eine Sicherheitspartnerschaft, eine, nach Ihren Worten, Koalition der Vernunft.

Für uns als Christen liegt in der Vertrauensbildung zwischen den Staaten der Schlüssel für die Überwindung der Spannungen. Uns scheint, die mit dem Vertrauen verbundene Bereitschaft zu einseitigen Vorleistungen, d. h. nicht Gleiches mit Gleichem vergelten zu wollen, könnte heute die einzige Möglichkeit der Friedenssicherung sein. Diese Überzeugung erwächst für uns aus dem Neuen Testament, insbesondere aus der Botschaft Jesu ... (DW.)

# Moskau bot der NATO Moratorien an und rüstete weiter

Von BERNT CONRAD

Die Raketen-Politik der Sowjetunion war stets von einer Doppelstrategie gekennzeichnet: Seit 1979 hat Moskau in unterschiedlicher Form seine Bereitschaft verkündet, auf die Aufstellung weiterer SS-20-Raketen zu verzichten, wenn dafür die NATO keine neuen nuklearen Mittelstreckenwaffen in Europa stationiert und die Stationierungsvorbereitungen einstellt. Paralell dazu wurden Jahr für Jahr neue sowjetische Mittelstreckenraketen in Stellung gebracht; der Gesamtbestand an Gefechtköpfen auf sowjetischen Raketen der Typen SS 20 sowie SS 4 und SS 5 stieg von 827 im Jahre 1978, 1000 im Jahre 1980 und 1100 im Jahre 1981 auf 1269 im Jahre 1982 und 1301 im Jahre 1983.

Einen formellen Moratoriumsvorschlag machte der damalige sowjetische Staats- und Parteichef Leonid Breschnew auf dem 26. Parteitag der KPdSU in Moskau am 23. 2. 1981. Er erklärte: „Wir schlagen vor, uns darüber zu einigen, schon jetzt ein Moratorium über die Stationierung neuer nuklearer Kampfmittel mittlerer Reichweite der NATO-Länder und der UdSSR in Europa zu verhängen, das heißt, das bestehende Niveau solcher Mittel, darunter selbstverständlich der vorgeschobenen Kernmittel der USA in diesem Raum, quantitativ und qualitativ einzufrieren."

## Von einem Gleichgewicht konnte keine Rede sein

Breschnew fuhr fort: „Ein solches Moratorium könnte sofort mit Beginn entsprechender Verhandlungen in Kraft treten ... Hierbei lassen wir uns davon leiten, daß beide Seiten jegliche Vorbereitungen auf die Stationierung entsprechender hinzukommender Mittel, darunter der amerikanischen Pershing-2-Raketen und der bodengestützten strategischen Flügelraketen einstellen."

Neun Monate später brachte die Sowjetregierung als Bestandteil ihrer Verhandlungsposition auch einen Moratoriumsvorschlag in die am 30. 11. 1981 in Genf begonnenen INF-Rüstungskontrollverhandlungen ein. Moskau begründete seine Vorschläge damit, daß ein annäherndes Gleichgewicht der nuklearen Mittelstrekkenwaffen von NATO und Warschauer Pakt in Europa einschließlich der angrenzenden Meere schon bestehe. In Wirklichkeit konnte jedoch von einem solchen Gleichgewicht keine Rede sein, weil die Vereinigten Staaten bis zum heutigen Tage über keine einzige Mittelstreckenrakete in Europa verfügen und die britischen und französischen strategischen Systeme in eine andere Kategorie gehören.

Die sowjetischen Moratoriumspläne waren für die NATO auch deshalb unannehmbar, weil sie den erreichten Umfang der sowjetischen SS-20-Rüstung nicht verringert, sondern mit westlicher Zustimmung zur Grundlage der Verhandlungen gemacht hätten. Außerdem hätte die Begrenzung der sowjetischen Vorschläge auf Europa angesichts der Reichweite der SS 20 das weitere Anwachsen der nuklearen Bedrohung Europas nicht verhindert.

## Aufrüstung mit der SS-20 ging weiter

Nach Breschnews Moratoriumsvorschlag von 1981 und nach dem Beginn der sowjetisch-amerikanischen Mittelstrecken-Verhandlungen (INF) in Genf im November 1981 ging die sowjetische SS-20-Aufrüstung unverändert weiter. Als die Zahl der sowjetischen Gefechtsköpfe 1100 überschritten hatte, verkündete Breschnew am 16. 3. 1982 auf dem 17. Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften ein einseitiges Sationierungsmoratorium für Mittelstreckenraketen größerer Reichweite im europäischen Teil der Sowjetunion.

Am 18. 5. 1982 präzisierte er dies dahingehend, daß keine Mittelstrekkenraketen mehr in Gebieten stationiert würden, von denen aus sie die Bundesrepublik Deutschland und andere Länder Westeuropas erreichen könnten. Das Moratorium enthalte auch die Einstellung der Vorbereitung auf die Stationierung von Raketen, darunter die Einstellung des Baues von Startrampen.

Ungeachtet dieser Zusicherungen hat die Sowjetunion jedoch nach dem 16. 3. 1982 den Ausbau von bereits begonnenen SS-20-Stellungen in ihrem europäischen Landesteil fortgesetzt. Im asiatischen Teil der Sowjetunion wurden auch im Laufe des Jahres 1983 weitere SS-20-Raketen stationiert. Der sowjetische Gesamtbestand an Gefechtsköpfen auf Mittelstreckenraketen erhöhte sich von Ende 1982 bis September 1983 von 1269 auf 1301.

Der weitere Ausbau der SS-20-Aufrüstung im asiatischen Gebiet der Sowjetunion ist für den Westen von erheblicher Bedeutung, weil Europa wegen der Reichweite und der Mobilität der SS 20 nicht nur durch die im westlichen Teil der Sowjetunion stationierten, sondern auch durch weiter östlich stehende SS-20-Raketen bedroht wird. Die Sowjetunion hat es bisher strikt abgelehnt, rüstungskontrollpolitische Beschränkungen für ihren asiatischen Landesteil zu akzeptieren. Außenminister Andrej Gomyko erklärte seinem Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher in Wien, die in Asien stationierten SS 20 seien für die Sowjetunion militärisch notwendig.

# Späth verstärkt Kampf gegen das Waldsterben

XING-HU KUO, Ispra

Der Kampf gegen das Waldsterben auf europäischer Ebene ist durch einen Besuch von Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth im Europäischen Forschungszentrum in Ispra (Italien) intensiviert worden. Nach einer Besichtigung dieses 1960 im Rahmen des Euratom-Vertrages gegründeten Zentrums am Lago Maggiore (2260 Mitarbeiter in mehreren europäischen Ländern, darunter allein 1680 in der italienischen Stadt) kam es zwischen dem Stuttgarter Regierungschef und den Spitzenvertretern des Forschungszentrums zu Abmachungen und Überlegungen einer Zusammenarbeit. Dies betrifft vor allem das am 1. September dieses Jahres auf Initiative Baden-Württembergs ins Leben gerufene Projekt „Europäisches Forschungszentrum für Maßnahmen zur Luftreinhaltung“ im Kernforschungszentrum Karlsruhe, das künftig mit dem Zentrum in Ispra seine Arbeit zum Thema Waldsterben koordinieren wird.

Späth erklärte in Ispra, er freue sich, daß im Europäischen Forschungszentrum, das künftig als zentrale Forschungseinrichtung für den Umweltbereich der EG vorgesehen ist, „die Bereitschaft zur Kooperation genauso groß ist wie in Karlsruhe“. Deshalb wird „noch in diesem Herbst“ eine Delegation aus Karlsruhe nach Ispra reisen, um an der zweiten Runde der Wissenschaftler teilzunehmen, die das Thema Umweltschutz behandele. Anfang 1984 wiederum werden führende Umweltexperten aus Ispra die Kollegen in Karlsruhe besuchen.

Dabei erkannte Späth ausdrücklich an, daß die „zentrale Koordinierung“ dieser europäischen Zusammenarbeit in Ispra erfolgen werde. In den einzelnen EG-Staaten, so also auch in der Bundesrepublik in Karlsruhe, könnten „unter dem Dach von Ispra“ Forschungsaufgaben für die Gemeinschaft durchgeführt werden.

Die EG habe bereits, so Späth weiter, für sieben konkrete Aufträge an Karlsruhe und andere Umweltforschungsinstitute in Baden-Württemberg 1,6 Millionen Mark bereitgestellt. Der Regierungschef erinnerte daran, daß sein Bundesland alleine für den Forschungsschwerpunkt „Luftverunreinigung“ (Waldsterben) in Karlsruhe für die nächsten fünf Jahre (1984–1988) die „ganz mächtige Summe“ von insgesamt 50 Millionen Mark zur Verfügung stellen werde.

Tief beeindruckt war Späth von einem Experiment in Ispra mit einer neuartigen Entschwefelungsanlage, die die bisher erreichten Schadstoffwerte auf ein Viertel reduzieren kann. Er könne sich „gut vorstellen“, erklärte der Ministerpräsident, etwa in Mannheim ein solches Pilotprojekt für etwa zwölf Millionen Mark zu installieren.

# *Beim Thema Wein kommt bei Strauß Ärger auf*

Von PETER SCHMALZ

Darüber können Frankens Winzer heute nur noch bitter lachen: Seit nunmehr elf Monaten „plätschert“ vor der 6. Großen Strafkammer des Landgerichts Würzburg der bisher größte fränkische Weinpanscher-Prozeß einem noch immer nicht absehbaren Ende entgegen. Gegenstand der Anklage ist der Verdacht, ein mit hohen Ehrungen ausgezeichneter Weinbauer habe seiner süffigen Ware schlichtes Wasser beigemischt. Der kleine Fehlgriff zum Wasserhahn würde dagegen im Herbst '83 keinem Winzer in den Sinn kommen, wären sie doch schon froh, hätten sie für den unverdünnten Wein genügend Keller und Kunden.

In ihrer Not haben die Weinbauern vom Main nun einen Griff zur Staatskasse gewagt – und verbrannten sich vorerst die Finger. Ministerpräsident Franz Josef Strauß war in Rage geraten, als er erstmals vom Wunsch der Winzer nach einem bayerischen Weinbauprogramm erfuhr. Früher, so wußte er von seinem Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann, konnten sich die Frankenwinzer nicht auf die Forderung nach einem Weinbauprogramm einigen, weil sie für ihre knappen, aber hochwertigen

**Landesbericht Bayern**

Ernten selbst bei Höchstpreisen stets genug Abnehmer fanden. Doch nun in der Zeit der leeren Staatskassen rufen sie nach dem warmen Geldregen der öffentlichen Hand.

Die Absage des Staates liegt nun auch offiziell vor: In den nächsten Tagen wird Frankens Weinbaupräsident Edgar Schwab einen Brief erhalten, in dem ihm Minister Eisenmann einen Kabinettsbeschluß erläutert, dessen Inhalt Schwab allerdings bereits kennt. Ein Weinbauprogramm, mit dem der Ausbau weiterer Lagerkapazität für den im Überfluß vorhandenen Wein gefördert werden könnte, lehnte das Münchner Kabinett einhellig ab.

Die Winzer werfen ihrer Landesregierung nun vor, sie verschließe ihnen damit die Möglichkeit, an die millionenschweren EG-Zuschußtöpfe zu kommen, aus denen die Konkurrenz in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz hohe Summen schöpft.

Mindestens zehn Millionen Mark haben sich Frankens Winzer allein in diesem Jahr an bayerischen, deutschen und europäischen Zuschüssen erhofft, nachdem sie zwischen 40 bis 50 Millionen Mark in neue Tanks investieren und dafür 27 Prozent Staatsmittel erhalten könnten, falls die bayerische Regierung ein entsprechendes Weinbauprogramm genehmigt und in Brüssel eingereicht hätte.

„Das muß sich doch auf unsere Wettbewerbsfähigkeit niederschlagen, wenn wir die notwendigen Gelder aus den eigenen Taschen finanzieren müssen, unsere Konkurrenz aber mit Millionen unterstützt wird“, befürchtet der Direktor des Fränkischen Weinbauverbandes, Jochen Freihold.

Im Münchner Landwirtschaftsministerium verweist man dagegen auf die großzügigen Unterstützungen des Staates in den vergangenen Jahrzehnten. Allein 270 Millionen Mark wurden in die Weinbauflurbereinigung investiert und den Winzern damit die Möglichkeit geschaffen, ihre Rebfläche stärker als die außerbayerische Konkurrenz auszudehnen. Das bayerische Subventionsprogramm sah allerdings eine Beschränkung auf 5000 Hektar Rebfläche und auf eine Lagerkapazität vor, die dem Zweieinhalbfachen einer Normalernte entspricht. Ministerialrat Hans Heuser, Weinbaureferent im Münchner Landwirtschaftsministerium, glaubt für diese Beschränkung gute Gründe zu haben: „Bei noch mehr Rebfläche sind auch für den Frankenwein die Grenzen des Absatzes zu kostendeckenden Preisen abzusehen. Außerdem kann man nun davon ausgehen, daß die Weinwirtschaft sich eigenverantwortlich weiterentwickelt.“ Winzer-Lobbyist Freihold meint dagegen, jede in den Weinberg investierte Steuermark ist gut angelegt: „Die Winzer geben doch über Steuern ein Vielfaches wieder zurück, denn im Gegensatz zur Landwirtschaft genießen sie keine Steuervergünstigungen.“

In Münchner Regierungskreisen kann man sich jedoch angesichts der Winzerklagen der Schadenfreude nicht ganz enthalten. Zu unbelehrbar hochnäsig hatte sich mancher einflußreiche Weinanbauer in den vergangenen Jahren gezeigt, als knappe Ernten und hohe Qualitäten den Bocksbeutelpreis hochschraubten. Mit dieser Hochpreispolitik haben die Franken viele frühere Kunden zu preiswerteren Weinen abwandern lassen, die man heute wieder dringend benötigte. Die Jahrgänge 79, 80 und 81 hatten zusammen nur die Hälfte der Menge erbracht, die 1982 gelesen wurde. Nun aber war die Massenkundschaft verloren, und der Wein floß nur langsam aus den Kellern in den Handel. Noch sind die Tanks halbvoll, da kommt in diesen Wochen eine neue Rekordernte. Und mit raschem Absatz ist nicht zu rechnen. Denn das ist schwierig, wenn daneben billige Weine anderer Anbaugebiete stehen.

# Enge Abstimmung mit Washington

## Für die Verhandlungen in Genf tauschten Kohl und Reagan bisher 40 Briefe aus

MANFRED SCHELL, Bonn

Der Kanzler fühlt sich nach dem Demonstrationsgeschehen vom vergangenen Wochenende in seiner Einschätzung bestätigt, daß die Friedensbewegung zwar nach wie vor viele Menschen mobilisieren kann, aber an aggressiver Treibkraft verloren hat. Schon vor Wochen hatte Kohl angesichts aufkeimender Befürchtungen über Krawalle die Frage gestellt: „Heißer Herbst, was ist das?“ Damit wollte er zweierlei bezwecken. Die Politiker sollten dieses Thema „tiefer“ hängen. Den Organisatoren von Kundgebungen und den Demonstranten machte Kohl damit deutlich, daß „nicht die Straße“ über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland entscheidet. „1983 ist nicht 1932. Heute wird nach der Verfassung entschieden“, war vom Kanzler zu hören.

Helmut Kohl hat in seine Bemühungen, in Genf doch noch zu einem akzeptablen Zwischenergebnis zu kommen, viel Zeit und Energie investiert. Allein 40 Briefe hat er in dieser Sache mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan ausgetauscht. Auch Washington hat deutlich gemacht, daß es in engster Abstimmung mit Bonn handeln will. Über die direkte Fernschreib-Standleitung, die das Kanzleramt und das Weiße Haus verbindet, wurden Formulierungen und Textentwürfe abgeglichen und korrigiert.

Besucher im Bundeskanzleramt, die in den zurückliegenden Tagen Gelegenheit hatten, mit Helmut Kohl zu sprechen, haben einen nachdenklichen Kanzler gesehen, der das Maß seiner Verantwortung richtig einschätzt. Er sei nicht „raketensüchtig“, hat Helmut Kohl wiederholt erklärt. Er empfinde auch keine Freude, daß jetzt, nachdem die Sowjetunion in Genf kompromißlos gewesen ist, gemäß dem NATO-Doppelbeschluß nachgerüstet werden müsse. Helmut Kohl spricht vielmehr von einer „bitteren Notwendigkeit“. Vom Vollzug des Doppelbeschlusses hänge allerdings die Glaubwürdigkeit des Westens und seine Sicherheit insgesamt ab.

Nach der Regierungserklärung, die Kohl am 21. November abgeben will, wird nachgerüstet. Der Kanzler rechnet offenkundig nicht mehr damit, daß sich bis dahin in Genf noch etwas Zufriedenstellendes tun wird. Immerhin habe man jahrelang verhandelt. Kohl ist ein Pragmatiker, für den deshalb Seminarüberlegungen in dieser konkreten Situation unnütz sind. Wenn ein „sekuläres“ Ereignis eintrete und wenn dies selbst morgens um vier Uhr der Fall sein sollte, so meinte er scherzhaft gegenüber seinen Mitarbeitern, dann stehe man halt auf. Helmut Kohl rechnet auch nicht damit, daß es bei einer Nachrüstung zu einer Eiszeit zwischen Ost und West kommen wird, allenfalls zu einem propagandistischen Donnergrollen bis ins nächste Frühjahr hinein. Dann, so schätzt Kohl, werde zwischen den Großmächten weiterverhandelt und auch alsbald ein Ergebnis erzielt. Durch einen Schachzug hat der Kanzler der Sowjetunion die Möglichkeit genommen, jetzt die „Karte“ Berlin und der innerdeutschen Beziehungen gegen Bonn auszuspielen. Es war kein Zufall, daß der Milliardenkredit an die „DDR“ vor seiner Moskau-Reise unter Dach und Fach gebracht worden ist. Die amerikanische Regierung hat diesen „Erfolg“ erst kürzlich auch gegenüber dem CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß anerkannt.

Helmut Kohl hat jenen in der Union, die meinten, Großdemonstrationen könnten die Republik verändern, widersprochen. Solange friedlich demonstriert werde, hatte der Kanzler gesagt, gehe „das in Ordnung“. Und die Union als breitgespannte Volkspartei müsse es ertragen, daß es auch in ihren Reihen andere Meinungen gebe. Der Kanzler hat nur etwas dagegen, daß sich diese zu „Märtyrern“ machen wollen oder machen lassen.

Unverständlich ist für Helmut Kohl aber, daß der SPD-Vorsitzende Willy Brandt um die Chance „gebuhlt“ habe, auf der Demonstration der Friedensbewegung im Bonner Hofgarten sprechen zu dürfen. Wenn Brandt glaube, dadurch könne er die Grünen für die SPD einfangen, dann begehe er, wie Kohl meint, einen gewaltigen Denkfehler. Nicht Anbiederung, sondern eine klare Position dagegen wäre hier eher hilfreich. Schließlich habe die schleswig-holsteinische SPD ein scharfes Kontrastbild zu den Grünen gezeichnet und im letzten Landtagswahlkampf ganz gut abgeschnitten. Aber darüber müsse sich die SPD-Führung den Kopf zerbrechen. Er, Helmut Kohl, habe gewiß keine Freude daran, daß die SPD diesen Kurs in der Sicherheitspolitik steuere.

# Von Staden: Mit den Amerikanern verwandt

Co. Bonn

Der scheidende Staatssekretär des Bonner Auswärtigen Amtes, Berndt von Staden, hat in seiner letzten Pressekonferenz vor dem Ruhestand ein nachdrückliches Bekenntnis zur deutsch-amerikanischen Freundschaft abgelegt. „Ich bin zutiefst überzeugt, daß wir alles tun müssen, um die Gemeinsamkeit mit den Vereinigten Staaten nicht nur zu erhalten, sondern noch zu verbreitern. Eine Äquidistanz zwischen Ost und West gibt es in der Realität der Politik nicht, sondern nur in der Vorstellung von Menschen, die die Realität nicht kennen oder sich ihr verschließen“, betonte von Staden.

Der langjährige Botschafter in Washington und jetzige Koordinator für die deutsch-amerikanischen Beziehungen zog eine positive Bilanz der Veranstaltungen zum 300. Jahrestag der ersten deutschen Einwanderung nach Amerika und des Staatsbesuches von Bundespräsident Karl Carstens in den USA. In diesem Zusammenhang sei deutlich geworden, daß die Bundesrepublik mit den Vereinigten Staaten nicht nur gemeinsame Interessen und Grundwerte teile, „sondern daß wir mit den Amerikanern verwandt sind“. Diese Verwandtschaft sei im Wesen der Amerikaner spürbar.

Die Feiern zum „Tricentennial“ und der Staatsbesuch des Bundespräsidenten seien Gelegenheiten gewesen, der Öffentlichkeit die Verwandtschaft und die Gemeinsamkeiten von Deutschen und Amerikanern bewußt zu machen, fuhr der Staatssekretär fort. Dem gleichen Ziel dienten auch die Mittel für deutsch-amerikanische Austauschprogramme, die nach einer geplanten Erhöhung um 11,5 Prozent im Bundeshaushalt 1984 einen Gesamtumfang von 100 Millionen Mark erreichen sollten.

Der Präsident des „German Marshall Fund of the United States“, Frank E. Loy, kündigte an, daß seine Organisation für ein neues Austauschprogramm in den nächsten drei Jahren vier Millionen Mark zur Verfügung stellen werde.

# Kohl will in Tokio über Öffnung des Handels reden

## Sicherheitspolitik ist ein weiteres Gesprächsthema

BERNT CONRAD, Bonn

Globale Fragen der Sicherheitspolitik und die Entwicklung der West-Ost-Beziehungen werden bei dem bevorstehenden Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Japan eine zentrale Rolle spielen. Gleichzeitig wird sich Kohl bemühen, die Japaner auf der Grundlage des von Bonn und Tokio gemeinsam bejahten Freihandels zu einer weiteren Öffnung des japanischen Marktes und zu einer Verstärkung der Inlandsnachfrage zu bewegen.

Der Kanzler wird am Sonntagabend, begleitet von Staatsminister Alois Mertes, dem parlamentarischen Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Volkmar Köhler, und einer ganzen Reihe von Diplomaten mit einer Sondermaschine der Luftwaffe nach Japan abfliegen. In Tokio sind von Montag bis Mittwoch nächster Woche Gespräche mit dem Kaiser, Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone, Parlamentariern und Wirtschaftlern vorgesehen. Kohl wird auch vor beiden Kammern des japanischen Parlaments sprechen.

Der Bonner Regierungschef, der unmittelbar vor US-Präsident Ronald Reagan und dem chinesischen Parteichef Hu Yaobang nach Japan kommt, wird dort eine Situation antreffen, die durch ein wachsendes Bewußtsein für die Bedeutung der äußeren Sicherheit geprägt ist. Schon bei seiner ersten Begegnung mit Nakasone Ende Mai auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Williamsburg hatte Kohl festgestellt, wie stark die Japaner an gemeinsamen Anstrengungen zur Bewältigung der Bedrohung durch sowjetische SS-20-Raketen interessiert sind. Dieses harmonisch verlaufene Gespräch trug dazu bei, daß Nakasone der gemeinsamen Sicherheitsentschließung von Williamsburg zustimmte.

Ebenso wie der Kanzler merkte auch Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher bei einem Treffen mit seinem japanischen Amtskollegen Shintaro Abe Ende September in New York, wie sehr die Regierung in Tokio daran interessiert ist, daß die Sowjetunion im Rahmen einer möglichen INF-Vereinbarung keine weiteren SS-20-Raketen nach Asien verlegt. Es könne nicht mehr europäische Sicherheit durch weniger Sicherheit in Asien geben, meinte Abe.

Der daraus resultierende Wunsch Japans nach engerer Koordinierung der Außen- und Sicherheitspolitik mit den USA und den europäischen NATO-Partnern wird von der Bundesregierung geteilt. Doch der Bundeskanzler hat schon in Williamsburg darauf hingewiesen, daß das deutsche Eintreten für japanische Sicherheitsinteressen im Rahmen der INF-Politik eine Rücksichtnahme Japans auf deutsche Interessen in anderen Bereichen, vor allem in der Handelspolitik, bedinge.

Nach vorliegenden Informationen wird Kohl gegenüber Nakasone die schon vollzogenen Maßnahmen zur stärkeren Öffnung des japanischen Marktes loben, aber hinzufügen, dies sei noch nicht genug; Japan müsse noch mehr tun. In Bonner Regierungskreisen glaubt man, daß diese Botschaft in Tokio verstanden werden wird. Dabei wird es dem Kanzler weniger um Einzelheiten als um die grundsätzliche wirtschaftspolitische Linie gehen. Kein Zweifel besteht daran, daß beide Seiten übereinstimmend den für die Exportländer Deutschland und Japan schädlichen Protektionismus prinzipiell ablehnen werden.

Wie ernst auf europäischer Seite die Wirtschaftsprobleme mit Japan genommen werden, zeigte sich kürzlich in New York, als der Präsident der EG-Kommission, Gaston Thorn, im Beisein Genschers den japanischen Außenminister Abe auf die sich „dramatisch zuungunsten der EG“ entwickelnde Handelsbilanz hinwies. Die ganze Europäische Gemeinschaft sehe das mit großer Besorgnis, betonte Thorn. Abe sagte zu – was jetzt auch von Nakasone erwartet wird –, daß Japan die Inlandsnachfrage weiter fördern wolle.

# SPD-Vorschläge zur Rentenversicherung

## Rentenfinanzen sollen über Mehreinnahmen in der Arbeitslosenversicherung saniert werden

AP, Bonn

Zur Stabilisierung der Rentenfinanzen hat die SPD der Bundesregierung eine drastische Anhebung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung empfohlen. Zugleich schlugen die Sozialpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion vor, die Beitragsbemessungsgrenze in der Arbeitslosenversicherung um 20 Prozent anzuheben. Zur Begründung wurde erklärt, daß die hohe Arbeitslosigkeit die Hauptursache für die schwierige Situation der Rentenversicherung sei und deshalb das Übel dort beseitigt werden müsse, wo es anfalle.

Im einzelnen, so erklärten die SPD-Sozialexperten Anke Fuchs und Eugen Glombig, müsse die Bundesregierung die Streichung eines Teils der Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit für die Empfänger von Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe und Übergangsgeld wieder rückgängig machen. Damit erhielte die Rentenversicherung Mehreinnahmen von 5,2 Milliarden Mark, womit ihre Liquiditätsprobleme für 1984 gelöst würden. Außerdem lehne die SPD sämtliche von der Bundesregierung geplanten versteckten Beitragsmehrbelastungen in der Sozialversicherung von mehr als vier Milliarden Mark ab, hieß es.

Diese Mindereinnahmen sollten durch eine Beitragssatzerhöhung bei der Arbeitslosenversicherung von derzeit 4,6 auf 5,4 Prozent und die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze von 5200 Mark auf 6240 Mark ausgeglichen werden. Zur Deckung sollten ferner die Minderausgaben der Rentenversicherung aus der Anpassung der Renten an die geringeren Arbeitsentgelte des Vorjahres herangezogen werden. Der verbleibende ungedeckte Rest von rund zwei Milliarden Mark, so die Vorstellungen der SPD, müsse durch den Abbau von Steuervergünstigungen und Abschreibungsmöglichkeiten außerhalb des Sozialetats erwirtschaftet werden.

Die SPD-Sozialpolitiker wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß die von der Bundesregierung im Haushaltsbegleitgesetz erwogenen Maßnahmen nicht geeignet seien, die Finanzierungsprobleme der Rentenversicherung zu lösen. Frau Fuchs betonte: „Wenn es jetzt nicht gelingt, ein Ausbluten der Rentenversicherung zu verhindern, wird die geplante Strukturreform auf vertretbarem Niveau unmöglich. Es ist fünf vor zwölf.“ Zugleich kündigte Frau Fuchs an, daß die SPD sich auch gegen die gravierenden Leistungsverschlechterungen außerhalb der Rentenversicherung aussprechen werde.

# Arbeitnehmer auf Distanz zu 35-Stunden-Woche

gil. Bonn

Die generelle Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden wird von den Arbeitnehmern mehrheitlich abgelehnt. Größte Resonanz dagegen findet eine frühere Rente, für die auch Rentenabschläge hingenommen werden. Das gestern vorgelegte Ergebnis einer Befragung von Metallarbeitnehmern durch das Institut Infratest erhärtet, daß die Gewerkschaftsforderung nach der 35-Stunden-Woche derzeit nicht die Meinung der Arbeitnehmerschaft widerspiegelt.

Für wesentlich attraktiver hielten die Befragten die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche mit der Möglichkeit, die Arbeitszeit individuell zu verkürzen. Dafür entschieden sich 56 Prozent, während nur 37 Prozent die allgemeine Verkürzung auf 35 Stunden befürworteten. Demoskopisch stabil ist die Vorliebe der Arbeitnehmer für einen früheren Ruhestand. Im August plädierten 72 Prozent dafür, früher in die Rente zu gehen, selbst wenn jedes vorgezogene Jahr eine Rentenkürzung von sieben Prozent zur Folge hat. Arbeitnehmer, die älter als 50 Jahre sind, sprechen sich sogar zu 85 Prozent für die Frührente aus.

Vor die Alternative Lohnerhöhung oder Arbeitszeitverkürzung gestellt, entschieden sich 46 Prozent für den Lohn, 44 Prozent für kürzere Arbeitszeit.

# China und Kuba bauen Handel aus

AFP, Havanna

Nach einwöchigen Gesprächen des kubanischen Außenhandelsministers Ricardo Cabrisas Ruiz in Peking sollen die Handelsbeziehungen zwischen Kuba und China offenbar erheblich ausgeweitet werden. Der stellvertretende chinesische Ministerpräsident Tian Jiyun und der Gast aus Havanna hoben nach Angaben der Nachrichtenagentur „Neues China“ die „großen Perspektiven“ für die künftige Entwicklung des bilateralen Handels hervor, der im vergangenen Jahr eine Höhe von 380 Millionen Dollar erreichte.

# Klage gegen die „DDR“ in Den Haag

dpa, Aachen

Nach dem in der vergangenen Woche gescheiterten Fluchtversuch ihres 23jährigen Sohnes hat dessen Mutter die „DDR“ vor dem Internationalen Gerichtshof in Den Haag verklagt. Die Frau will damit erreichen, daß die „DDR“ zur Einhaltung der Menschenrechte verurteilt oder zum Austritt aus der UNO veranlaßt wird. Sie begründet die Klage damit, daß der Tatbestand der „Republikflucht“ der Menschenrechtskonvention widerspreche und eine Klage auf staatlicher Ebene nicht zu erwarten sei.

# Peking lobt die „Friedensbewegung“

AFP, Peking

Die amtliche chinesische Nachrichtenagentur hat in einem aus Bonn datierten Kommentar die Aktionswoche der deutschen „Friedensbewegung“ gewürdigt. Immer mehr Deutsche hätten eingesehen, daß die Interessen der beiden Supergroßmächte ihren eigenen Interessen zuwiderliefen. Noch vor Monaten hatte Peking die pazifistischen Strömungen eher negativ beurteilt und vor allem auf deren Gefahr für die Sicherheit in Europa hingewiesen.

DIE WELT (uspa 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

# Die Museums-Insel wirkt selbst wie ein Museum

## Zwischen Spree und Kupfergraben: Auf 400 mal 200 Metern das Konzentrat aus Kunst, Wissen und Prunk

Von JOACHIM SEYPPEL

**Die Museums-Insel in Berlin, gebildet aus Spree und Kupfergraben, war und ist ein Konzentrat aus Kunst, Wissen und Prunk. Die Superlative heißt Altes Museum (von Schinkel erbaut), Nationalgalerie, Pergamon-Museum und Bode-Museum. Sie vereinigen Unschätzbares aus der Antike, ein richtiges „Spree-Athen". Das alte Berliner Museumsviertel liegt heute im Ostteil der Stadt. Joachim Seyppel, 1919 in Berlin geboren, 1979 aus dem Schriftstellerverband der „DDR" ausgeschlossen und seitdem im Westen lebend, erinnert sich.**

Genau mit Blick hinüber auf die Museums-Insel, in der Artillerie-, heute Tucholskystraße, in der Frauenklinik der Charité ist mein jüngster Sohn geboren. Das ist nicht so lange her, nur vier Jahre, doch schon können wir alle dort nicht mehr hin. Können nicht dorthin, wo unsere Heimat, unsere Stadt einst gegründet wurde, wohin jährlich Hunderttausende pilgern. Die Museums-Insel ist noch immer eine Reise und einen Tagespassierschein wert.

Diese Insel wird gebildet aus Spree und Kupfergraben, und was „Spree-Athen" heißt, erfährt hier doppelte Begründung, durch Schätze aus der Antike, die in Gebäuden der Moderne gehortet werden. Wer die Karl-Liebknecht-Straße nach Norden wandert, wende sich – rechts die „Volkskammer" – nach links zum Lustgarten, an dessen Ende Schinkels Altes Museum steht. Weihnachtsmarkt, der Dom, die Kindheit: Hier riecht es nach Alt-Berlin. Man muß viel wegdenken, um an die Ursprünge der Stadt zu gelangen, Verkehrslärm, ärgerliche Deformationen, doch mit dem Willen, sich hier einzulassen, mit etwas Phantasie und einem guten Stadtführer gelingt der Abstieg in die Unterwelt.

Hinter dem Alten stand das Neue Museum, 1855 von Stüler beendet, einem Architekten, dem Berlin noch andere Gebäude verdankt. „Artem non odit nisi ignarus" stand einst am Westfries, die Warnung nur der Unwissende hasse die Kunst. Jahrelang hat man überlegt, was man mit dem im Zweiten Weltkrieg ausgebrannten Bau machen solle, er soll wiedererstehen. Schon als Kind habe ich meine Mutter gefragt, wann denn in Berlin „das Buddeln endlich aufhöre", aber die Insel harrt noch immer ihrer Vollendung oder einer fortschrittlichen Art von Verstümmlung, denn Beton und Zement stellen die Atmosphäre von Ziegel, Stuck, Gips, Rabitzwänden nicht wieder her, so dürftig einst die Methoden oft auch gewesen sein mögen.

Stüler hat auch die Nationalgalerie entworfen, Strack sie errichtet. Und Messel ist es gewesen, der das Pergamon-Museum gebaut hat – sein Warenhaus Wertheim (ausgebrannt) am Leipziger Platz hat mir von außen stets besser gefallen. Das Markttor von Milet, Ischtar-Tor von Babylon, Pergamon-Altar: Geraubte Schätze, keine Frage. Und erst als ich in Kleinasien am Ort dieser Ursprünge stand, auf der Burg von Bergama in der Türkei, habe ich im Zusammenblick mit Himmel und Landschaft begriffen, was das eigentlich für Werke der Kunst sind, nämlich Geburten auch ihrer Natur, aus der sie erwachsen sind.

Das Kaiser-Friedrich-, heute Bode-Museum ist das jüngste, erst 1903 fertiggestellt. Hier im Dreieck zwischen Fluß und Graben konnte man einst drüben das Schloß Monbijou sehen, und noch immer führt über die Spree eine dürftige Notbrücke ins wirkliche alte, nach Kellermoder, Mietskasernenmief, Urberliner Duft riechende „Milljöh". Was mich am meisten in dieser seinsollenden „Hauptstadt" aber stört und verstört, was irritiert und irreführt, sind die Änderungen in der Nomenklatur. Marx-Engels statt Lustgarten, Marx-Engels statt Börse. Und statt des Schlosses stehen da eine Kammer, die keinem Volk gehört, und ein Staatsratsgebäude, so ratlos wie einst meine Artisten in der Kuppel von Circus Busch zwischen Stadtbahn und Spree, wenn ich, vierjährig, wütend in die Manege schrie, der Kletterei überdrüssig: „Die Pferde sollen kommen!"

### Einst City und Weltstadt, heute provinziell

Irgendwie wirkt diese Museums-Insel längst selber wie ein Museum. Hier werden ausgestellt die Souvenirs einer Stadt, die einst City und Weltstadt war, und heute provinziell wirkt, man kann sie ausstaffieren, wie man will. Es sind andre Gerüche, die dominieren, jeder Besucher kennt sie, sie erinnern an VEB-Chemie, Kunstfasern. Andere Gerüchte und andere Witze: „Honeckers Datsche", der Palast. Der angebliche Liebknecht-Balkon, einst am Schloß, eine Imitation. Und im Hintergrund die neuen, die „sozialistischen" Kasernen für Mieter, die, so oft sie können, auf ihre Datsche flüchten, die Laube janz weit draußen bei Mutta Jrün. Hier in der Innenstadt ist das Grün verbannt oder verpönt. Die Diktatur des Betons auch hier.

Die ganze Museums-Insel umfaßt nicht mehr als 400 Meter von der Spitze bis zum Lustgartenrand und 200 Meter von der Spree zum Kupfergraben – welch ein Konzentrat aus Kunst, Wissen, Prunk, von Raubbeute, von Eigenem! Zu meinen liebsten Ausstellungsstücken gehören Leistikows „Grunewaldsee" im Alten Museum und Bilder von Lesser Ury, dem Berlin-Maler zwischen 1900 und 1931, der längst nicht zu dem Ruhm gekommen ist, der ihm gebührt. Dessen Autos, der zwanziger Jahre, auf regennassem Asphalt der Linden mit seltsam zerfließendem Scheinwerferlicht Impressionen wiedergeben, die sonst nirgends mehr existieren. Es ist das Heimweh des Juden aus dem „Schtedtl" Birnbaum (unweit Posen) nach seinem Berlin, das daraus spricht, wenn sich der Maler in Italien oder Belgien aufhielt, es ist unsere Nostalgie.

Diese Museums-Insel war einst durchschnitten von einem Verbindungsgraben zwischen Spree und Kupfergraben, etwa dort, wo der Schinkel-Bau steht, diese ganze Insel ein wendischer Werder mit der Zukunft einer Metropole, überall Memoiren, die an die tausend Jahre zurückgehen, mit Ufern und Rändern der Moderne. Diese Insel ist weniger ohne das, was an ihren Tangenten geschah, etwa in der Villa am Kupfergraben, die Max Reinhardt bewohnte. Etwa in der Bauhofstraße, wo Gottfried Keller am „Grünen Heinrich" arbeitete. Etwa im Zeughaus, dem Museum Deutscher Geschichte, wo Schlüters Masken „Sterbender Krieger" vor Unheil warnen. Kasernen, Hackescher Markt, Synagoge geben der Insel erst die fällige Kulisse, quasi Schinkelsche Theater-Dekorationen, ohne welche das Spiel der Statuen, Götter, Prinzessinnen, der Puppen in Öl und Farbe nicht geht.

Am Ufer des Kupfergrabens lag einst die Zille, das Schleppschiff mit dem „Riesen-Walfisch", ausgestopft natürlich – ich als Klein-Bubi habe dort das Fürchten gelehrt bekommen –, und niemand wird hier heute spazieren gehen, der nicht ahnt, daß hier fürchterliche Dinge geschehen sind, geschehen können. Revolutionskartätschen gingen hier 1918 nieder, Leichen trieben im Wasser, 1945 schien hier überhaupt alles zu Ende zu gehen. „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt", dichtete Johannes R. Becher und reimte die Zeile auf „Deutschland, einig Vaterland", Anarchist, Kommunist aus München und übers Moskauer Exil nach Berlin verschlagen. Der Text ist in der „DDR" verboten. Eislers Melodie wird heruntergeleiert, sie erinnert zu stark an Kreuders „Good Bye, Johnny", um nicht gestohlen zu sein. Mir wär's lieber, man hätte die Melodie verboten und den Text erlaubt.

Keiner geht über die Museums-Insel, Herz des Herzstücks, der das vergessen darf. Früher einmal verkehrten Ausflugsdampfer auf der Spree, noch früher war es möglich, hier zu schwimmen, geblieben sind ein paar müde Angler, die zuweilen, entgegen den Gesetzen, nach etwas fischen, das es ohnehin hier kaum noch gibt. Übrigens ein sehr merkwürdiger Eindruck, mit der S-Bahn vom Bahnhof Friedrichstraße zum Marx-Engels-Platz zu fahren und dabei, ziemlich hoch oben, zwischen Pergamon- und Bode-Museum das schwimmende Stückchen Erde zu überqueren.

Da sieht man Dinqe, die den Untenstehenden verborgen sind und sein sollen und durch Sichtblenden lückenhaft verstellt sind. Gleich links hinter der Friedrichstraße ein Kasernenhof des Berliner Wachbataillons „Feliks Dzierzynski", dem Erfinder der Genickschuß-Tscheka, man sieht Knobelbecher, Panzerketten, märkischen Exerzierplatzsand. Aus S-Bahnfenstern Einblicke durch staubiges Glas in Museumszimmer, die zum Teil der Öffentlichkeit nicht zugänglich sind, Gipsabdrücke, Schatten, Mumien: Magazine des Ungeliebten.

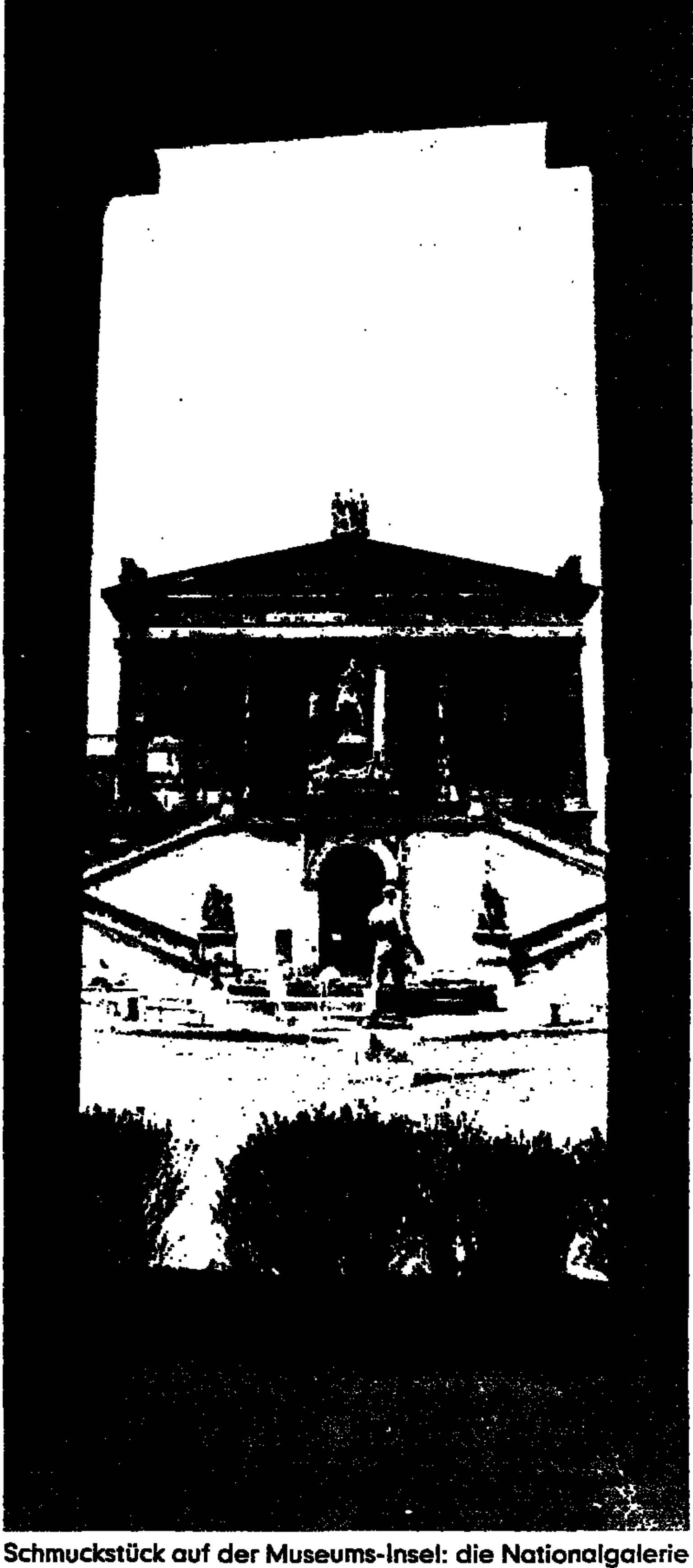
„Museumstraße, Mitte, C 2, zählt von der Friedrichsbrücke im Zuge der Neuen Friedrichsbrücke, am Lustgarten, bis Eiserne Brücke, am Kupfergarten 5 Nummern", erinnert mich mein „Scherls Straßenführer durch Berlin 1925", er kostete damals zwei Mark. Eine sehr kurze Häuserzeile, durch die die Straßenbahnen 40 und 79 ratterten und der Omnibus No. 4. Feuerwehr lag an der Schloßfreiheit bei der Schloßbrücke, die nächste Rettungsstation der Charité in der Ziegelstraße, „Verwaltungsbezirk I". Auch der Name der Straße ausradiert, ersetzt durch Bodestraße.

### Bunte Träume auch aus der Zukunft

Aber in meinem Gedächtnis ist nichts ausradiert. Wir bestiegen, seinerzeit, die Elektrische, die aus meinem Geburtsdorf Lichterfelder kam, Schloß-, Ecke Rheinstraße zu Steglitz, zuckelten quer durch die Stadt zur Mauerstraße („Hier in der Bethlehemskirche bist du getauft!" sagte die Mutter), am Gendarmenmarkt vorbei („Hier wohnte schon dein Ur-Ur-Ur-Großvater 1762!" murmelte der Vater), durch den Linden-Tunnel, der die City untertunnelte, und stiegen jenseits am Kupfergraben wieder empor, die 40, meine Lieblingslinie. Und dann durch die Museumstraße mit den Museen. Die Linie endete im Norden an der Ramlerstraße, doch so weit fuhren wir nie, höchstens bis zum Weinbergsweg, um zu Carows Lachbühne zu gehen mit dem unvergeßlichen Freddy Sieg: „Und da saß ick mit de Emma uff de Banke" – an der Krummen Lanke.

Die Museums-Insel ist schön, schöner die Museums-Insel im Gehirn, voller bunter Träume auch aus der Zukunft. Denn daß Jonas mit Spreewasser, seine Mutter mit Pankewasser, und sein Vater, mit Bekewasser gewuft, allesamt „ausgebürgert", nicht mehr hin kommen würden?

Das wär' ja gelacht!



Schmuckstück auf der Museums-Insel: die Nationalgalerie
FOTO: EDMUND KASPERSKI

# Ein Tempolimit als Hilfe für den Wald?

### Öffentliche Anhörung des Deutschen Bundestages beendet

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Die Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit für Kraftfahrzeuge auf Autobahnen und Bundesstraßen zur Emissionsbeschränkung und damit als Maßnahme gegen das Waldsterben forderten auffallend viele Wissenschaftler und Sprecher von Verbänden bei der zweitägigen öffentlichen Anhörung des Bundestags-Innenausschusses zum Thema „Waldsterben und Luftverunreinigungen" in Bonn. Der Leiter der Abteilung „Luftverunreinigung" in der Landesanstalt für Immissionsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Bernd Prinz, sagte gestern zum Abschluß des Hearings, das auf Antrag von SPD und Fraktion der Grünen zustandegekommen war: „Der Abbau der Geschwindigkeiten darf kein Tabu sein – das ist uns der Wald wert."

Während die Sprecher der Wirtschaftsverbände auch in den Schlußworten bei ihrer schon am Vortag geäußerten Auffassung blieben, daß eine Verschärfung der jüngsten gesetzlichen Bestimmungen zur Luftreinhaltung die Wirtschaft in einer unerträglichen Weise belasten würde, ging der „Bundesverband Bürgerinitiativen und Umweltschutz" mit seinem Forderungskatalog an die Adresse der vor dem Innenausschuß befragten Politiker am weitesten.

Die Restnutzungsdauer für Altanlagen im Sinne der Großfeuerungsanlagenverordnung soll demnach von jetzt 30 000 Stunden bis zur Stillegung dieser besonders emissionsträchtigen älteren Kraftwerke auf 10 000 Stunden reduziert werden. Eine „Schwefelabgabe" der Industrie soll 3000 Mark pro Tonne Ausstoß kosten. Auf Autobahnen soll nicht schneller als 100, innerstädtisch nicht über 30 Stundenkilometer gefahren werden. Außerdem will der Verband zwölf autofreie Sonntage im Jahr.

Entgegen den Feststellungen der Wirtschaftsverbände, die im Verlauf der zweitägigen Anhörung immer wieder darauf verwiesen, daß Luftverunreinigungen allein nicht für die neuartigen Walderkrankungen verantwortlich gemacht werden könnten, sondern daß eine besser koordinierte Forschung die tatsächlichen Sachverhalte erst zu klären habe, sagte der Leiter des „Deutschen Forstwirtschaftsrates e. V.", Alexander von Elverfeldt: „Wir sind überzeugt, daß es die Luftschadstoffe sind, und daß diese also vermindert werden müssen." Die derzeitige Immissionsbelastung, also der Niederschlag von Schadstoffen auf Blätter und Nadeln der Bäume, müsse in den nächsten zehn Jahren auf 50 Prozent gesenkt werden, erklärte der Geschäftsführer der „Arbeitsgemeinschaft deutscher Waldbesitzerverbände e. V.", Joachim Pampe.

Gegen eine Verschärfung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften zur Luftreinhaltung sprachen sich Sprecher der „Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke" mit dem Argument aus, der Appell von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zur Anwendung des jüngsten Standes der Technik für den Umweltschutz sei bei den Migliedern „voll angekommen". Man werde, wenn die geplanten Rauchgas-Entschwefelungsanlagen eingebaut seien, beim Schwefeldioxid eine Einschränkung von zwei Dritteln der jetzigen Werte erreichen. Diese Investitionen würden aber nicht getätigt, solange Unsicherheit über eventuelle neue Grenzwerte herrsche.

# Genschers Generalin konnte die Skeptiker überzeugen

STEFAN HEYDECK, Bonn

FDP-Generalsekretärin Irmgard Adam-Schwaetzer sucht „im Moment den Horizont der 80er Jahre ab". Gemeinsam mit der Programmkommission will sie liberale Perspektiven entwickeln und schneller als andere Parteien Wege zur Lösung künftiger Probleme finden. Für die dafür notwendige konzeptionelle Arbeit will sie neue „Leute mit Köpfchen" einstellen. Dabei hatte sich noch im Frühjahr das Thomas-Dehler-Haus wegen leerer Kassen von gut einem Drittel seiner Mitarbeiter getrennt. Heute dagegen scheint das Motto „Klein, aber fein" nicht mehr zu gelten. Die Erkenntnis von Irmgard Adam-Schwaetzer: Ohne neue Kräfte geht nichts mehr. Das ist schlicht unmöglich.

Unmöglich und unglaublich schien es auch vielen, als FDP-Chef Hans-Dietrich Genscher am 1. November vergangenen Jahres der nach der Bonner Wende desolaten und tief zerstrittenen Partei die 41jährige als Nachfolgerin des aus Protest zur SPD übergewechselten Generalsekretärs Günter Verheugen vorschlug. Die Reaktion damals war Verblüffung und Überraschung. Denn selbst in den eigenen Reihen war die erst 1975 in die FDP eingetretene und 1980 über Platz 14 der nordrhein-westfälischen Landesliste in den Bundestag gerutschte Apothekerin aus dem rheinischen Düren praktisch unbekannt.

Bonner Journalisten belächelten sie, nannten sie „Irmchen". Bei gut der Hälfte der Liberalen war sie umstritten, galt als arrogant. So wurde sie auch mit einem nicht gerade überzeugenden Ergebnis auf dem Berliner Parteitag von nur 200 Delegierten bei 161 Gegenstimmen und 15 Enthaltungen zu „Genschers General" gewählt.

Damals hatte sie sich für das erste Jahr ihrer Amtstätigkeit drei Schwerpunkte gesetzt, eine Richtschnur gelegt:

- Das Überleben bei den Bundestagswahlen am 6. März als wichtigstes Ziel.
- Die Organisationsstrukturen wieder so zu gestalten, daß die Partei die verlorene Schlagkraft zurückgewinnt.
- Die Einsetzung einer Programmkommission, um liberale Perspektiven fortzuschreiben und vorzuzeichnen.

### Frieden mit sich selbst

Sie begann mit einer „Tournee" durch die Landes- und Bezirksverbände, um die Mitglieder nach der mühsam überstandenen Zerreißprobe wieder zu motivieren. Denn in den Augen der Bevölkerung hatte die FDP weitgehend ihre Existenzberechtigung verloren. Mit starken Emotionen wurde versucht, die Partei ins politische Aus zu drängen. Das Ergebnis: Bis auf zwei „sehr deprimierende" Veranstaltungen in Baden-Württemberg und Hessen war bis Weihnachten der Durchbruch zur innerparteilichen Neu-Motivation geschafft. Die Liberalen hatten zum Friedensfest mit sich selbst Frieden geschlossen.

Irmgard Adam-Schwaetzers Strategie, die Taktik und Organisation im Management eines Pharmakonzerns gelernt hatte, ging auf. Im engen Schulterschluß mit Genscher, „der die Wende vorbereitet hatte", und mit Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, „der für die Politik der Wende stand", erarbeitete sie ein auf steigernde Argumentation angelegtes Wahlkampfkonzept, mit dem sich die FDP in der Öffentlichkeit „selbst zum Thema machte". Selbst Experten waren verblüfft, als die von vielen totgesagte FDP am 6. März sicher mit sieben Prozent überlebte.

Heute heißt es dazu im Thomas-Dehler-Haus, daß ohne die Generalsekretärin die Wahlen sicher nicht zu überstehen gewesen wären. Prompt begannen auch Skeptiker und Kritiker unter den Liberalen, ihr Vertrauen entgegenzubringen. Ein Teil ihres Erfolges geht darauf zurück, daß sie bewußt in der Außenwirkung auf ihre Rolle als Frau abhob. Gleichzeitig galt sie in der Innenwirkung als einzige Frau, die glaubwürdig den neuen Kurs vertreten konnte. Mehr noch: Sie wurde damit identifiziert.

Auch wenn sich die Generalsekretärin als wichtige Vertreterin der Bundespartei nicht in die Landesverbände „hineinhängen und -drängen" will, ist doch ihr Einfluß dort unübersehbar. Das zeigte sich zum Beispiel vor und nach den Hessen-Wahlen. Zwar heißt es zurückhaltend offiziell in Bonn nur, die Wahlkampfstrategie sei in enger Abstimmung mit der Parteizentrale" erfolgt. Doch selbst die Entscheidung der hessischen Liberalen, einer Drei-Parteien-Koalition in Wiesbaden eine Absage zu erteilen, geht auf einen Kunstgriff des Thomas-Dehler-Hauses zurück. Dahinter stand die vermittelte Einsicht, daß ein neuerliches Umkippen sich katastrophal auf die gerade zurückgewonnene Glaubwürdigkeit ausgewirkt hätte.

### Immer noch Sorgen

Für die Generalsekretärin gibt es zur Zeit vor allem in den Stadtstaaten noch zu lösende Probleme. So ist die Bundespartei alles andere als glücklich über den Einfluß, den die (links-) Liberale Vereinigung mit der aus der FDP ausgetretenen Helga Schuchardt an der Spitze noch auf die Hamburger Freien Demokraten hat. In Berlin fehlt die „stabile Mitte" angesichts der immer noch nicht überwundenen Spannungen zwischen den Flügeln. Und Bremen, nach der jüngsten Wahlpleite, wird bis auf weiteres intern skeptisch beobachtet.

Gewisse Sorgen bereitet aber auch, daß die FDP in Nordrhein-Westfalen sich zwar intensiv mit den Landtagswahlen befaßt, aber von der Programmarbeit her sonst genauso wie Rheinland-Pfalz, Niedersachsen und Hessen praktisch schweigt. Hier soll die Generalsekretärin ab Januar „ein bißchen Leben reinbringen". Dabei soll aber der Eindruck vermieden werden, als komme die Bundespartei und knebele die Landesverbände. Vielmehr sollen Informationen gesammelt und „gemeinsame Lösungen" über Präsidiumsmitglieder und Landesvorsitzende vorbereitet werden.

Wird Irmgard Adam-Schwaetzer jetzt, nach der fast abgeschlossenen Lösung der organisatorischen und praktischen Probleme, zum Chefdenker oder Chefideologen der Liberalen? Sie, die Beschäftigung mit theoretischen Fragen erst wieder hat lernen müssen, lehnt das ab. Lösungen und Ansätze dafür sollen und können nach ihrer Meinung nur im Team mit Freunden, Mitarbeitern und innerhalb der Programmkommission gefunden werden. Denn die Partei soll das Gefühl haben, daß etwas aus ihr selbst heraus entwickelt wird. So wird auch das Vordenken von Ralf Dahrendorf, der „mit rhetorischer und analytischer Brillanz Themen anreißen kann", als große Hilfe verstanden. Auf jeden Fall soll nun so schnell wie möglich eine Vorlage der Programmkommission erarbeitet und an die Basis zur Diskussion und weiteren Beratung weitergeleitet werden, ohne daß es in dem Gremium zu einer neuen „Klübchenbildung" kommt.

Die Politikerin mit dem zwölf- bis 16-Stunden-Tag, die heute über ihre Erklärung, „keine Karrierefrau werden zu wollen" nicht mehr nachdenkt, will Versäumnisse und Fehler der Vergangenheit verhindern. So sieht sie es auch trotz aller Mehr- und Doppelbelastung als „großen Vorteil" an, Generalsekretärin und Bundestagsabgeordnete gleichzeitig zu sein. Als Verheugen diese Rolle anstrebte, hatte die Partei noch mit einem klaren „Nein" reagiert.

# Carstens-Nachfolge: Ungeduld in der Union

### Auch Weizsäcker mahnte Entscheidung Kohls an

MANFRED SCHELL, Bonn

In der Union wächst die Ungeduld darüber, daß die Entscheidung von Bundeskanzler Helmut Kohl in der Frage, wer als Nachfolger von Karl Carstens am 23. Mai 1984 zum Bundespräsidenten gewählt werden soll, auf sich warten läßt. So erklärte beispielsweise der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel (CDU), angesichts der „zunehmenden Spekulationen" über die Aussichten einzelner Führungspersonen der Union sollte „möglichst schnell" eine Klärung in den Gremien der CDU herbeigeführt werden. Am liebsten wäre es ihm, so sagte Barschel, wenn dies schon in wenigen Tagen geschehen könnte.

In der Sitzung des CDU-Präsidiums am Montag hatte Berlins Regierender Bürgermeister Richard von Weizsäcker, der in erster Linie als Anwärter für das Amt des Staatsoberhauptes genannt wird, eine Entscheidung angemahnt. Weizsäcker deutete an, daß diese auch unter dem Gesichtspunkt von „Folgeentscheidungen" notwendig sei. Von Weizsäcker, der etwas später zur Präsidiumssitzung gekommen war, hatte nicht die einleitende Bemerkung des Parteivorsitzenden Helmut Kohl mitgehört, der gesagt hatte, er habe noch keine Entscheidung getroffen. Es müßten noch Gespräche geführt werden. Er, Kohl, werde in dem vorgesehenen Zeitrahmen – also im November – die Gremien damit befassen. Diese Auffassung wiederholte der Parteivorsitzende nach Weizsäckers Einwurf.

Der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht, der ebenfalls – neben Rainer Barzel und Alfred Dregger – für die Kandidatur zum Bundespräsidenten genannt wird, nahm nicht an der Sitzung des CDU-Präsidiums teil. Albrecht verkörpert wie von Weizsäcker das norddeutsche und protestantische Element in der Union. Der konfessionelle Gesichtspunkt spielt bei der Entscheidung Kohls, der wie Bundestagspräsident Barzel Katholik ist, gewiß eine Rolle. Allerdings hört man auch, Kohl wolle keine „protestantische Tradition" bei der Besetzung des Amtes des Bundespräsidenten begründen.

# Die Opposition eint nur Protest gegen Marcos

### Die Filipino Democratic Party geht neue Wege

MARTA WEIDENHILLER, Bonn

Der Protest ist in Manila seit der Ermordung Benigno Aquinos fast schon Alltag geworden. Die Opposition will den gewaltfreien Widerstand so lange fortführen, bis die Regierung Marcos stürzt. Diesem Ziel hat sich zumindest die Sammlungsbewegung oppositioneller Kräfte „Justice for Aquino, Justice for all" (JAJA) verschrieben. Mehr als 50 Gruppen sollen ihr angehören, mehr als vier Millionen Filipinos sich ihr angeschlossen haben.

Es besteht kein Zweifel: Die Opposition wird täglich stärker, erfährt Zulauf von allen Schichten der Bevölkerung. Ihr gemeinsamer Nenner scheint aber über die Forderung nach einem Rücktritt Marcos nicht hinauszugehen. Noch ist sie unorganisiert und blieb in der Phase des Protestes stecken. Unterschiedliche Interessen und Zielsetzungen haben bisher verhindert, ein gemeinsames Aktionsprogramm zu erarbeiten. Gefragt aber ist ein alternatives Programm, eine alternative Mannschaft, um zu verwirklichen, was die Opposition so nachhaltig fordert: Demokratie und (soziale) Gerechtigkeit für alle. Die Frage stellt sich, was der Protest bewirken, was die Opposition effektiv verändern kann. Aber der Protest der Straße wird Marcos nicht aus dem Malacañang vertreiben, eher der wirtschaftliche Sturm ihn hinwegfegen.

Politik, Parteienpolitik zumal, war auf den Philippinen seit jeher eine Sache des Geldes, der Familien-Clans. Parteien dienten als Instrument, wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Als Marcos 1972 das Kriegsrecht verhängte, beraubte er die Opposition der führenden Köpfe. In den darauffolgenden Jahren erstarb die politische Aktivität der Opposition, sie büßte somit auch ihre politische Macht ein. Die New Society Movement (KBL) des Präsidenten beherrschte die Szene.

Heute zeigt sich, daß es der Opposition an jenen Führern mangelt, hinter denen sich das Volk sammeln könnte. Selbst Aquino, als Herausforderer Marcos' apostrophiert, bewegte die Massen nachhaltig erst durch und nach seinem Tod. Und Salvador Laurel, Führer der UNIDO, gilt nicht als der Mann, der diese zwölf Parteien zählende, wichtige Gruppierung zu einer kraftvollen, kohärenten Einheit verschmelzen könnte.

Eine Partei, die aus der „Familientradition" ausbrechen und Basispartei werden will, ist die Philipino Democratic Party (PDP). Führende PDP-Vertreter halten sich gegenwärtig auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bonn auf. Antonio Cuenco, Rechtsanwalt und ehemaliger Abgeordneter, nennt die Prinzipien der Partei: Glaube an Gott, Humanität, Nationalismus, Demokratie, Sozialpflichtigkeit. Die PDP will sich (noch) keiner Ideologie verschreiben, steckt mitten in der Suche nach Ideen und Anregungen, um demokratische und reformerische Zielvorstellungen in ein konkretes Parteiprogramm umzusetzen.

Auf die Frage, wie die Demokratie verwirklicht werden könnte, sagte Cuenco: „Wenn die USA aufhören, Marcos zu unterstützen." Bonn solle dabei helfen. Die beiden US-Stützpunkte auf den Philippinen sind für die PDP Symbole Marcosscher Repression.

# Peru erhält modernste Mirage

## Aufrüstung trotz hoher Auslandsschulden / Sowjet-Panzer mit Dosenfisch bezahlt

MANFRED NEUBER, Bonn

Perus hohe Auslandsschulden halten die zivile Regierung unter Präsident Fernando Belande Terry nicht davon ab, mit Waffenkäufen im Werte von vier Milliarden Dollar die gegenwärtig größte Aufrüstung in Südamerika zu betreiben.

Lima ist mit zwölf Milliarden Dollar im Westen und etwa 300 Millionen Dollar im Osten verschuldet. Die Ausgaben für die Streitkräfte und die Sicherheitsorgane beanspruchen knapp ein Drittel des Staatshaushaltes. Nach Ansicht der Zentralbank liegen die tatsächlichen Aufwendungen für das Militär noch höher.

Mit Befremden hat der Internationale Währungsfonds, den Peru um gelockerte Konditionen für seine Kredite ersuchte, vor allem den Auftrag für 25 hochmoderne Abfangjäger vom Typ Mirage 2000 in Höhe von 900 Millionen Dollar registriert. Die Maschinen sollen nächstes Jahr mit 40 Exocet-Raketen geliefert werden.

Ursprünglich wollte die peruanische Luftwaffe das amerikanische Kampfflugzeug vom Typ F-16 (Stückpreis 15 Millionen Dollar) bestellen. Wie der in Lima erscheinende „Andean Report" meldete, kam aus den USA eine Absage, weil dieses Flugzeug für ein Entwicklungsland zu teuer sei. Die Mirage 2000 kostet mehr als das Konkurrenzmodell.

Peru wird unter den ersten Ländern sein, die diesen hochentwickelten Abfangjäger beziehen. Bei Vertragsabschluß versprach der Hersteller Marcel Dassault ein Düsenflugzeug von Typ Falcon F-20 (Preis: sechs Millionen Dollar) als kostenlose Zugabe; die Maschine soll als Aufklärer mit modernen Geräten für Luftaufnahmen ausgerüstet werden.

Aus der Sowjetunion, die während des linksnationalistischen Militärregimes in Lima ein Hauptlieferant für Waffen war, hat Peru in diesem Jahr 16 Kampf-Hubschrauber vom Typ MI-24 bezogen, die von den Russen in Afghanistan eingesetzt werden. Nach Ansicht des Fachbuches Jane's sollen diese „fliegenden Festungen" in Peru zum Schutze der Grenze mit Chile dienen.

Die peruanische Armee bestellte eine Anzahl (die Angaben schwanken zwischen sechs und fünfzehn) amerikanischer Hubschrauber vom Typ Sikorsky UH-60 A „Blackhawk". Der Preis für das Grundmodell beläuft sich auf 110 Millionen Dollar. Über den Auftrag für leichte Hubschrauber – entweder Messerschmitt MB 105 S oder italienische Augusta mit Doppelrotoren – soll noch entschieden werden. Während von dem Messerschmitt bisher erst Prototypen fliegen, ist der Aktionsradius der Augusta für das Andenland zu gering. Unterdessen verstauben, so der „Andean Report", aus der UdSSR gelieferte Hubschrauber vom Typ MI-8 S auf dem Flughafen Lima.

Spekulationen über neue Panzerkäufe der Peruaner in der Sowjetunion treffen nicht zu. Lima schuldet Moskau für Waffenlieferungen in den siebziger Jahren noch eine Milliarde Dollar (zusätzlich zu den kommerziellen Schulden). Dieser Betrag soll durch Dosenfisch- und Textillieferungen im Wert von monatlich acht Millionen Dollar während der nächsten beiden Jahre abgetragen werden. Ehrgeizige Pläne zur Modernisierung verfolgt auch die peruanische Marine. Der Kongreß erklärte im September den Bau eines zweiten Kriegshafens (neben Callao) zur vordringlichen Aufgabe. Die Kosten werden auf eine halbe bis eine Milliarde Dollar veranschlagt; eine weitere Milliarde wird für die elektronische Umrüstung der Kriegsschiffe benötigt.

Mit niederländischen Werften wurde im September ein Abkommen geschlossen, das die Modernisierung von drei Schlachtkreuzern und sieben Zerstörern der de Ruyter-Klasse für 116 Millionen Dollar vorsieht. Sechs auf deutschen Werften gebaute U-Boote trafen dieser Tage in Peru ein. Perus Kriegsmarine verfügt auch über moderne Fregatten der italienischen Lupo-Klasse und französische Raketen-Fregatten.

Aus dem Finanzministerium in Lima kommt im Zusammenhang mit den Rüstungskäufen die Klage, oft würden die Aufträge von den Streitkräften auf eigene Faust und ohne fiskalische Kontrolle vergeben. Anscheinend wagt die Regierung nicht, den Militärs auf die Finger zu sehen, weil dann möglicherweise ein Putsch drohen könnte.

# Sowjet-Journalist bittet in London um Asyl

rtr, London

Oleg Bitow, außenpolitischer Redakteur der Moskauer „Literaturnaja Gazeta", hat in Großbritannien um politisches Asyl gebeten.

Mit dieser Nachricht beendeten britische Regierungsvertreter das zwei Monate währende Rätselraten über den Verbleib des 51jährigen Journalisten, der seit dem 7. September als verschollen galt. Als Sonderkorrespondent zum Filmfestival in Venedig entsandt, verschwand Bitow während eines Privataufenthaltes in Rom.

Die sowjetische Seite sprach daraufhin von einem Anschlag der CIA. Diesem Eindruck wollte London offenbar jetzt entgegenwirken. Innenminister Brittan, so hieß es, habe dem Asylersuchen entsprochen.

Bitow galt bislang in Moskau als linientreuer Kommunist. Mit ihm ist nach dem Ostberliner Professor Franz Loeser innerhalb kurzer Zeit ein zweiter welterfahrener, als „Aushängeschild" mit Westkontakten privilegierter Funktionär aus politischen Gründen im Westen geblieben. Der Übertritt des sowjetischen Literatur-Experten wurde in London als „hochrangige Angelegenheit" gewertet.

# Amnesty prangert Heuchelei an

## Lippenbekenntnisse vieler Regierungen zu Menschenrechten / Jahrbuch veröffentlicht

FRITZ WIRTH, London

Der Umgang mit Menschenrechtsfragen ist in vielen Ländern zu einer Sache der Heuchelei geworden. Diese Klage führt die Gefangenen-Hilfeorganisation Amnesty International in ihrem heute veröffentlichten Jahrbuch, das Auskunft über die Verletzung der Menschenrechte in 117 Ländern der Erde gibt. „Viele dieser Vergehen werden von Regierungen verursacht, die in internationalen Arenen wie den Vereinten Nationen ein Lippenbekenntnis zu den Menschenrechten abgeben", heißt es wörtlich in diesem Jahresbericht, der im wesentlichen die Menschenrechtsverletzungen des Jahres 1982 registriert.

Diese Praxis veranlaßt Amnesty International, die in 160 Ländern der Welt über 500 000 Mitglieder verfügt, zu der Forderung: „Die Verschleierung von Tatsachen, die Verbreitung von Halbwahrheiten oder Lügen und andere Formen der Manipulation öffentlicher Meinungen durch Regierungen müssen bloßgestellt werden."

Die Organisation beklagt sich ferner über wachsenden Widerstand gegen ihre Arbeit in einigen Ländern. Die Sowjetunion habe in diesem Jahr in einem Buch Amnesty International vorgeworfen, daß sie Spionagearbeit betreibe. Die Regierung Guatemalas hat Amnesty International angeklagt, eine Rufmord-Kampagne zu führen. Die Militärjunta in Argentinien hat die Verbreitung des letzten Jahresberichts in ihrem Land untersagt, und Polen und Zaire haben Untersuchungskommissionen von Amnesty International den Zugang zu ihren Ländern versagt. „Dieses Verhalten basiert auf Mißverständnissen. Wir kämpfen nicht gegen Regierungen, wir kämpfen allein gegen Menschenrechtsverletzungen", stellt die Organisation fest.

Amnesty International veröffentlicht deshalb auch keine „Rangliste" des Terrors, der Folter und der Mißachtung der Menschenrechte. Der jüngste Jahresbericht unterscheidet sich jedoch nur in Nuancen von den vorhergehenden. Die Zentren der Unterdrückung freier Meinungsäußerungen und des Terrors gegen politisch oder religiös Andersdenkende sind die gleichen geblieben. Es sind vor allem Guatemala, El Salvador und Nicaragua in Mittelamerika, Argentinien und Chile in Südamerika, mehr oder minder sämtliche Ostblockstaaten, Afghanistan, eine Reihe von Diktaturen im Fernen Osten und vor allem Iran im Nahen Osten. Der Bericht über Folterungen und Hinrichtungen in diesem Lande gehört zu der deprimierendsten Lektüre dieses Jahresreports.

Danach sind seit dem Beginn der Revolution im Februar 1979 insgesamt 4605 Bürger in Iran hingerichtet worden, davon 624 im Jahre 1982. Amnesty International weist jedoch darauf hin, daß dies nur eine offizielle Zahl ist. Inoffizielle Informationen ließen darauf schließen, daß die wirkliche Zahl wesentlich höher liege. Die Organisation berichtet von Folterungen politischer Gefangener, deren genaue Zahl nicht feststellbar sei. Abgesehen von diesen Vergehen gegen politische Gefangene würden Hinrichtungen wegen des Genusses von Alkohol, wegen Ehebruchs und Homosexualität weiter fortgesetzt.

In El Salvador sind nach Informationen von Amnesty International praktisch alle Zweige der Sicherheitsstreitkräfte des Landes an einem „systematischen und umfangreichen Programm von Folterungen, Entführungen und Massenhinrichtungen von Männern, Frauen und Kindern beteiligt".

In Argentinien fehle bis heute in vielen Fällen noch jede Spur von Bürgern, die nach dem Militärputsch vom März 1976 verschwunden seien. Andere säßen seither in Haft, ohne jemals angeklagt worden zu sein. Amnesty International behauptet, Unterlagen von 3900 spurlos verschwundenen argentinischen Bürgern zu besitzen. Argentinische Menschenrechtsorganisationen schätzten die Gesamtzahl der „verschwundenen Bürger" jedoch auf 15 000. In Chile wartet Amnesty International immer noch auf Informationen über 650 politische Gefangene, die zwischen 1973 und 1977 spurlos verschwunden seien.

In der Sowjetunion beklagt Amnesty International weiterhin den Mißbrauch der Psychiatrie im Umgang mit politischen Gefangenen. Die Organisation kümmert sich direkt um 450 dieser Gefangenen. Die von der Sowjetführung am 27. Dezember 1982 angekündigte Amnestie habe sich für die überwiegende Mehrheit von ihnen überhaupt nicht ausgewirkt. Statt dessen seien allein 1982 über 200 Bürger neu verhaftet worden, nur weil sie nicht geduldete politische oder religiöse Meinungen äußerten.

In Polen seien nach der Verhängung des Kriegsrechts insgesamt 10 131 Personen interniert und weitere 3616 unter politischer Anklage verhaftet worden. Eine Reihe von Internierten sei in sogenannten Isolationszentren festgehalten worden. Allein bis zum Ende März seien über 500 Aktivisten der Gewerkschaft „Solidarität" festgesetzt worden.

In Ostdeutschland ist Amnesty International vor allem über das Schicksal jener Gefangenen besorgt, die verhaftet wurden, weil sie die „DDR" verlassen wollten oder den Wunsch nach Emigration geäußert haben. Die Hilfeorganisation hat sich 1982 allein mit dem Schicksal von 2[illegible] derartigen Häftlingen befaßt. Amnesty International zeigt sich außerdem besorgt über den Freikauf zahlreicher politischer Gefangener durch die Bundesregierung und erinnert die Staatsführung der „DDR" an ihre durch internationales Recht auferlegte Verpflichtung, politische Gefangene bedingungslos freizulassen.

# *Nordkorea exportiert die Revolution*

FRED DE LA TROBE, Tokio

Westlichen Geheimdiensten ist bekannt, daß Nordkorea seit Mitte der sechziger Jahre aktiv den Export gewaltsamer Revolutionen in mehr als 60 Ländern der Dritten Welt betreibt. Über fünftausend Guerrilla-Kämpfer haben ihre Ausbildung in nordkoreanischen Lagern erhalten. Pjöngjang hat auch Waffen im Wert von 90 Millionen Mark – vor allem Karabiner, Maschinengewehre und Haubitzen – an Partisanen und Terrorgruppen geliefert. Bei dem Mordkomplott in Rangun, bei dem mehrere südkoreanische Minister ums Leben kamen, hat Pjöngjang offenbar seine Hand im Spiel gehabt, wie aus bisherigen Untersuchungsberichten hervorgeht.

Nordkorea stellt sich für neutrale Beobachter als ein Land dar, das, bis an die Zähne bewaffnet, total ideologisiert ist und über die fünftgrößte Armee der Welt verfügt. Bei einer Gesamtbevölkerung von 18 Millionen umfaßt seine Armee 750 000 Mann und die Miliz zwei Millionen. Der Staat von Kim Il Sung hält auch an die 105 000 politische Gefangene in Lagern interniert, die dem Sowjetischen GULag ähneln.

Bei den starken Anforderungen für diesen aufgeblähten militärischen Apparat und der dogmatischen Strenge unter dem Regime des roten Diktators Kim haben die wirtschaftliche Entwicklung und der Lebensstandard der Massen scharfe Rückschläge erlitten. Die Verschuldung gegenüber dem Ausland hat sich ständig erhöht, Ende vergangenen Jahres hat sie einen Betrag von nun Milliarden Mark erreicht. Da Pjöngjang nicht in der Lage ist, termingerecht zurückzuzahlen, ist seine Kreditwürdigkeit in den westlichen Ländern auf den Nullpunkt gesunken.

In souveränder Mißachtung der Massenarmut hat das kommunistische Regime Kolossalbauten wie riesige Kundgebungshallen und Stadien, Revolutions-Museen, Theater und Prachtstraßen (fast ohne Verkehr) als Zeugnisse und Statussymbole seiner Macht anlegen lassen. Über der Hauptstadt Pjöngjang wacht das 23 Meter hohe und 70 Tonnen schwere Bronzedenkmal von Kim Il Sung. Sein Sohn und ausersehener „Thronfolger" Kim Jong Il, der die „Kim-Dynastie" festigen soll, hat dazu neuerdings einen 170 Meter hohen „Juche" (Entwicklung-aus-eigener-Kraft)-Turm und einen 60 Meter hohen Triumphbogen bauen lassen.

Hauptziele des zweiten Siebenjahresplans, der bis 1984 läuft, sind die Festigung der wirtschaftlichen Grundlagen durch die „unbesiegbare Juche-Idee", ferner die Modernisierung und verstärkte Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse. Für westliche Sachverständige steht aber fest, daß sich die bisherigen Schwachstellen nicht beseitigen ließen und daß darüber hinaus durch die Unzulänglichkeiten der schwerfälligen bürokratischen Planung eine Unzahl neuer Probleme entstanden ist.

Die Entwicklung der einzelnen Sektoren ist ungleich gewichtiger als vorher. Besonders die Elektrizitätswirtschaft, die Stahl- und Zementindustrie sind hinter dem Plansoll weit zurückgeblieben. Die Transportkapazitäten sind unzureichend, der Mangel an Facharbeitern ist empfindlich und das technische Niveau veraltet. Bei der Teilung Koreas 1945 befanden sich vier Fünftel der Schwerindustrie im rohstoffreichen Norden, während die südliche Hälfte vor allem Agrargebiet war. Heute ist die wirtschaftliche Übermacht Südkoreas erdrückend. Während der Norden im letzten Jahr vier Millionen Tonnen Stahl, 15 000 Autos und 150 000 Fernsehgeräte herstellte, produzierte der Süden 14 Millionen Tonnen Stahl, 350 000 Autos und neun Millionen Farbfernseher. Das Pro-Kopf-Einkommen der Untertanen von Kim Il Sung liegt bei 1950 Mark, in Südkorea sind es 4400 Mark.

# Statt Ware bietet Warschau Geld an

## Die Staatsführung wird der „katastrophalen" Versorgungslage nicht Herr

Von A. PRADETTO

Die polnische Staatsführung würde gerne ein besseres Warenangebot machen, um die Ablehnung zu überwinden, die ihr von den Arbeitern und Bauern entgegenschlägt. Auf die Arbeiter und Bauern ist man angewiesen. Wenn sie nicht oder nicht ausreichend produzieren, können nicht einmal die Zinsen für die Auslandsschulden bezahlt, können die Kontrakte über den Warenaustausch mit dem Ausland nicht erfüllt, kann die Versorgungslage auf dem Binnenmarkt nicht verbessert werden. Damit sind aber nicht nur neue ökonomische Kalamitäten verbunden, sondern es steigt auch wieder die Gefahr einer Verschärfung der sozialen Spannungen und die Wahrscheinlichkeit politischer Unruhen.

Zu einem besseren Warenangebot aber ist die Staatsführung gegenwärtig ökonomisch nicht in der Lage. Zu einer Wiederaufnahme des „Dialogs", von dem seit zwei Jahren gesprochen wird, ist sie ebenfalls nicht bereit. Nicht nur von seiten der Dogmatiker, sondern von der gesamten Führung ist eine „Verständigung" momentan augenscheinlich nicht beabsichtigt.

Die politische Führung des Landes hat weder einen für die Bevölkerung akzeptablen politischen Ausweg anzubieten noch eine reale Möglichkeit, über eine Steigerung des Lebensstandards die sozialen Wogen zu glätten. Sie kann noch nicht einmal eine Befriedigung der dringendsten materiellen Bedürfnisse gewährleisten. Zwar ist jetzt die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln sichergestellt. Es gibt Butter und Käse zu kaufen. Aber Zitronen haben die Polen seit einem halben Jahr oder noch länger nicht zu sehen bekommen, von anderen Südfrüchten zu schweigen. Die Lage auf dem Bekleidungssektor ist einigermaßen zutreffend nur mit dem Begriff „katastrophal" zu umschreiben. Schuhe sind nach wie vor schwer zu finden, die Preise sind horrend. Unterwäsche ist absolute Mangelware. Die Rationierungscoupons für Kaffee wurden abgeschafft, weil es kaum welchen in den staatlichen Geschäften gibt. Früher hatte man wenigstens noch ein Anrecht auf 100 Gramm im Monat. Jetzt kann man Kaffee entweder in den Devisenläden (PEVEX) für Dollar erstehen oder – wer nicht über Devisen verfügt – auf dem freien Markt. Dort kostet ein Kilo zwischen 5000 und 8000 Zloty – das ist mehr als die Hälfte dessen, was ein Pole durchschnittlich im Monat verdient.




Was die politische Führung des Landes den Arbeitern in Ermangelung anderer Werte anbietet, ist – Geld. Bedrucktes Papier, für das man wenig kaufen kann. Die Preise sind im letzten Jahr um etwa das Dreifache gestiegen. Die Lohnanhebungen lagen – im Durchschnitt betrachtet – aber nur wenig darunter. Allerdings kamen bei weitem nicht alle Berufs- und Bevölkerungsschichten in den Genuß solchen Geldsegens. Das Monatssalär einer Sekretärin liegt noch immer bei etwa 7000 Zloty. In erster Linie wurden die Arbeiter in der Hüttenindustrie und in den Werften mit Banknoten bedient, also jene Schichten der Arbeiterschaft, die a) ohnehin die höchsten Löhne beziehen und die b) in der Vergangenheit immer als erste und am kämpferischsten in den sozialen und politischen Auseinandersetzungen gegen die Partei- und Staatsführung aufgetreten sind. Sie verdienen zum Teil mehr als 40 000 Zloty monatlich. Die Überlegung, die hinter ihrer Bevorzugung steht, ist simpel: Wenn s i e nicht aufbegehren, dann sehen die Beschäftigten in den anderen Industriebereichen auch keine Chance, erfolgreich zu streiken. Ist es in den Hütten und Werften ruhig, dann ist es im ganzen Land ruhig.

Viel Papiergeld haben auch die Bauern. Die Ankaufpreise für ihre Produkte wurden stark angehoben. Unter diesen Bedingungen war natürlich die vieldiskutierte Preisreform ein Schlag ins Wasser. Die Schere zwischen Ankaufs- und Verkaufspreisen ist kaum kleiner geworden. Der Staat zahlt den Bauern für die abgelieferte Magermilch noch immer mehr als die Verbraucher für die Vollmilch im Geschäft bezahlen. Von der groß angekündigten Wirtschaftsreform ist nicht viel mehr übrig geblieben, als daß immer neue „Ideen" zur Lösung des Inflationsproblems „zur Diskussion gestellt" werden. Die ökonomische Reform, vor zwei Jahren noch als „Schlüsselproblem" bezeichnet, das vor allen anderen Fragen gelöst werden müsse, ist versandet. Schlicht und vornehm umschreibt die offizielle Sprachregelung diesen Tatbestand: „Die Verwirklichung der Reform stößt auf Schwierigkeiten."

## GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Hersteller von Extensionsgeräten für Medizin, Sport und Fitneß sucht Firmen für den

**Direktvertrieb**

für die PLZ-Gebiete 2, 3, 7 und 8

Telefon 0 23 91 / 17 31, Herr Neubauer

---

**Kaufgesuch**

International bekannter Hersteller von elektro-hydraulischer Hebeausrüstung wie Scherenhebebühnen, Palettenheber und Regalbedienungsgeräte sucht in der Bundesrepublik Deutschland zum Verkauf ein dafür geeignetes Unternehmen zu kaufen. Beteiligung ebenfalls möglich. Auf Wunsch kann Inhaber weiter mitarbeiten. Gesucht wird ein Unternehmen mit Erfahrung in Verkauf und Planung sowie Installation und Durchführung von Reparaturen.

Bei Interesse schreiben Sie bitte an unsere Berater, die Firma OSCO GMBH, Postfach 23 67, 2120 Lüneburg, Tel. 0 41 31 / 4 70 87, Telex: 2 182 260

---

**Limited statt GmbH?**

Vermögenssicherung, Haftungsausschluß, Gewerbefreiheit, Steuerersparnis, Lizenzgebühren, Bankgeheimnis etc. Wenn Sie Fakten wollen statt Halbwahrheiten, dann fragen Sie bitte uns:

Roger und Wolfgang, die Anwälte, Philip und Heribert, die Wirtschaftsprüfer, Joe und Michael, die chartered secretaries, Fred, den Banker, Maurice aus Gibraltar und Jim von den Kanalinseln, Verena und Albert, die Berater.

MBC Derbyspring Ltd. – die Experten
9–15 Leonard Street
London EC2A 4HP
Tel. 0 04 41 / 2 51 92 01, Telextx. 2 84 079 Leonar G

---

CHANCEN – **AUSTRALIEN** – EXPORT

GENERALAGENTUR GESUCHT

Deutscher Export-/Import-Kfm. mit Sitz in Australien bietet der mittelständischen Industrie durch langj. erfolgr. Tätigkeit u. entsprechende Verbindungen in Australien gute Export- u. Verkaufsmöglichkeiten. Z. Zt. in Deutschland.

Angeb. unt. F 1581 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln** bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

---

**Hubtische und Hebebühnen**

Für den Vertrieb von elektro-hydraulischer Hebeausrüstung sucht einer der dphrenden Hersteller von Europa zwecks Einrichtung eines engmaschigen Vertriebsnetzes in der Bundesrepublik Deutschland Zusammenarbeit mit Fachhändlern und Ingenieurfirmen auf regionaler bzw. branchenbezogener Basis.

Die Lieferpalette umfaßt Scherenhebebühnen von 0,5 t bis 20 t Traglast, Palettenheber und Regalbedienungsgeräte. Erstklassiges Prospektmaterial und ausführlicher Katalog sind vorhanden.

Für Kundendienst und Reparaturservice steht ein Service-Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland zur Verfügung.

Bei Interesse schreiben Sie bitte an unsere Berater, die Fa. OSCO GMBH, Postfach 2367, 2120 Lüneburg, Tel. 0 41 31 / 4 70 87, Telex: 2 182 260.

---

Renommiertes Immobilien-Unternehmen, Sitz in Süddeutschland, mit einem beachtlichen Umsatzvolumen, sucht Verbindung zu einer leistungsfähigen

**Kredit- und Hypothekenbank**

Wir verfügen über einen qualifizierten Mitarbeiterstab.

Die Geschäftsstelle befindet sich in einer exponierten Lage.

Gedacht ist auch an Übernahme einer Bankrepräsentanz.

Bitte nehmen Sie mit uns Kontakt auf unter D 1579 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Brauchen Sie einen Dienstleister in Hamburg**

oder einen Problemlöser für Ihre Geschäftsidee? Wir sind gesunde Unternehmen mit verfügbaren Büros und Gewerberäumen in guter Lage. Lkw, Pkw, Telex usw. Zuschriften erbeten unter S 1590 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Sind Sie Anlageberater oder Immobilienagent?**

Wir bieten Ihnen den Mitvertrieb unserer internationalen Liegenschaften an, von welchen wir den Alleinverkauf oder die Bauträgerschaft haben, Schwerpunkt Mallorca und Tessin. Seriöse Verkaufsabwicklung und gesicherte Courtagen sind obligatorisch.

SAS VERKAUFSGRUPPE
Bahnhofstraße 64, D-7050 Waiblingen
Tel. 0 71 51 / 5 40 01

---




---

Tradition. chinesisch-deutsche

**Händlerfirma**

in Hongkong mit Verbindungen in ganz Südostasien ist interessiert am Vertrieb hochwertiger deutscher Erzeugnisse, besonders aus den Branchen Haushalts(klein)geräte, Kosmetika, Besonderheiten.

Zuschriften unter M 1608 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Kurierfahrten**

Ihr Mann für spez. Eilfahrten. In- u. Ausland m. PKW, volle Diskretion. Tel. 0 73 22 / 2 17 57

---

**Teilhaber**

Wir sind ein expandierendes Unternehmen auf dem Gebiet: Gewichtsreduzierung/Raucherentwöhnung, mit einer seit 1977 erfolgr. Methode mittels Hypnose. Es sollen weitere Studios im deutsch./europ. Raum entstehen. Hierfür suchen wir stille od. tätige Teilhaber, die einen sicheren, offenen Markt u. gute Gewinnchancen erkennen u. zu schätzen wissen.

Angeb. erb. unter R 1589 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Handelsvertretung**

gesucht

Raum Norddeutschland, für Werkzeuge, Baubeschläge, Motorsägen o. ä. Lager und Büro vorhanden.

Zuschr. erb. u. PO 47126 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

---

**Achtung, Buchverlage!**

Welcher Verlag nimmt jährlich 2 bis 4 Bücher zum Verkauf u. Vertrieb (Thema Reinkarnation u. Parapsychologie). Wir stellen fertige Bücher. Abrechnung nach Verkauf.

Tel. 0 71 21 / 4 34 13

---

**Euroboten-Dienst**

m. eig. Pkw, z. B. DM 0,93 per Entfernungskilometer
Tel. 0 40 / 6 51 47 20
24-Stunden-Dienst

---

Export- u. Verkaufsleiter sind begeistert über Umsatzplus durch KAPARDO-Adressfeld-Sätze. 2 Hamburg 61, Wagrierweg 31, ☎ 0 40 / 5 51 64 82

---

Wir sind erfahren, haben Kunden, das Wissen und können verkaufen. Auslieferung, Lagerung u. Vermarktung Ihrer Produkte im Raum F, HD, MA, KA sind keine Probleme. Wir erwarten von Ihnen eine kleine Kundengrundlage u. ein gut. Produkt im

**Lebensmittel-Foodbereich.**

Sicher erkennen Sie, welche Perspektiven sich Ihnen mit diesem Angebot eröffnen.

A. A. KRAFT
6900 Heidelberg, Mühltalstr. 120c
Tel. 0 62 21 / 4 28 53

---

**Exklusiv-Angebot**

Alleinvertrieb BRD für Produkte mit enormem Marktpotential, hohe Zuwachsraten, zukunftsorientiert. Branche: Pflege/Reparatur von Kunstleder, Email, Porzellan, Formica, Sonnenstrahlenschutz für Glasscheiben. Keine techn. Kenntnisse erforderlich. Fordern Sie kostenlose Infos an: S.P.E. BP 1750 – 14020 Caen Cedex –F–, Tel. 00 33 31 / 85 12 68

---

Kooperationspartner für

**VERTRIEB/EXPORT**

von großen Stückzahlen gebrauchter

**RANK-XEROX-KOPIERGERÄTE**

gesucht.
Kompensation möglich.

Angebote unter G 1582 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

Französ. Designer sucht

**Vertreter**

zur Verbreitung in der BRD eines Artikels von weltweiter Exklusivität. Sektor: Geschenke, breites Publikum, Krankenhäuser. Franz. Sprachkenntnisse + Büro mit Telex erwünscht. Monatsumsatz 8000–10 000 Einheiten à 55 DM Verkaufspreis. Auskünfte: Société CDV, Montillot 89660 Chatelcensoir –F– Tel. 00 33 86 / 33 40 47 Telex: 3 50 602 dijon cvd

---

Schweizer Produzent von hochwertigen Stahleinbauteilen für die Betonfertigteilindustrie sucht

**initiativen Agenten**

für die arabischen Länder.

Bitte schreiben Sie an: Chiffre J 2156, IVA AG, Postfach, CH-8032 Zürich

---

**Übernehme**

sämtl. Schreibarbeiten, Tel.-Dienst, Geschäftsabwicklg. f. Niederl. od. Vertretg., Büro Hamburg, Tel. 0 40 / 8 31 58 55

---

**Vertriebsteam**

für Kapitalanlagen, bevorzugt Bauherrenmodelle und Ersterwerbermodelle (auch konventionell) in Nordrhein-Westfalen, könnte kurzfristig noch Aufgaben übernehmen.

Ang. u. K 1606 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**Unternehmer**

m. Ladengeschäft u. kl. Auslieferungslager übernimmt noch zusätzl. Telefondienst u. Lagerung als Zweitexistenz.

Zuschr. erb. u. PP 47146 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

---

**U.S.A.**
**EINWANDERUNGSVISA**

Für Investoren, Unternehmer, Freiberufler, Gesellschaften, deren Mitarbeiter, Verwandte von U.S.-Bürgern. Informationen: VIC GmbH Widenmayerstr. 18/I · 8000 München 22 Tel. (0 89) 22 91 33 · Telex 5 216 534 inda d

---

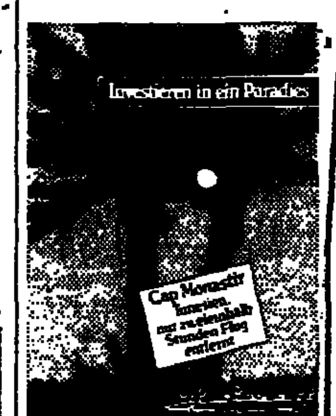
**– Export –**

Wir bieten Herstellern sichere Exportgeschäfte. USA, Saudi-Arabien und Afrika.

Unternehmensberatung
Hofmeier & Partner
Große Reichenstr. 27
2000 Hamburg 11
Tel. 0 40 / 33 73 81, Telex 2 161 633

---

# Investieren Sie in ein Paradies




**Cap Monastir, Tunesien, nur zweieinhalb Stunden Flug entfernt.**

Ein brandneues Projekt von allerhöchstem Rang. Exclusive Wohnanlage im maurischen Stil mit 251 Luxusappartements an einer Marina mit über 300 Bootsliegeplätzen, Einkaufszentrum und Sportanlagen.(*)

Attraktive Finanzierungsmodelle und Vermietung über eigene Verwaltung.

Lassen Sie sich dieses einmalig günstige Investitionsangebot nicht entgehen und fordern Sie noch heute mit dem untenstehenden Coupon die komplette Dokumentation von:

Wolf D. Ernt
Abt. Ferienimmobilien
Cronstettenstraße 6a
6000 Frankfurt 1
Telefon 0611–1508250

(*) Animation unter Assistenz des Club Méditerranée.

Columbia röhm/ries

CAP MONASTIR

**Coupon**

Bitte senden Sie sofort kostenlos und unverbindlich Ihre Dokumentation "Investieren in ein Paradies" an:

Name ______

Vorname ______

Straße, Hausnummer ______

PLZ / Stadt ______ WM 25

---




---

Kaufen Sie sich ein Stückchen von Aachen

Bereits über 70 % in wenigen Wochen verkauft

1 ganzes Stockwerk (2 ETW) mit insges. 115 m² Wohnfläche u. ca. 230 m² Grundstücksanteil zum Vorzugskaufpreis von DM 189 750 (Preis pro m² DM 1650,–) bieten wir an. Die ganze Anlage ist voll renoviert, bestens verwaltet und sehr gut vermietet
- in bevorzugter Wohnlage
- freifinanziert
- keine Maklergebühren
- günstige Finanzierung
- mtl. Belastung wird durch Miete u. Steuervorteile gedeckt

BVN Anlageberatung INFORMATION UNTER TEL. 02 41 - 5 90 95 od. 6 69 99

---

Bauherren-gemeinschaft

**Köln**

Stadtteil Raderberg, Anna-Straße 19

Steuerbegünstigte Eigentumswohnungen nach dem bewährten Hundegger Bauherrenmodell

Ihre Vorteile: Begehrte, ruhige und zentrale Wohnlage ● Angemessene Preise ● Sichere hohe Werbungskosten, letztmalig zusätzlich mit Mehrwertsteueroption ● Gesamtkosten- und Zinsgarantie ● Garantierte Mieterbeschaffung mit 5-jähriger Festmiete ● Inflationsgeschütztes Sachwertvermögen mit Wertsteigerung von Jahr zu Jahr ● Die Firmengruppe Hundegger hat 12 Jahre Abwicklungserfahrung mit Bauherrenmodellen ● Kostenlose Information von




Wohnbau-Immobilien-GmbH

Tel.: 02 21 / 21 93 47
5000 Köln 1, Hohenzollernring 55

---

**Costa de Almeria**

Ihr persönliches Eigentum an Spaniens sonnenreichster Küste

Appartements, Bungalows – auch Time-sharing – Vermietung und Flugservice

**PLAYASOL VILLAG**

Repräsentanz
5620 Velbert 1
☎ 0 20 51 / 6 60 01
oder unter M 1498 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen
Informieren Sie sich!

---

**Berlin-Zehlendorf**

Eigentumswohnstudios, bevorzugte Wohngegend im Erwerbermodell, provisionsfrei zu verkaufen. Geeignet für Anleger bei hohen Steuervorteilen, aber auch für Eigennutzer.

GHL, Hewarthstr. 10, 1000 Berlin 45, Tel. 0 30/7 74 57 68, werktags 0 30/7 72 10 78 – 79

---




COSTA BLANCA
Denia - Calpe - Torrevieja
BALEAREN - CANAREN
Grundst. Fincas, Appartements, Villen, Gew. - Groß-Rendite-objekte: „Vermietung"

*P. u. H. FALTERMEIER*

Auslandsimmobilien
8MB.40,Pf400604,T.089/2713448
75KA41,Pf410314,T.0721/404250

---

**HAMBURG-BLANKENESE**

Ein herrl. gelegenes 7-Zi.-Hs., 200 m² Wohnfl., Klinkerbau, Walmdach, mit 1-Zi.-Einliegerwohn., ruhige Sackgasse, Grdst. 1000 m², erstkl. Ausst., sofort frei, 860 000,- VB, v. Privat Tel. 0 40 / 82 94 76

---

**Faro Algarve**

Gutgehender Pub von Deutschen aus privaten Gründen z. verkauf. VB 120 000 DM.

Tel. 0 03 51 / 89 / 2 79 55, nach 23 Uhr, oder Zuschrift unter V 1681 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Autohaus**

mit gewerbl. Nfl., 340 m², mit sep. Wohnung, Südkreis Osnabrück, zu verkaufen.

Zuschr. erb. u. PR 47147 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

---

**Kurstadt Bad Bergzabern**

Wir bieten die einmalige Chance der Anteilszeichnung am

**DIANA CULTURE CLUB**

in der stark gebuchten Wein-Kurstadt Bad Bergzabern ab DM 5000 gegen beste Sicherheit – Grundschuldbrief. Clubkarte gratis!!!

(Kapitalverdopplung 1984 angestr.)

Diana Grundbesitz GmbH, Luitpoldstr. 5, 6748 Bad Bergzabern, Tel. 0 63 43 / 22 86

---

**NATO-WOHNANLAGEN**

langfristig vermietet (ab 5 Jahre),

**GESUCHT**

Frank Scheve GmbH & Co. KG




---

**Genfer See**
**Montreux – Schweiz**

Immobilien- und Finanz-Anlage in

**Aparthotel Bonivard**

Außergewöhnliche Lage am See-Ufer beim berühmten Schloß Chillon, nur 90 Minuten ab Basel auf durchgehender Autobahn.

Das Aparthotel Bonivard bietet Ihnen voll eingerichtete und möblierte Wohnungen ab sfr 123 000,–, mit dem Vorteil eines erstklassigen Hotel-Komplexes.

Restaurant, Bar, Konferenzsaal und ein Hallenschwimmbad garantieren Ihnen erholsame Ferien und gleichzeitig eine interessante Geldanlage.

C. Truan Agence Romande Immobilière SA
Galerie B.-Constant 1 – CH-1003 Lausanne/Schweiz
Tel. 00 41 / 21 / 20 70 11, Telex 2 5 873 aril ch

N. B.: Unser Herr Dobrin kommt nach Frankfurt a. M.!
Er steht Ihnen von Montag, 31. Okt., bis Samstag, 5. Nov., zur Verfügung, im Hotel Ravel, Nidastr. 39, Tel. 06 11 / 23 59 15.

## GEWERBLICHE IMMOBILIEN

**Toplage**
**Bielefeld – Jahnplatz**

im Zentrum von Bielefeld in erstklassiger Lage, Teilflächen EG 235 m², 1. OG 265 m², Front 10,50 m – Miete 15 000 DM mtl.

Das Objekt kann kurzfristig übernommen werden.
Telefon: 0 57 72 / 4 96 25

---

**Geschäftsräume – ca. 120 m²**
**3. Obergeschoß**

im Stadtzentrum von Ulm, Nähe Hauptbahnhof, Hauptpost, Stadttheater, Ia-Ausstattung, Lift etc., mit Garagen, beziehbar 1. 12. 83, zu verkaufen.

Firma michael kreibl wohnbau
7900 Ulm, Olgastr. 63, Tel. 07 31 / 6 40 77–79

---

**Berlin**

**Klimatisierte, massive Halle**
**für Fertigung und Lagerung**

in Berlin-Lichterfelde-Süd zu vermieten.
Baujahr 1973
Stahlkonstruktion, ebenerdig,
Höhe 4 m, 1130 m²
Büro (inkl. Kantine) 600 m²

Anfragen erbeten an:
Verwaltung des ehemaligen Reichsbahnvermögens (Vorratsvermögen), in Berlin (West), 1 Berlin 61
Hallesches Ufer 74/76, Tel. (030) 26 00 23 86

---

**Ladenlokale**

in den Fußgängerzonen von Lüdenscheid und Gütersloh zu vermieten.
Weitere Ladenlokale auf Anfrage.

THEODOR MÖNKEDIEK
IMMOBILIEN · INHABER W. MÖNKEDIEK

---

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8-579 104 aufgeben.

**GESUCHE**

**LIMBACH**
Immobilien

**Ladenlokale und Geschäftshäuser**

in Spitzenlagen
NRW-Großstädte
für Filialunternehmen
fast aller Branchen gesucht.

---

**Renommiertes Eheanbahnungs-institut** im nordd. Raum aus Altersgründen zu verkaufen. Interessenten wenden sich bitte unter E 1690 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

Ingrid Vahle · Vermögensberatung ab 15% p.a.

Zuschriften unter S 9241 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

**Alt-Bausparkonten**

angespart abzugeben
GIESE · Tel. 05341 / 35319

---

**Für Natur- und Ruheliebhaber**

Auf dem PORTOFINO-Berg ist eine Villa aus dem 19. Jahrhundert zu verkaufen: 192 m² auf 2 Stockwerken, mit Terrasse, 7 Zimmer, Garten 535 m², herrliche Lage mit Meeresaussicht.

Zuschriften erbeten an: Cassetta 21 B Publied 50100 FIRENZE – Italien

---

**Fabrikgebäude mit mod. Bürotrakt und separater Villa**

Villa mit 2000 m² Grund, Gesamtkomplex ca. 16 000 m², Lage: Dreiländereck, steuerbegünstigt, da Zonenrandgebiet, mit Wasser- und Fischereirechten, eigene Stromerzeugung möglich, zu verkaufen. VB. 2,5 Millionen DM.

Angeb. u. F 1691 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

## IMMOBILIEN / KAPITALIEN

**Baden-Baden**

Erwerbermodell im schönsten Villenviertel, oberhalb Kurhaus und Theater:

Eigentumswohnungen in solider, handwerklicher Ausführung und eleganter Ausstattung.

| | |
|---|---|
| Z. B. Wohnfläche 64,05 m²: Kaufpreis | DM 320 000,– |
| erforderl. Eigenkapital 10% | DM 32 000,– |
| Fremdkapital zu 5,25% Zinsen p. a. 3 Jahre fest, Auszahlung 91,5% | |
| Einkommensteuerersparnis für Kapitalanleger bei Vermietung in 8 Jahren möglich bis zu | DM 139 525,– |

Bitte, informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!

**Apartbau Baden-Baden**

Apartbau-GmbH
Bauträger- und Betreuungsunternehmen
7570 Baden-Baden
Maria-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

---

**Südl. Schwarzwald** (Nähe Königsfeld/Bad Dürrheim)

2-Fam.-Haus 78/83, Landhausstil, exkl. Ausstattung, ruhige Lage, EG 105 m², DG 85 m², voll unterkellert, Doppelgarage, 2 Heizsysteme, Edelholzdecken, Grundst. 1130 m², einmalig angel. Garten. Höhenlage, geeignet für Herz, Asthma (3 km v. Kurkliniken) od. f. Kapitalanlage. 585 000 DM an Privat zu verkaufen.

Zuschriften unter D 1689 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Florida, Daytona Beach**

Am Atlantik,
**gepflegter Bungalow,**
ruhige Wohnlage,
**komplett eingerichtet**

3 Schlafzimmer, 2 Bäder, Wohnraum, Küche, Florida-Room, Doppelgarage, ca. 3000 m² Areal mit trop. Bäumen und Pflanzen, priv. zu verk. VB 220 000,– DM.

Zuschriften unter X 1705 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

---

**Bremen Schwachhausen**

Anlageobjekt, Baujahr 62, Mehrfamilienhaus mit 21 Kleinwohnungen, Garagen, Abstellplätze, gute Vermietbarkeit, auch Teilverkauf möglich. 1,25 Mio. DM.

Alleinverkauf:
Bremer Hausbau GmbH, Immobilien
Lignitzstr. 12, 2800 Bremen 21
Telefon 04 21 / 61 49 00

---

Erfolgsorientierte

**Schweizer AG**

sucht Darlehen ab

**Schweizer Franken 40 000,-**

Zins 12–14% p.a. je nach Laufzeit. Kapitalabsicherung über Sinking-Fund.

Anfragen erbeten an Postfach 75 26, CH-8023 Zürich

---

**Einfam.-Haus**

158 m² m. 840 m² Grdst., Köln/Bonn, in Neunkirchen, Verkehrswert DM 450 000,–, f. DM 340 000,– z. vk.

Rosenau-Immob., T. 0 40 / 5 51 83 83

---

Tätige/stille Beteiligung

**15 % Rendite p. a. + Gewinnbeteiligung**

Dienstleistungsunternehmen, Elektronik, notar. Abwicklung.

Zuschr. u. X 1771 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

---

**HORIZONS 2000**

sucht AGENTEN, um eine einmalige Anlagemöglichkeit in erstklassigem Agrarland anzubieten mit außergewöhnlich hohem Mittel- und langfristigem Einkommen. Projektiertes jährliches Einkommen über 30% während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase termingerecht abgeschlossen. Mindesteinlage $ 12 500. Material steht in Englisch, Französisch, Deutsch oder Arabisch zur Verfügung.

Für weitere Auskünfte:
GLOBE PLAN SA
24, Av. Mon Repos
1005 Lausanne, Schweiz
Tel. (21) 22 35 12, Telex: 2 5 185

---

**Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.**

---

# AUS IHREM KAPITAL in 2 Monaten „DAS DOPPELTE"
# BIS ENDE 1984 sogar .......... „DAS VIERFACHE"

Wir zeigen Ihnen den Weg. Ob Sie 2-, 20- oder 200tausend einsetzen. Wir beweisen und garantieren.
Sie haben die Möglichkeit, an einem unserer Kongresse teilzunehmen. Veranstaltungen finden in Berlin, Hamburg, Hannover, Düsseldorf, Köln, Frankfurt, Stuttgart und München statt.
Teilnahmegebühr DM 90,– plus MwSt. (102,60). Für Speisen und Getränke ist gesorgt.
Ans Haus gefesselte Personen haben die Möglichkeit einer privaten Terminvereinbarung.




**Anmeldung**

Folgende Personen

Name: ______

Straße: ______ Ort: ______

Telefon: ______ Bar-/Verr.-Scheck anbei ______

An **LEMMY-Heißgetränkevertrieb**
**Postfach 3301, 8520 Erlangen**
z. Hd. Herrn Ingo v. Schamann.

# Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

## Haken ganz besonderer Art

**„Leserbrief: Deckungslücke": WELT vom 11. Oktober**

Jürgen Müller hat in seinem Leserbeitrag fast, aber nicht ganz den Nagel auf den Kopf getroffen. Im letzten Passus schlägt er eine ersatzlose Streichung der Beihilfen und eine Gleichschaltung mit den Angestellten und Arbeitern, also eine Öffnung der gesetzlichen Krankenkasse für Beamte und einen 50prozentigen Beitragsanteil des Staats als Arbeitgeber zu dieser oder auch einer privaten Krankenkasse vor. Ob das so einfach ist?

Im Prinzip ist einem solchen Vorschlag zuzustimmen, doch gibt es da noch einige Haken besonderer Art. Welche gesetzliche Kasse nimmt ältere Beamte mit chronischen Erkrankungsbildern auf? Das müßte doch zunächst geklärt werden. Sodann schließen die privaten Versicherungen bei allen Versicherungsnehmern bestehende Leiden sofort und später erworbene Gesundheitsschädigungen, von denen feststeht, daß eine Rehabilitierung nicht möglich ist oder wo wahrscheinlich Verschlimmerungen zu erwarten sind, leistungsmäßig aus.

Eine große private Versicherung hat mir diesen Sachverhalt „Leistungsausschluß bei Chronisität oder Verschlimmerung" ausdrücklich in meinem Fall bestätigt. Der Gesetzgeber müßte also bei Streichung der Beihilfe zunächst dafür sorgen, daß weder gesetzliche noch private Versicherungen sich des Mittels des Leistungsanschlusses bedienen können.

Da der Beamte als Privatversicherter beim Arzt erscheint, erhält er auch entsprechend hohe Rechnungen, die per anno dazu führen, zusätzlich einen erheblichen Eigenanteil tragen zu müssen. Auch dieser Punkt müßte im Falle einer Gleichschaltung revidiert werden.

Nun fragt man, warum hat denn der Staat nicht schon längst die Beihilferegelung zugunsten jener anderen Möglichkeiten preisgegeben? Aus Fürsorgepflicht? Nein. Der Staat rechnet auch. Bei der Abwicklung über die Beihilfezahlungen kommt der Staat ausgabenmäßig wesentlich günstiger davon. Das ist der Grund für die Beibehaltung der Beihilfe. Jede Hochrechnung kommt zu diesem Ergebnis.

So bleibt am Ende nur noch festzustellen, daß die Beihilfe nur ein in den meisten Fällen verringertes Äquivalent für jene 50prozentige Beitragszahlung ist, die er sonst als Arbeitgeber zu übernehmen hätte, womit auch aufgezeigt ist, daß es sich keineswegs um eine besondere und zusätzliche Sozialleistung des staatlichen Arbeitgebers handelt. Bedauerlicherweise erweckt der Staat in der Öffentlichkeit diesen wohltätigen Eindruck und vermittelt damit allen Bürgern ein falsches Bild der wahren Situation. Damit wird der Kopf des Nagels noch etwas genauer getroffen.

*Mit freundlichem Gruß*
*Reinhard Höhn,*
*Hamburg 70*

**Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.**

## Bis zur Weißglut

**„Trost für Engelmann": WELT vom 19. Oktober**

*Sehr geehrte Redaktion,*

Dank für Ihren trefflichen Kommentar! – Das mannhafte, erfrischend unerschrockene und aus leidvoller Erfahrung erwachsene Plädoyer des Friedenspreisträgers Sperber für kompromißlose Verteidigungsbereitschaft des freien Europa verdient höchsten Respekt, muß aber natürlich den prokommunistischen VDS-Einpeitscher, „Friedenskämpfer" und Unterwerfungs-Agitator Engelmann und Genossen zur Weißglut treiben.

Wo blieb denn Engelmanns Protest, als vor zwei Jahren der frömmelnde Bürgerkriegs-Apostel Ernesto Cardenal aus Nicaragua seine Frankfurter Friedenspreisrede zu militantester Verherrlichung „revolutionärer" terroristischer Gewalt mißbrauchte? – Merke: Will man genau erfahren, wann und wo man Pazifist sein darf oder auch nicht, so frage man nur bei der vom Heiligen Geist der Geschichte erleuchteten Intelligenzija unseres VDS an!

*Mit freundlichen Grüßen*
*Dr. Paul-H. Appel,*
*München 90*

## Stets ein Greuel

**„Im Namen Luthers": WELT vom 1. Oktober**

„Wie lutherisch sind noch die evangelisch-lutherischen Landeskirchen in der Bundesrepublik?" Diese berechtigte Frage stellen sich heute sehr viele Kirchenmitglieder. Martin Luther hat von einer politischen Kirche so wenig gehalten, wie von politisierenden Pfarrern, die ihm stets ein Greuel waren.

Heftige Kritik an der Verwendung von Kirchensteuergeldern für politisierende Pastoren hat vor wenigen Wochen der Informationsdienst „Curt L. Schmitt – Vertrauliche Wirtschaftsbriefe", Detmold, geübt, wofür diesem Institut zu danken ist. Curt L. Schmitt wörtlich: „Nichts kann diesem Zweck mehr dienen, als wenn die Herren Pfarrer sich gezwungen sehen, die zu ihrem Unterhalt nötigen Beiträge direkt bei ihren Schäfchen zu kassieren."

Politisierende Pastoren schaden unserer Kirche ungemein: sie machen die Kirche Martin Luthers unglaubwürdig! Überaus großen Schaden fügen diese theologischen Buschkrieger auch den Pastoren zu, die Tag für Tag treu und unermüdlich zu Wort, Bekenntnis und echter Seelsorge stehen.

In unseren evangelischen Kirchengemeinden muß endlich radikales Umdenken einsetzen. Die nicht wenigen Politpastoren haben zu viele treue Gemeindeglieder aus der Kirche geekelt! Viele evangelische Christen sind nicht mehr bereit, Sonntag für Sonntag unerbeten die rot-grünen „Weisheiten" dieser „Seelsorger" zu hören.

Ein Kirchenaustritt aus solchen Gründen ist der allerschlechteste Dienst an unserer angeschlagenen Kirche. Den Kirchentreuen hilft hier nur der notwendige Zusammenschluß Gleichgesinnter. Wertvolle Hilfen und Anregungen für eine kirchliche Erneuerung bietet die zu den Bekennenden Gemeinschaften in den evangelischen Kirchen Deutschlands gehörende Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e. V., Geschäftsstelle: Waldstraße 14, 8802 Sachsen bei Ansbach / Bayern, an.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Heinrich Wiehemeyer,*
*Osnabrück*

### Wort des Tages

„Der Fehler des Kleinmuts ist jene zaghafte und schwache Geisteshaltung, bei der ein Mensch aus Mattherzigkeit erschreckt ist, wo er nichts zu fürchten brauchte. Oft flieht er aus Furcht vor etwas, das ihm, wenn er nicht geflohen wäre, nicht geschadet hätte. Dieser Fehler von Kleinmut und Furchtsamkeit hindert einen Menschen oft, Gutes zu tun, das er zu tun fähig wäre, wenn er sich nur im Vertrauen auf Gottes Hilfe guten Mutes daran nachen würde."

**Thomas Morus, engl. Heiliger, Philosoph und Politiker (1478–1535)**

## Steht im Regen

**„Njet": WELT vom 18. Oktober**

*Liebe WELT,*

wenn man sich das Njet der SPD zum Doppelbeschluß ansieht, erkennt man, daß Altkanzler Schmidt in der SPD im Regen steht und auch gestanden hätte, wäre er Bundeskanzler geblieben.

Allerdings wäre die SPD-„Kehrt-Wende" wohl nicht so schwerwiegend ausgefallen. Von Brandt bis zum vorletzten Parteimitglied weht jetzt dem Schmidt von damals – der er heute nicht mehr ist – der feuchte Wind mitten ins Gesicht.

Das böse Wort vom „Verrat" der FDP, das zur Unregierbarkeit Hessens nach der Hessen-Wahl 1982 führte, trifft in Wahrheit auf Brandt und Genossen zu, die zusammen mit Bahr, Lafontaine und Eppler schon damals Schmidts Kanzlerstuhl unterwühlten. Helmut Schmidt hat mir noch als Kanzler für einen Leserbrief danken lassen, in dem ich mein Bedauern über seine Isoliertheit in der eigenen Partei ausdrückte.

*Mit freundlichen Grüßen*
*Ulrich Strech,*
*Wissen / Sieg*

## Nöte der Kohle

**„Kohlerunde"; WELT vom 11. Oktober und „Steinkohle in Gefahr?"; WELT vom 12. Oktober**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

in fast allen Meldungen und Berichten zum Kohleproblem kommt zum Ausdruck, daß zur Existenzsicherung des heimischen Kohlebergbaus weitere Überlegungen nötig sind. Das ist richtig, denn die Kohle ist eine sichere Basis unserer Energieversorgung, weitgehend wettbewerbsfähig und es kann viel aus ihr gemacht werden. Deshalb sollte auch die Forschung zur Vergasung und Verflüssigung der Kohle auf keinen Fall unterbrochen oder gar abgebrochen werden.

Die Nöte des Kohlebergbaus begannen 1982, als die Stahlhütten weniger Kokskohle und Koks abriefen. So wurde der „Jahrhundertvertrag" mit der Stromwirtschaft zum Rettungsanker. Es bleibt zu hoffen, daß die Anstrengungen auf dem Wärmemarkt erfolgreich sein werden; denn preislich und durch neue technische Anlagen kann die Kohle wieder mitreden, und es wird Energie aus dem eigenen Land und ohne Risiken angeboten. Im Interesse aller darf der Steinkohlenbergbau gerade jetzt nicht vernachlässigt werden. An Energiesicherheit auch in Zukunft zu denken, ist besser als mit Zechenschließungen zu liebäugeln.

*Mit freundlichem Gruß*
*Peter Kottwitz,*
*Scheidegg*

## Nicht zeitgemäß

**„Diäten sollen um 4,5 Prozent steigen": WELT vom 12. Oktober**

Mit einem Aufschrei der Empörung sollten unsere Staatsbürger den neuen Bonner Diätenbericht, der auf eine rückwirkende Erhöhung der Bezüge der Bundestagsabgeordneten um 4,26 Prozent abzielt, zur Kenntnis nehmen!

Diese Bundesregierung, die mit einem erfreulichen und allumfassenden Sparprogramm angetreten ist, darf doch nicht mit einem solchen Beispiel der „Selbstbedienung" vorangehen und alle Hoffnungen und guten Ansätze zunichte machen!

Diese Diätenerhöhung ist ganz unzeitgemäß und ein unverzeihlicher Schlag gegen alle Kleinrentner, Sozialempfänger, Arbeitslose, ruinierte Unternehmer, Mittelständler, Bauern etc. Die Grünen, die diesem bedauerlichen Gesetzentwurf nicht zugestimmt haben, werden neuen Zulauf erhalten – und mit Recht!

*Mit freundlichen Grüßen*
*Kurt Asendorf,*
*Beppen / Thedinghausen*

# Personalien

## GEBURTSTAGE

Der Ehrensenator der Universität Tübingen, Dr. Ing. **Klaus H. Scheufelen**, Gründungsvorsitzender des Wirtschaftsrates der CDU, wird am 30. Oktober 70 Jahre alt. Dr. Scheufelen, heute geschäftsführender Gesellschafter der Papierfabrik Scheufelen Oberlenningen, kam nach seinem Ingenieurstudium 1942 zu der Raketenentwicklungsanstalt Peenemünde. Dort arbeitete er an der Entwicklung von Triebwerken für Luftabwehrraketen und an Gesamtprojekten. Von 1946 bis 1950 war er auf demselben Gebiet als beratender Ingenieur in den USA tätig. Dr. Scheufelen war später in Deutschland lange Jahre Vorsitzender des CDU-Landes- und jetzigen Bezirksverbandes Nord-Württemberg und Mitglied des Bundesparteivorstandes. Seit 30 Jahren ist er auch Mitglied des Kreistages der Kreistage Nürtingen und Esslingen und zur Zeit Stellvertreter des Landrats im Vorsitz der Selbstverwaltung des Kreises Esslingen. Scheufelen war sechs Jahre Senator der Max-Planck-Gesellschaft.

*

Dr. **Gerhard Frels**, von 1945 bis zu seiner Pensionierung 1967 Vorstandsvorsitzender der Gothaer Lebensversicherung, feiert am 26. Oktober seinen 85. Geburtstag. Der Nestor der Lebensversicherer hatte 1945 die Verlegung des Unternehmens von Gotha nach Göttingen veranlaßt, wo er sich seitdem intensiv dem Wiederaufbau widmete und der Neuordnung der gesamten deutschen Lebensversicherung. Von 1952 bis 1954 war Gerhard Frels Vorsitzender des Verbandes der Lebensversicherer.

## VERANSTALTUNGEN

Der israelische Minister für Wissenschaft und Entwicklung, Professor **Yuval Ne'eman**, hat bei einem Treffen mit seinem deutschen Amtskollegen **Heinz Riesenhuber** in Bonn die vorzüglich funktionierende wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik gelobt. Auch Riesenhuber hob die „bahnbrechende Rolle" dieser Kontakte hervor, die lange vor Beginn der diplomatischen Beziehungen begonnen hätten. Beide Herren nahmen an einem Empfang im Bonner Königshof teil, zu dem der israelische Gesandte und Geschäftsträger **Ephraim Eylon** eingeladen hatte.

*

Die Oberpfälzer, die sich „im Grunde als das Herz Europas" fühlen und vom Oberpfälzer Wald aus gesehen die Bundesrepublik Deutschland als „einen ausgesprochenen Weststaat", als „Adenauers Rheinbund" bezeichnen, waren nicht nur in Worten sehr großzügig. Bayerns Staatsminister **Peter Schmidhuber**, Bevollmächtigter des Freistaates Bayern in Bonn, ließ im berühmten Bierkeller seines Hauses alles auffahren, was den gastronomischen Ruhm dieser alten bayerischen Kulturlandschaft ausmacht. Und auch beim Zulauf der Gäste gab es folglich keine Sorgen: Von politischen Bürden befreit feierten hier bis in die Nacht auch Bundesinnenminister Dr. **Friedrich Zimmermann** und Verteidigungsminister **Manfred Wörner** sowie Landwirtschaftsminister **Ignaz Kiechle**. Gerühmt wird unter anderx die Trinkfestigkeit der Oberpfälzer, bei der, so Schmidhuber, „höchstens noch ihre intimen Rivalen, die Niederbayern, mithalten können". Daß die Gläser nicht leer wurden, dafür sorgte ein berühmtes Regensburger Haus, Thurn und Taxis.

SPORTPOLITIK

# Minister und Sportbund auf einer Linie

sid, Mainz

Der große Gewinner der sechsten Sportministerkonferenz, die in Mainz acht Tagesordnungspunkte mit bemerkenswert klaren Empfehlungen abhandelte, war der Deutsche Sportbund (DSB). Im Problemkreis „Integration ausländischer Mitbürger" stellten sich die in den Bundesländern für den Sport zuständigen Minister hinter die Auffassungen des DSB. Konferenzvorsitzender Kurt Böckmann, Innenminister von Rheinland-Pfalz, und Armin Clauss, Sozialminister von Hessen, ließen in einer Pressekonferenz nicht den geringsten Zweifel, daß Ausländer in deutsche Turn- und Sportvereine gehören.

„Die Konferenz der Sportminister der Länder", heißt es im Beschlußentwurf über Teilnahmerecht ausländischer Sportler am Wettkampfsport und über die Bildung türkischer Sportverbände, „unterstreicht den hohen sozialen Wert des Sports und dabei vor allem seine besondere Eignung zur Integration der verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Da das Miteinander im Sport von der Sprache unabhängig ist, kommt ihm eine große Bedeutung zu."

An die Adresse der türkischen Gastarbeiter gerichtet, formulierten die Politiker: „Wie alle ausländischen Mitbürger sind türkische Staatsangehörige in deutschen Sportvereinen als gleichberechtigte Mitglieder willkommen. Sie können Sport nach ihren Wünschen im Rahmen der deutschen Vereinsstruktur betreiben. Wo ausnahmsweise eigene türkische Sportgruppen existieren, sollten diese am Sportbetrieb des zuständigen deutschen Fachverbandes auf der Grundlage seiner Statuten teilnehmen können. Über die Ebene des Sportvereins hinaus wird die Bildung selbständiger türkischer Sportverbände auf Bundes- und Landesebene abgelehnt." Gleichzeitig fordern die Politiker die Sportorganisationen auf, Härtefälle im Teilnahmebereich abzubauen.



## FUSSBALL / Länderspiel gegen die Türkei heute original im Fernsehen – Kapitän verunsichert

● Europameisterschafts-Qualifikation Deutschland gegen die Türkei in Berlin: Bei einem Sieg würde die deutsche Mannschaft zum ersten Mal die Führung in der Gruppe 6 übernehmen. Und sie könnte sich dann – einen Sieg über Albanien vorausgesetzt – gegen Nordirland am 16. November in Hamburg sogar eine knappe Niederlage leisten.

● Erst kurz vor dem Anpfiff des Spiels wird Bundestrainer Jupp Derwall seine Mannschaftsaufstellung bekanntgeben. Fraglich ist noch immer, ob Rolff und Dremmler eingesetzt werden können. Augenthaler wird in seinem zweiten Länderspiel für den verletzten Karl-Heinz Förster Vorstopper spielen, Strack bleibt Libero.

● Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) überträgt das Spiel ab 20.10 Uhr original. Reporter ist Heribert Faßbender. In der Halbzeitpause werden Ausschnitte vom Qualifikationsspiel Ungarn – Dänemark gezeigt. Der Sender Freies Berlin sendet über seine Mittelwelle parallel zum Fernsehbild einen Kommentar in türkischer Sprache.

● Bis gestern wurden in Berlin erst 19 400 Eintrittskarten für das Länderspiel verkauft. Es ist nicht mehr damit zu rechnen, daß das Olympiastadion (76 000 Plätze) heute ausverkauft sein wird. Wolfgang Levin, Geschäftsführer des Berliner Fußball-Verbandes, rechnet jetzt nur noch mit „rund 50 000 Besuchern".

# Rummenigge: Kein Lachen, die Verantwortung drückt

ULRICH DOST, Berlin

Er sei ja eigentlich ein sehr lustiger Mensch, aber derzeit würde ihm das Lachen doch schwerfallen. Akkurat hat Karl-Heinz Rummenigge seinen Mantel geknöpft, als er zum Abendbummel durch Berlin aufbricht, keine Fältchen, keine Unebenheiten. Wie in eine durchsichtige Folie eingepackt, so sieht er aus, wenn möglich, soll niemand an ihn herankommen.

Karl-Heinz Rummenigge, der Mannschaftsführer des FC Bayern München und der deutschen Fußball-Nationalmannschaft, trifft derzeit das Tor nicht mehr. Er, der sich den Ruf eines Weltklassespielers erworben hat, ist eingetaucht ins Heer der durchschnittlichen Spieler. Er ist keiner mehr, der besonders auffällt, dem die Zuschauer zujubeln. Das alles hat ihn verunsichert. Ungewollt gab er in der letzten Zeit Einblicke in sein aufgewühltes Innenleben. Auch bei ihm liegen die Nerven nur an der Oberfläche.

Karl-Heinz Rummenigge, der Weltklassespieler, präsentiert sich heute so: Er meckert mit Schiedsrichtern und Mitspielern, wenn es nicht nach Wunsch läuft. Er spielt den Einpeitscher der Fans, wenn er sich, wie beim Spiel gegen Mönchengladbach, hintergangen fühlt. Er stellt sich nicht mehr den Problemen, wie bei der 0:1-Niederlage in Stuttgart, als er nur einen Satz sagte, bevor er im Bus verschwand: „Ich habe die Schnauze voll." Was ist los mit Karl-Heinz Rummenigge, der sich selbst einmal so charakterisierte: selten aufbrausend, von kühlem Kalkül.

Der kühle Rechner Karl-Heinz Rummenigge, so scheint es, hat sich verrechnet. Bayern-Manager Uli Hoeneß glaubt den Grund für die Krisen seines Stars zu kennen. Rummenigge trage den Druck der Verantwortung für den gesamten deutschen Fußball. Alle Welt frage ihn, was aus Bundestrainer Jupp Derwall, was aus der Nationalelf werde, wie es beim FC Bayern mit den jungen Spielern, zum Beispiel mit seinem Bruder Michael weitergehen werde. Hoeneß: „Diese Fragen wurden früher alle dem Paul Breitner gestellt." Rummenigge selbst hat eingesehen: „Die ganze Verantwortung lastet doch auf mir, das muß ich psychisch erst einmal verkraften. Dabei bin ich selbstkritisch genug, daß ich weiß, wie schlecht ich derzeit spiele. Die jungen Spieler beim FC Bayern orientieren sich an mir, wenn ich schlecht spiele, resignieren sie."

Es ist noch gar nicht so lange her, da klang das bei Karl-Heinz Rummenige noch alles ganz anders. Als feststand, daß Paul Breitner seine Karriere beenden würde, hat er gesagt: „Sicherlich, es werden schwere Zeiten auf die Bayern zukommen. Der Paul galt doch fast schon als Mythos." Es klang fast wie ein Nachruf, wenn er über seinen früheren Mitstreiter sagte: „Was mir an Paul so imponiert hat, das war, wie er sich aufgerafft hat, wenn's nicht so gut gelaufen ist und uns seinen Willen aufgezwungen hat, um ein Spiel zu entscheiden."

Rummenigge hatte gedacht, er könne der Mann sein, der das Vakuum nach Paul Breitner ausfüllen kann. Dabei hat er sich verrechnet. Auch weil alle, die um ihn herum waren, ihn in dem Glauben bekräftigt hatten. Doch so zu sein, wie es der bärbeißige Breitner war, bedarf es nicht einfach des Willens. Um so zu werden, muß man einen Lernprozeß durchgemacht haben. Breitner hat es einmal so erklärt: „Ich habe schon als junger Mann das gleiche gedacht wie später, nur habe ich es nicht gesagt. Erst nach Jahren, als die Leistung stimmte, habe ich das angeprangert, was mir nicht gefallen hat."

So brauchte sich Breitner nicht zu verändern.

Karl-Heinz Rummenigge brauchte sich nie in seiner Karriere mit solchen Problemen herumzuschlagen, er galt als der Saubermann des deutschen Fußballs, der nie aneckte, der nie für Aufregung sorgte. Breitner schrie seine Mitspieler an, weil bei ihm die Leistung stimmte. Das vergaß Rummenigge zu Beginn der Saison, der seine Kollegen zusammenstauchte und plötzlich feststellte: „Ich bin gar nicht brav, wie man immer sagt, ich schreie jetzt alle an. Einer muß ja der Chef sein."

Inzwischen weiß Rummenigge, wie hart er sich diese Rolle erarbeiten muß. Und plötzlich wäre er froh, wieder der Karl-Heinz Rummenigge von früher zu sein, der unbekümmert Tore schießt und wieder lachen kann.

## Doch noch eine Chance für Littbarski

Auch gestern konnte Bundestrainer Jupp Derwall die endgültige Mannschaftsaufstellung noch nicht bekanntgeben: „Die gibt es erst kurz vor dem Anpfiff." Fraglich sind weiter zwei Positionen: Der Hamburger Wolfgang Rolff leidet unter einer Reihe kleinerer Verletzungen, er wird wohl vom nachnominierten Stuttgarter Bernd Förster als rechter Außenverteidiger vertreten. Könnte Wolfgang Dremmler nicht eingesetzt werden, würde auch die Taktik der deutschen Mannschaft anders aussehen, als es Derwall geplant hatte. Dann nämlich käme mit dem Kölner Pierre Littbarski (er ist in Berlin geboren) ein dritter Stürmer zum Zuge. Kapitän Rummenigge sagt: „Ich weiß, daß jeder von uns einen klaren Sieg erwartet. Es wird aber sehr schwer, diese Erwartungen zu erfüllen, weil wir nicht optimal besetzt sind. Auf dem Weg zur Europameisterschaft in Frankreich müssen wir erst unsere Idealbesetzung finden."

## Bisher erst eine Niederlage gegen Türkei

Zum 13. Mal kommt es zu einem Vergleich der deutschen und türkischen Nationalmannschaft. Die Türken gewannen nur einmal: am 17. Juni 1951 ebenfalls in Berlin mit 2:1. Ansonsten gab es nur noch zwei Unentschieden, ein 1:1 (1970 in Köln) und ein 0:0 (1979 in Izmir). Neun Siege und 33:6 Tore für die deutsche Mannschaft sprechen eine deutliche (statistische) Sprache. Erdal Keser, bei Borussia Dortmund unter Vertrag, sagt: „Es gibt Mittel, das deutsche Spiel zu stören und die Angriffsspitzen lahmzulegen. Aber ein Sieg meiner türkischen Mannschaft wäre doch eine Sensation."

**Tabelle, Gruppe 6**

| | | | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. Österreich | 7 | 4 | 1 | 2 | 14:5 | 11:5 |
| 2. Nordirland | 7 | 4 | 1 | 2 | 7:5 | 9:5 |
| 3. Deutschland | 5 | 3 | 1 | 1 | 8:2 | 7:3 |
| 4. Türkei | 6 | 2 | 1 | 3 | 4:10 | 5:7 |
| 5. Albanien | 7 | 0 | 2 | 5 | 3:12 | 2:12 |

So geht es weiter: 16. 11.: Deutschland – Nordirland und Türkei – Österreich, 20. 11.: Deutschland – Albanien.

## Die Mannschaftsaufstellungen

Schumacher (29 Jahre/41 Spiele)
1. FC Köln
Strack (28/7)
1. FC Köln
B. Förster (27/27) VfB Stuttgart – Augenthaler (26/1) Bayern München – Briegel (28/44) Kaiserslautern
Dremmler (29/24) München – Matthäus (22/16) Gladbach – Stielike (28/33) Madrid – Meier (25/6) Bremen
K. H. Rummenigge (28/68) Bayern München – Völler (23/8) Werder Bremen

Auswechselspieler: Burdenski (33/8/Werder Bremen), Otten (22/3/Werder Bremen), Waas (20/3/Bayer Leverkusen), Herget (27/0/Bayer Uerdingen).

Türkei: Adem (26/2) – Fatih (31/59) – Ismail (21/3), Yussuf (22/14), Erdogan (29/23) – Rasit (29/39), Riza (20/4), Sedat (30/30), Tüfekci (23/5) – Keser (22/4), Selcuk (24/12). – Auswechselspieler: Sinan (23/3), Cem (26/16), Ibrahim (27/17), Hasan (22/8), Necdet (29/21). – Schiedsrichter: Eduard Sostaric (Jugoslawien).

# Wirt Hassans Neffe spielt für Berlin

MARTIN HÄGELE, Berlin

Kreuzberg: 40 000 Türken leben in diesem Berliner Bezirk, Oranienstraße, ein Kneipenbummel. Die Gesichter prüfen dich kurz, wenn du zur Tür reinkommst. Dann wenden sich die meisten wieder ihren Kartenspielen zu. Oder sie rühren einfach weiter in den kleinen Teegläsern.



Beim ersten Tee an der Theke kommt das Gespräch schnell auf den Fußball. Hassan, der Wirt, wird ins Olympiastadion gehen, schon weil sein Neffe beim Vorspiel in der Berliner Jugendauswahl spielt. „Und die Gelegenheit, die eigene Nationalmannschaft spielen zu sehen, die lasse ich mir natürlich nicht entgehen", sagt Hassan.

Viele seiner Landsleute denken wie er. Viele werden sich auch erst am Spieltag ihre Eintrittskarten kaufen. „Mindestens 30 000 Türken werden kommen, fifty, fifty." Für Hassan und seine Freunde ist der Besuch des Länderspiels eine nationale Herzensangelegenheit. Vom Fußball, vom aktuellen Stand der Dinge in der Qualifikationsgruppe 6 zur Europameisterschafts-Endrunde wissen sie relativ wenig. Hauptsache, die Fußballmannschaft ihrer Heimat besucht sie in ihrer Diaspora.

Die Angst, die sie vor Punkern und Neonazi vor einer „Kristallnacht in Kreuzberg" haben sollen, ist für Hassan nur herbeigeredet. Trotzdem: Unterschwellig schlägt auch bei ihm immer wieder der Verdacht durch, es könne doch etwas passieren. „Aber dann bestimmt nicht im Stadion." Ihr Argwohn ist nicht nur nach den neonazistischen Flugblättern und mit den Artikeln über die Sicherheitsvorkehrungen zum Spiel wachgeworden. Schon eher durch die ungewöhnlich frühe Bekanntgabe des Fernsehens, das Länderspiel direkt zu übertragen. „Vielleicht wollte man damit verhindern, daß zu viele Türken kommen", meint Hassan.

Vielleicht, Schulterzucken, keiner weiß so recht wie er dran ist, aber alle hoffen auf ein gutes Ende. Genauso, in einem solchen Zwiespalt von Gefühlen, lebt Ilyas Tüfekci. Um den 23jährigen türkischen Nationalspieler scharen sich in Berlin Kameras, Kugelschreiber und Mikrophone. Ilyas ist der Typ, an dem sich die Problematik dieses Spiels am besten aufhängen läßt.

Mit elf Jahren ist er vom Bosporus nach Berlin gekommen, aufgewachsen zwischen Kisten und Kartons. Doch in dem jungen Burschen keimt ein unstillbarer Hunger nach Erfolg. Ilyas boxt sich durch auf die höhere Schule, erst recht am Ball. Beim VfB Stuttgart erhält er einen Vertrag, schon bald kürt das Neckarstadion den krummbeinigen und flinken Torjäger zum Publikumsliebling. Doch der VfB verkauft ihn, weil der neue Mittelstürmer Dieter Müller 1,7 Millionen Mark gekostet hat, nicht nur 20 000 wie Ilyas.

Schalke ist seine nächste Station. Aber als die Mannschaft schlecht spielt, braucht der Mob in Gelsenkirchen einen Sündenbock. „Kümmel raus", dröhnte es durchs Parkstadion. Der Türkenhaß im Kohlenpott entwickelt sich zur persönlichen Tragödie Tüfekcis. Seine Freundin Sabine erhängt sich, als Schalke 04 vor vier Monaten Ilyas an Fenerbahce Istanbul verleiht. Dort lebt er jetzt wie ein Star – aber trotzdem unglücklich. Der Selbstmord der Freundin belastet ihn schwer: „Wenn ich es noch einmal korrigieren könnte, würde ich auf alles, selbst auf den Fußball verzichten."

Im Augenblick freilich lindert der Alltag die seelischen Leiden. Ilyas ist mit der türkischen Nationalmannschaft in seine Heimat zurückgekehrt, zu Vater Atnan, Mutter Gijlen und Schwester Inci, zu den Freunden seiner Jugend.

Zweifellos fühlt er im Moment ganz als Türke. Daß in seiner Brust zwei Herzen schlagen, weil er eben in zwei Kulturen aufgewachsen ist, mit diesem persönlichen Dilemma muß er sich ständig auseinandersetzen. „Ich wäre sehr froh, wenn ich wieder in die Bundesliga könnte, möglichst in Süddeutschland", sagt er. Nur ein paar Atemzüge später: „Wenn wir Deutschland besiegen, können wir unsterblich werden. Die Namen jener Spieler, die 1951 in Berlin Deutschland 2:1 geschlagen haben, kennt heute noch jeder Türke."

STANDPUNKT

## Der Vorturner, der aus der Reserve kam

Ein Debakel für die deutsche Herren-Riege bei den 22. Kunstturn-Weltmeisterschaften (siehe Bericht nächste Seite) in Budapest hatte Cheftrainer Philipp Fürst befürchtet. Auch Eberhard Gienger, der inzwischen zurückgetretene Ex-Weltmeister am Reck, sah einen tiefen Sturz voraus. Doch beim Pflichtwettbewerb am Montagabend kam für die ersatzgeschwächte deutsche Riege alles anders: Sie schaffte ohne die verletzten deutschen Meister Edgar Jorek, Benno Groß und Andreas Aguilar den achten Platz mit 287,55 Punkten. Das ist gewissermaßen neuer deutscher Rekord, denn so gut turnte noch nie eine Mannschaft des Deutschen Turnerbundes (DTB).

Trainer Fürst verschlug es erst einmal die Sprache. Dann sagte er: „Die Jungen haben ein Ergebnis erreicht, daß ich nie und nimmer erwarten konnte. So etwas nennt man Mannschaftserfolg."

Da war zum Beispiel der Ersatzmann Alfred Lefebre aus Hannover, der an fünf von sechs Geräten als erster deutscher Turner antreten mußte. Für einen Weltmeisterschafts-Neuling eine hohe Belastung. Doch Lefebre turnte exakt und bekam dafür stets recht hohe Noten, am Seitpferd sogar 9,55 Punkte. Das spornte die anderen Turner in der Mannschaft an. Und jedesmal, wenn einer von ihnen das Gerät verließ, beglückwünschten ihn seine Kameraden überschwenglich.

Heute nun geht es beim Kür-Sechskampf darum, die Ungarn vom siebenten Platz zu verdrängen. Denn die deutschen Turner wagen das volle Risiko. Reckspezialist Daniel Winkler: „Wir sind schließlich nicht hergekommen, um schlecht auszusehen."

maru

## SPORT-NACHRICHTEN

### Sperre für Remmert

**Köln** (kgö) – Der Antrag des Galopperverbandes auf sofortige Lizenzentziehung gegen den verdächtigen Jokkey Dieter Ehlen wurde vom Vorsitzenden des Ordnungsausschusses abgelehnt. – Jockey Peter Remmert wurde mit sechs Wochen Reitverbot und 500 Mark bestraft, seine Kollegin Petra Faulstich muß 300 Mark Strafe zahlen. Es ging um die Behinderung in einem Rennen am 9. Oktober in Köln.

### Zebec: Bedenkzeit

**Dortmund** (sid) – Branko Zebecs Entscheidung, Borussia Dortmund zu trainieren, ist noch nicht gefallen. Der Verein und Zebec einigten sich darauf, erst einmal das Fußball-Bundesligaspiel der Dortmunder in Mannheim abzuwarten.

### Hannover: Biskup kommt

**Hannover** (dpa) – Werner Biskup (41), früher Bayer Uerdingen, ist neuer Trainer beim Fußball-Zweitliga-Klub Hannover 96 und Nachfolger des entlassenen Gerd Bohnsack. Biskup ist Hannovers 17. Trainer seit 1964 (!).

### Kappes Weltmeister

**Wanganui** (sid) – Der Bremer Andreas Kappes wurde Junioren-Weltmeister der Bahnfahrer. In Wanganui (Neuseeland) gewann er das 30-km-Punktefahren mit 46 Punkten vor dem Australier Dean Woods (33).

### Thurau ohne Vertrag

**Dortmund** (sid) – Der Vertragsabschluß des Frankfurter Radprofis Dietrich Thurau mit dem italienischen Team des Ex-Weltmeisters Francesco Moser ist endgültig gescheitert. Anstelle Thuraus wurde der Belgier Roger Devlaeminck verpflichtet. Nun möchte die französische Mannschaft „Peugeot" Thurau verpflichten.

### Nur fünf Bundesligaklubs

**Berlin** (dpa) – Nur fünf Vereine bewerben sich in der ersten Box-Bundesliga um den deutschen Meistertitel. Aufsteiger Neuköllner Sportfreunde Berlin verzichtet auf die Bundesliga.

TURNEN / China ist auf dem Sprung, die Sowjetunion endgültig abzulösen

# „Flieger" und „Stille" nach der Pflicht vorne

MANFRED RUHRROTH, Budapest

Eine exzellent turnende chinesische Riege und eine um jeden Zehntelpunkt kämpfende deutsche Mannschaft begeisterten bei den 22. Kunstturn-Weltmeisterschaften in Budapest die Zuschauer. Die Chinesen, weil sie nach dem Pflichtprogramm der Herren-Mannschaften Titelverteidiger UdSSR schon fast aller Chancen auf die Goldmedaille beraubt haben, die Deutschen, weil sie mit drei Ersatzturnern vor der entscheidenden Kür heute abend den achten Platz belegen.

295,20 Punkte sammelte die chinesische Riege, was so etwas wie einen neuen Weltrekord bedeutet. Denn noch nie in der Geschichte des Kunstturnens gab es eine exakter turnende Mannschaft. Chinas Cheftrainer Zhang Jian (38) zur WELT: „Bei den Weltmeisterschaften vor zwei Jahren in Moskau hatten wir noch das Gefühl der Ungerechtigkeit. Doch jetzt in Budapest werden wir von den Kampfrichtern fair und gerecht behandelt." So hatte der Cheftrainer schon vor zwei Jahren gefordert, wenn man Weltmeister oder Olympiasieger werden wolle, müsse man klar sichtbar besser als die sowjetischen Athleten turnen. Zhang Jian strahlte, nachdem das gelungen war, Selbstbewußtsein aus. Daß China in der Mannschaftswertung führt, daß mit Tong Fei und Li Ling gleich zwei Chinesen in der Einzelwertung vorne liegen, ist für ihn keine Überraschung. „Wir sind", sagt er, „nach Budapest gekommen, um zu gewinnen."

Hätte er an dieser Marschroute auch dann noch festgehalten, wenn drei Tage vor den Titelkämpfen fünf von sechs chinesischen Mannschaftsmitgliedern verletzt ausgefallen wären? Zhang Jian: „Selbst wenn alle sechs ausgefallen wären, hätten wir sie durch genug Turner ersetzen können, die alle den gleichen hohen Leistungsstandard haben wie diejenigen, die in Budapest starten. Wir haben in China 250 bis 260 Turner, die alle so gut turnen können, wie diejenigen unserer WM-Riege. Schließlich besitzen wir das größte Reservoir an Kunstturnern in der ganzen Welt. Unsere nationale chinesische Meisterschaft ist vom Leistungsstandard her durchaus mit dieser Weltmeisterschaft vergleichbar."

Da ist nichts mehr von fernöstlicher Zurückhaltung zu spüren, da spricht ein Trainer, der mit seinen Turnern die gesamte Turnwelt auf den Kopf stellen möchte. In der Kür heute abend wird es den Zweikampf zwischen dem Weltmeisterschaftsvierten von Moskau, Tong Fei (zu deutsch: „Flieger") und Li Ling (zu deutsch: „Stille") geben. Hat der 16jährige sowjetische Europameister Dimitri Bilosertschew als Dritter nach der Pflicht überhaupt eine Chance, in diesen Zweikampf einzugreifen? Zhang Jian lächelt, dann sagt er: „Bilosertschew ist ein sehr guter Turner" – und lächelt wieder. Und wer ist besser, Tong Fei oder Weltcup-Sieger Li Ling? „Es kommt nur darauf an, wer von den beiden sich einen Fehler erlaubt."

Immer nur lächeln – und nie Nervosität? Immerhin ist es heute abend möglich, nach fünfmaligem Anlauf die sowjetischen Kunstturner endgültig vom Thron zu stoßen. Mehr noch: Alles andere wäre fast eine Sensation. Zhang Jian sagt: „Freilich bin ich nervös. Und nach dem Pflichtprogramm habe ich vor Aufregung überhaupt nicht schlafen können. Die ganze Nacht lang habe ich nachgedacht, freilich auch darüber, daß wir nun wirklich Weltmeister werden können."

Vorfreude bei den Chinesen, Vorfreude aber auch bei der deutschen Riege. Denn niemand hätte ihr nach dem Ausfall der verletzten deutschen Meister Gross, Japtok und Aguilar den achten Platz in der Mannschaftspflicht zugetraut.

### TENNIS

Damenturnier in Filderstadt, erste Runde: Jexell (Schweden) – Thompson (USA) 5:7, 6:3, 6:3, Shaefer (USA) – Mesker (Holland) 6:3, 6:1, Holladay (USA) – Reynolds (USA) 6:4, 6:4, Collins (USA) – Buderova (CSSR) 7:5, 6:2, Valpole (England) – Teagarden (USA) 6:4, 6:3. – Grand-Prix-Turnier in Köln, erste Runde: Jelen (Deutschland) – Lipton (USA) 4:6, 6:3, 6:1, Saviano (USA) – Annacone (USA) 3:6, 7:6, 7:6, Dickson (USA) – Benhabiles (Frankreich) 6:2, 6:2, Ostoja (Jugoslawien) – Boileau (Belgien) 6:4, 6:0, Glickstein (Israel) – Schapers (Holland) 6:2, 2:6, 6:2, Maurer (Deutschland) – Visser (Südafrika) 7:6, 6:2, Mayer (USA) – Becker (Deutschland) 3:6, 6:4, 6:4, Beutel (Deutschland) – Kirmayr (Brasilien) 6:7, 6:3, 6:4, Mitton (Südafrika) – Becka (Deutschland) 6:3, 6:4.

### GEWINNQUOTEN

**Lotto:** Klasse 1: 1 151 391,70, 2: 130 839,90, 3: 7944,20, 4: 135,30, 5: 10,–. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 82 559,90, 2: 1396,30, 3: 88,60. „6 aus 45": Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 402 131,55, 2: 14 201,40, 3: 3994,10, 4: 96,30, 5: 9,30. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 253,50, 2: 38,80. – Rennen B: Klasse 1: 1231,70, 2: 135,40. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 218 918,80 (ohne Gewähr).

†

Nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden ist am 22. Oktober in ihrem 94. Lebensjahr Frau

**Dr. Elfriede Kaiser-Nebgen**

von uns gegangen.

Sie gehörte 1945 zum Gründerkreis der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Im Hauptvorstand für die Sowjetische Besatzungszone und Berlin wirkte sie maßgeblich mit an dem Versuch, eine freiheitlich-demokratische Ordnung nach deutschen Vorstellungen zu schaffen.

Als die Besatzungsmacht dies durch zwingende Eingriffe unmöglich machte, setzte Elfriede Kaiser-Nebgen mit ihren Gesinnungsfreunden die Arbeit vom freien Teil Deutschlands aus fort. Unverdrossen hielt sie an ihrem politischen Lebensziel fest: Deutsche Einheit in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit.

Uns bleibt Elfriede Kaiser-Nebgen unvergeßlich.

**Namens der Exil-CDU**

Johann Baptist Gradl   Siegfried Dübel

Requiem am Freitag, den 28. Oktober, um 11.00 Uhr in der Herz-Jesu-Kirche, Berlin-Zehlendorf, Riemeisterstraße 2.

Wir sind bestürzt und erschüttert über den plötzlichen Tod unseres technischen Leiters

**Hans Pollender**

Wir verlieren einen außergewöhnlichen Mitarbeiter, der entscheidenden Anteil am Aufbau und der Gestaltung unseres Unternehmens hatte. Wir trauern um eine Persönlichkeit, die Dynamik und Verantwortungsbewußtsein ebenso auszeichneten wie große Erfahrung und umfangreiches Wissen.

Tief bewegt nehmen wir von ihm Abschied.

**Dr. Kohl GmbH + Cie. Dachbelag-Fabrik**

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter

4270 Dorsten, den 23. Oktober 1983

# SPD-Spitze auf Distanz zu Schmidt

● Fortsetzung von Seite 1

davor gewarnt wurde, sich vorzeitig festzulegen und damit in die Gefahr der „Politikunfähigkeit" zu geraten, hat Bundesgeschäftsführer Peter Glotz gestern an die Adresse der Brandt-Kritiker sogar gesagt: Der Parteichef habe die SPD gar nicht festlegen müssen, „nachdem 20 regionale und 22 Bezirke die Nachrüstung abgelehnt haben". Es habe also eine Festlegung auch des Parteitages „in irgendeiner unzulässigen Weise" durch Brandt nicht stattgefunden.

Ob der ehemalige Kanzler Schmidt, der als stellvertretender Parteivorsitzender den Parteitag über die Nachrüstung in Köln mit einem Grundsatzreferat eröffnen wird, dies genauso sehe, wisse er nicht. Denn, so Glotz, „vielleicht hat er die Meinung auch geändert". Er könne über Schmidts Meinung „nichts sagen", da „wir nicht mit ihm sprechen konnten". Auf jeden Fall, so Glotz, sei „die Friedensdemonstration ein wichtiges Echo auf diese in der Tat entscheidende politische Weichenstellung" gewesen, „die in den letzten zweieinhalb Jahren sicher falsch gelaufen ist". Dies konnte nur die endgültige Distanzierung des SPD-Bundesgeschäftsführers von der Sicherheitspolitik des ehemaligen Bundeskanzlers Schmidt und seiner Bundesregierung bedeuten, da der politische Wechsel erst vor einem Jahr stattgefunden hat.

Diese Abkehr von der ehemaligen eigenen Politik hat auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Lothar Löffler aus Berlin scharf gerügt: In einem Beitrag für die „Berliner Morgenpost" warnte er davor, daß sich „keine Partei abmelden kann". Die Chance der Annäherung in Genf „jetzt oder später" werde vertan, „wenn der NATO-Beschluß aufgekündigt wird". Das Sicherheitskonzept einer „Regierung im Wartestand" müsse überzeugend sein. Es „helfen auch keine nachgeschobenen Begründungen, warum man heute anders denkt als vor vier Jahren".

Vogel hat gestern allerdings noch einmal klargestellt, daß sich die SPD mit einer eintägigen Debatte zum Thema Nachrüstung im Bundestag nicht zufrieden geben werde. Das Angebot der Koalition, mit der Aussprache schon vor dem Bundesparteitag zu beginnen, nannte er eine „Zumutung", die an „Verhöhnung grenzt".

# „Moskau und Damaskus stehen hinter Anschlägen"

## WELT-Gespräch mit dem israelischen Minister Neeman

RAFAEL SELIGMANN, Bonn

Der israelische Wissenschaftsminister Yuval Neeman hat in einem WELT-Gespräch die Überzeugung geäußert, daß die Hintermänner der verheerenden Anschläge auf die amerikanischen und französischen Friedenstruppen im Libanon in Moskau sitzen.

Yuval Neeman, der als einer der angesehensten Wissenschaftler und Sicherheitspolitiker seines Landes gilt, sagte: „Wer auch immer diese Anschläge verübt hat, die Drahtzieher der Aktionen sitzen in Moskau. Die sorgfältige Auswahl der Ziele, ebenso wie bei den zurückliegenden Attentaten auf die US-Botschaft in Beirut und der Ermordung des designierten libanesischen Staatspräsidenten Beschir Gemayel, die generalstabsmäßige Planung, der hochmoderne Sprengstoff – dies alles ist nicht das Werk einer kleinen Terrorgruppe. Dahinter steht die logistische Unterstützung aus Moskau via Damaskus."

Neeman ist nicht der Auffassung, daß Israel sein Engagement in Libanon als Folge der jüngsten Ereignisse ausweiten sollte, wie es beispielsweise der ehemalige amerikanische Außenminister Henry Kissinger angedeutet hatte (WELT v. 25. 10.). Israel solle vielmehr seine Position südlich des Flusses Awali sorgfältig ausbauen, um die eigenen Soldaten, aber auch die israelische Bevölkerung in Galiläa, also jenseits der Demarkationslinie wirkungsvoll zu schützen. Jerusalem, so der Politiker, werde sich bemühen, das Engagement seiner Truppen in diesem Gebiet auf das notwendige Minimum zu reduzieren. Den Milizen des Majors Haddad und der Christen werde von den Israelis so weit Hilfe gewährt werden, daß sie im Laufe der Zeit fähig sein werden, das Gebiet ohne nennenswerte israelische Unterstützung gegen das Eindringen von Terrorverbänden zu sichern.

Sobald sichergestellt sei, daß die israelischen Siedlungen in Galiläa nicht mehr durch terroristische Angriffe bedroht seien, werde Israel seine Truppen ganz zurückziehen. Israels Interesse in Libanon sei in erster Linie der Schutz der Nordregion des jüdischen Staates. Das Ziel der Aktion „Frieden für Galiläa" sei es gewesen, den faktischen PLO-Staat in Südlibanon und die „Hauptstadt" der PLO in Beirut zu beseitigen. Dies sei gelungen.

„Alle Ziele, die darüber hinausgehen, übersteigen unsere Kräfte", meinte Neeman mit deutlicher Kritik an dem ehemaligen israelischen Verteidigungsminister Sharon, der eine Umwälzung in der politischen Landschaft Libanons erzwingen wollte.

Neeman erwartet nicht, daß die Vereinigten Staaten ihr militärisches Engagement in Libanon deutlich ausbauen werden. Er nimmt jedoch an, daß in Zukunft die Maschinen auf den Trägern der US-Flotte vor der libanesischen Küste stärker in eventuelle Kämpfe in Libanon eingreifen würden. Primäres Ziel der internationalen Friedenstruppe müsse es sein, das Regime des Präsidenten Amin Gemayel in Beirut am Leben zu erhalten, sagte Neeman. „Zu mehr reicht die Stärke der internationalen Friedenstruppe nicht."

Auf die deutsch-israelischen Beziehungen angesprochen, meinte der israelische Politiker, daß Verhältnis zwischen Bonn und Jerusalem sei gegenwärtig sehr gut. Er hoffe, daß Bundeskanzler Helmut Kohl in wenigen Monaten seinen verschobenen Israel-Besuch nachholen werde. „Die neue Regierung in Jerusalem braucht allerdings etwa 100 Tage, um sich einzuarbeiten." So müßte beispielsweise geklärt werden, ob der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir auch das Amt des Außenministers behalte oder ein Nachfolger für dieses Ressort bestimmt werde. Aussichtsreichste Kandidaten wären dann Vizepremier David Levy und Energieminister Yitzhak Modai. „Sobald diese Frage geklärt ist, würden wir uns sehr freuen, wenn uns Bundeskanzler Kohl besuchen würde", meinte der israelische Minister.

Neeman lehnt deutsche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien „bedingungslos ab". „Wir sind auch gegen amerikanische Waffenlieferungen in dieses Land, das sich mit uns im Kriegszustand befindet. Aber wir meinen, daß gerade Deutschland aus moralischen Gründen keine Rüstungsgüter nach Riad liefern darf", betonte Neeman abschließend.

# Rodenstock: Lohnleitlinie drei Prozent

AP, Luxemburg/Bonn

Um drei Prozent sollten die Löhne und Gehälter nach Meinung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in der kommenden Tarifrunde angehoben werden. Präsident Rolf Rodenstock setzte mit dieser Aussage in einem Interview von Radio Luxemburg als erster der beteiligten Wirtschaftsführer eine Lohnleitlinie.

Rodenstock sagte, die nächsten Tariferhöhungen sollten sich „etwa in dem Rahmen" halten wie im vergangenen Jahr. Er fügte hinzu: „Das waren so um die drei Prozent herum."

Der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse, Heribert Scharrenbroich, wertete die Äußerungen Rodenstocks als Beleg dafür, welche Bedeutung einer Aufrechterhaltung der derzeitigen Kaufkraft der Arbeitnehmer für eine Wiederbelebung der Wirtschaft beizumessen sei. Überzogene Kürzungen im Sozialbereich sowie Tarifabschlüsse unter drei Prozent würden diese ebenso wie die Haushalte der Sozialversicherungen gefährden.

# „Times"-Attacke auf Genscher

SAD, London

„Die Entspannung ist tot, aber Genscher hat ihr Ableben nicht bemerkt", schrieb der „Times"-Kolumnist Brian Crozier gestern in einer scharfen Attacke gegen den Bundesaußenminister. Der Artikel enthielt auch eine indirekte Kritik an Kanzler Kohl dafür, daß er den FDP-Chef nach dem Regierungswechsel an der Spitze des Auswärtigen Amtes beließ. Genscher habe, „bedauerlicherweise für das westliche Bündnis", seine politischen Überzeugungen nicht verändert. „Er ist ein Gefangener seiner eigenen, oft wiederholten Redewendung: ‚Es gibt keine Alternative zur Entspannung.'"

Genschers Vereinbarung mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko, regelmäßige Abrüstungsgespräche zwischen den Planungsstäben beider Außenministerien abzuhalten, wurde von Crozier als „besorgniserregend" eingestuft. Eine der „leidigsten Konsequenzen" des Festhaltens von Kohl an Genscher sei ein Machtkampf zwischen dem Außenminister und seinem Rivalen Franz Josef Strauß.

# Der Präsident hat die Mehrheit hinter sich

## Reagan warnt vor Machtübernahme Moskaus in Nahost

TH. KIELINGER, Washington

In der erhitzten inneramerikanischen Debatte um die Folgen des Massakers in Beirut ist unüberhörbar, daß die gewichtigeren Stimmen sich auf der Seite des Präsidenten zu Wort melden. „Die Option, der wir nicht folgen, ist, uns zurückzuziehen", sagte Reagan in Washington. Diese Generallinie kristallisiert sich auch im Kongreß heraus.

„Ich glaube nicht, daß die Amerikaner sich jetzt vor dem Terrorismus zurückziehen sollten", sekundierte der einflußreiche Sprecher des Repräsentantenhauses, Thomas („Tip") O'Neill. Die US-Truppen zurückzuziehen, wäre nichts weiter „als ein Sieg für die Russen", fügte er hinzu.

O'Neill äußerte gleichzeitig die Überzeugung, daß diese Debatte nicht in Parteienstreit ausarten dürfe. „Wir sind alles Amerikaner. Parteipolitik muß hier herausgehalten werden. Es geht um die bestmöglichen Entscheidungen für Amerika", konstatierte er.

### Shultz beschuldigt die UdSSR, Syrien und Iran

Der Fraktionsführer der Republikaner im Senat, Howard Baker, pflichtete ihm bei. „Unser Fernsehen behandelt die Thematik gerne als innenpolitischen Stoff. Das ist falsch. Beirut darf nicht zu einem politischen Fußball werden." Auch der Fraktionsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus, Jim Wright, stellte sich nach einer Anhörung von George Shultz vor den Außenpolitischen Ausschuß dieser Kammer hinter die Administration. „Plötzlich das amerikanische Friedenskontingent abzuziehen, hieße Libanon den fanatischen Elementen zu überantworten, die dieses Verbrechen begangen, sowie denen in Syrien und der Sowjetunion, die die Untat so zynisch miteingefädelt haben."

Außenminister Shultz gab in seiner Erklärung vor dem Ausschuß die diplomatische Zurückhaltung auf, die die Reagan-Regierung noch am Vortage hatte erkennen lassen. „Es ist nicht schwer, herauszufinden, wer die Feinde des Friedens in Libanon sind", sagte er ohne Umschweife: – „Syrien, welches entschlossen scheint, Libanon erneut zu einem Satelliten oder einer Provinz von ‚Großsyrien' zu machen. – Die Sowjetunion, die Syrien mit den modernsten Waffen ausrüstet und dessen hegemonistische Politik unterstützt. – Iran, ein Regime von Fanatikern, mit denen wir schon früher unsere Erfahrungen gemacht haben."

### „Die freie Welt kann nicht tatenlos zusehen"

Der Außenminister beendete seine Darlegungen mit dem Satz: „Die Sowjetunion, Syrien und Iran. Das sagt ihnen einiges darüber, was wirklich in Libanon los ist, warum das Problem größer ist als Libanon und warum wir ein Interesse an dem Ausgang der Ereignisse haben." Shultz sicherte aber gleichzeitig zu, daß die USA ihre diplomatischen Bemühungen zur Beilegung des Konflikts verdoppeln würden.

In einem entschlossenen Versuch, die Führung der öffentlichen Debatten über das Attentat in der Hand zu behalten, hatte Präsident Reagan selbst zuvor bereits neue Definitionen des amerikanischen Einsatzes vorgetragen. Dabei verheimlichte er nicht, daß die ursprüngliche Mission der US-Luftlandetruppen laufend erweitert worden ist. Noch immer gelten, wie Reagan betonte, die ersten praktischen Aufgaben: Der Zentralregierung in Beirut Hilfe zu leisten, sich zu organisieren und zu stabilisieren, und die libanesischen Truppen für die Ausübung ihrer Ordnungsfunktion auszubilden.

Der Präsident erweiterte jedoch dieses Spektrum zum erstenmal um die globale Komponente des West-Ost-Gegensatzes, indem er vom östlichen Mittelmeer bis zum Golf das Bild einer bedrohten Region zeichnete, die in Libanon zu verteidigen „vital" für das westliche Interesse und „wesentlich" zur Aufrechterhaltung der globalen Glaubwürdigkeit der USA sei. „Eine Macht steht bereit, den Nahen Osten zu übernehmen", sagte Reagan vor einem Zuhörerkreis im Weißen Haus, „und die freie Welt kann nicht tatenlos dabei zusehen."

# Spenden-Affäre: Entscheidung am Montag?

AP, Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft will am kommenden Montag darüber entscheiden, wie in der Parteispendenaffäre um den Flick-Konzern weiter verfahren werden soll. Wie der Sprecher der Bonner Staatsanwaltschaft, Johannes Wilhelm, auf Anfrage mitteilte, soll diese „Abschlußverfügung" unmittelbar danach der Generalstaatsanwaltschaft Köln zur Billigung vorgelegt werden. Mit der Mitteilung, ob gegen Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff oder andere prominente Politiker und Manager Anklage wegen Vorteilsannahme oder -gewährung erhoben wird, kann nach diesen Angaben erst in der zweiten November-Hälfte gerechnet werden.

Der Generalstaatsanwalt wird als vorgesetzte Behörde wegen der hohen politischen und öffentlichen Bedeutung des Falles eingeschaltet. Es gilt aber als sicher, daß die Kölner Generalstaatsanwaltschaft die Entscheidung der Bonner Behörde billigen wird, da sie laufend über den Stand der Ermittlungen unterrichtet war.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Jochen Vogel, wies auf die Probleme hin, die sich ergäben, wenn gegen den Wirtschaftsminister Anklage erhoben werde. Bundeskanzler Helmut Kohl müsse sich für diesen Fall fragen lassen, ob einem Kabinettsmitglied mit so hoher Verantwortung wie Lambsdorff die Doppelbelastung in seinem Ressort und die Verteidigung vor Gericht zugemutet werden könne. Er, Vogel, werde jedoch keiner Vorverurteilung zustimmen.

# Oder-Neiße-Linie für Vogel endgültig

rtr, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat den deutsch-polnischen Vertrag aus dem Jahre 1970 als tragfähige Brücke zur Verständigung zwischen beiden Ländern bezeichnet. Vor einer Delegation von Abgeordneten der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei sagte Vogel nach einem am Dienstag verbreiteten Text, für die SPD sei „die Oder-Neiße-Grenze – so wie der Vertrag das beschreibt – die Westgrenze Polens".

## Export-Hoffnung

Mk. – Auch in ihrem internationalen Teil haben die fünf wirtschaftswissenschaftlichen Institute beachtenswerte Ergebnisse und Anregungen zusammengetragen. Dazu zählt nicht nur die Erwartung, daß der deutsche Export die Schwäche der letzten Monate überwunden hat und daß die Chancen für eine weitere Expansion zuversichtlich beurteilt werden. Angesichts der günstigeren Konjunkturaussichten in den westlichen Industriestaaten und angesichts der Entwicklung der Wechselkurse ist dieses keine Überraschung. Aber die Vorhersage, daß die Ausfuhren im nächsten Jahr um vier Prozent steigen werden, kann sich sehen lassen.

Bemerkenswert ist aber auch das, was die Institute zu diesem Komplex zusammengetragen haben. Zum einen weisen sie auf die Erleichterung darüber hin, daß trotz der Zuspitzung dieses Problems im vergangenen Jahr der Bruch von Finanzierungsketten vermieden werden konnte, daß jetzt aber andererseits die Erkenntnis keimt, daß mehr getan werden muß, wenn die Unsicherheit bei Gläubigern und Schuldnern reduziert werden soll.

Sie plädieren für eine Umorientierung in der Wachstumspolitik in den Entwicklungsländern, für langfristig angelegte Finanzierungsstrategien und für den Abbau des Protektionismus in den Industriestaaten. Aber allein schon der letzte Punkt zeigt, wie lang der Weg zwischen Einsicht und Tat ist. Denn alle die Themen, die gegenwärtig so heiß diskutiert werden – von Stahl bis zur Landwirtschaft –, werden so erörtert, als käme es nicht auf mehr, sondern auf weniger Handel an, auch mit den Entwicklungsländern.

## Vorschnell

HH – Empfehlungen für künftige Tarifrunden auszusprechen, ist Glücksache. Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Rolf Rodenstock, hat mit seiner Drei-Prozent-Ankündigung kein Glück gehabt. Rodenstock selbst ist kein Kontrahent dieser Auseinandersetzungen, die einmal noch nicht unmittelbar bevorstehen, zum anderen wegen des von einigen Gewerkschaften geplanten Einstiegs in die 35-Stunden-Woche ohnehin sehr schwierig zu werden versprechen. Es ist nicht nur aus taktischen Gründen geboten, das Nennen von „Hausnummern" den unmittelbar Beteiligten zu überlassen, und die halten sich bezeichnenderweise zurück. So könnte Rodenstocks Erklärung ersatzweise als Angebot verstanden werden, das die Gewerkschaften schon als konsumiert ansehen, bevor sie sich an den Verhandlungstisch setzen. Sollte es einigen Gewerkschaften gelingen, ihr zentrales Verhandlungsziel zum Beispiel mit einer Stunde Verkürzung (oder 2,5 Prozent) der Wochenarbeitszeit durchzusetzen, so wäre der von Rodenstock genannte Verhandlungsspielraum schon ohne Lohnerhöhung verzehrt.

USA / Erste Geschäftsergebnisse für das dritte Quartal – Schlechtere Bankenerträge

# Die Hochrechnungen zeigen deutlichen Anstieg der Gewinne in der Industrie

H.-A. SIEBERT, Washington

**Während sich das Gewinnbild der US-Banken in den meisten Fällen verschlechtert hat, weil die Kreditnachfrage noch müde ist und die Rückstellungen für eventuelle Ausleihverluste zunehmen, legen amerikanische Industriefirmen stark verbesserte Quartalsbilanzen vor. Angeführt wird die Liste von der Auto-, Luftfahrt- und Chemieindustrie sowie den Herstellern von Pharmazeutika, Haushaltsgeräten und Elektroniks. Weit vorn liegen auch die Verlagshäuser, Eisenbahnen und Fluggesellschaften, verringert haben sich die roten Zahlen in der Stahl- und Metallindustrie.**

Obwohl die Veröffentlichung der Geschäftsergebnisse für das dritte Quartal 1983 erst begonnen hat, zeigen erste Hochrechnungen, daß die Nettogewinne im Industriebereich durchschnittlich um rund 25 Prozent über der Juli-September-Periode 1982 liegen werden. Das Handelsministerium in Washington veranschlagt das Plus gegenüber dem zweiten Quartal 1983 auf 15 Prozent. Das private Forschungsinstitut Data Resources ist mit 16 Prozent noch optimistischer. Im zweiten Vierteljahr betrug die Zunahme gegenüber dem ersten Quartal noch 14,7 Prozent.

Den Vogel schoß General Motors, das größte Automobilunternehmen der Welt ab, die einen Rekordquartalsgewinn in Höhe von 737 Millionen Dollar meldete. Im Vorjahresquartal blieben unterm Strich nach Steuern nur 129 Millionen Dollar. In den ersten neun Monaten hat „GM" damit 2,43 Milliarden Dollar verdient, verglichen mit 818 Millionen Dollar in der gleichen Zeitspanne 1982. Als Gründe für das gute Abschneiden nannte die Geschäftsführung den kräftigen Konjunkturaufschwung und „die größere Wirtschaftlichkeit, erreicht durch Kostensenkungen". Das gilt auch für alle anderen Firmen. Zurückzuführen ist der steilere Anstieg der Gewinne in der Hauptsache auf Stillegungen und Lohnkonzessionen der Beschäftigten.

Die Unterschiede in den einzelnen Branchen bleiben jedoch groß. So stieg der IBM-Gewinn im jährlichen Quartalsvergleich um 24,8 Prozent auf 1,3 Milliarden Dollar, während die Nummer zwei unter den amerikanischen Computerherstellern, Digital Equipment, etwa 70 Prozent weniger verdiente.

Von der Rezession erholt hat sich Alcoa, Amerikas größter Aluminiumproduzent. Nach hohem Vorjahresverlust machte der Nettogewinn 58 Millionen Dollar aus. Im Minus stekken indes immer noch Kaiser Aluminium und Amax. In der Stahlbranche halbierten Republik und Inland Steel ihre Verluste auf 35 und 21 Millionen Dollar. Der Häuserboom katapultierte die Gewinne der Haushaltsgeräte-Hersteller Maytag und Whirlpool um 55 und 37 Prozent in die Höhe. Wegen des anhaltenden Preisverfalls zeichnen sich andererseits bei den Mineralölkonzernen weitere Gewinnrückgänge ab.

Grau getönt sind dagegen die Bilanzen vieler wichtiger US-Banken, die von den Unternehmenspleiten – rund 28 000 im vergangenen Jahr – und der internationalen Verschuldungskrise geschüttelt werden. Die Rückstellungen schmälern den Gewinn, immer häufiger wird der Schuldendienst nicht bedient. Aber noch sind die Probleme im Hinblick auf die Kredite an Brasilien oder Argentinien mehr technischer Natur. Wenn die Liquiditätsklemme der Schuldnerstaaten jedoch anhält, werden die Ergebnisse des vierten Quartals noch viel schlechter aussehen, heißt es in amerikanischen Bankkreisen.

Sorgen bereitet zur Zeit die geringe Kreditnachfrage. Seit Jahresfrist hat sich die Marge zwischen Sollzinsen und Refinanzierungskosten von 3,30 auf 1,30 Prozent verringert. Geschrumpft sind zudem die Gewinne im Wertpapier- und Devisenhandel. Neun der 15 größten US-Bankholdings mußten im dritten Quartal 1983 Rückgänge der Nettoeinnahmen hinnehmen. Am schlimmsten traf es Bank America und Continental Illinois mit minus 45 und 40 Prozent. Es folgten Crocker National (27), Mellon National (24), Bankers Trust (19), Wells Fargo (15), Chase Manhattan (14) und J. P. Morgan (11 Prozent). Mit plus 30, neun und acht Prozent bildeten First Chicago, First Interstate und Citicorp die Ausnahmen.

AUTOMOBILE

# Für die Produktion kann es ein Rekordjahr werden

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Produktions- und Neuzulassungszahlen der deutschen Pkw-Hersteller lassen die Erwartungen immer realistischer erscheinen, daß die bisherigen Produktions-Rekordjahre 1978 und 1979 mit jeweils rund 3,9 Millionen Einheiten zumindest wieder erreicht werden, wenn auch das Inlandszulassungsergebnis mit erwarteten 2,4 Millionen Fahrzeugen hinter den Zahlen der späten siebziger Jahre mit jeweils reichlich 2,6 Millionen zurückbleibt. Die neuesten Zahlen des Verbandes der Automobilindustrie (VDA) zeigen ein anhaltend hohes Niveau der Pkw-Produktion.

Die Inlandsnachfrage sei weiterhin tendenziell aufwärtsgerichtet, während sich die Auslandsbestellungen überraschenderweise immer noch auf einem festen Vorjahressockel halten. Auch die Beschäftigungslage sieht überaus günstig aus; während die Zahl der Beschäftigten sich gegenüber dem Vorjahr geringfügig erhöht hat, lag die Zahl der Kurzarbeiter im Straßenfahrzeugbau im September mit knapp 22 000 deutlich niedriger als vor einem Jahr (91 000).

Nach neuesten VDA-Zahlen wurden im September 370 400 Pkw/Kombi hergestellt, das waren acht Prozent mehr als vor einem Jahr. Für die ersten neun Monate werden rund 2,88 Millionen Fahrzeuge genannt, das waren nur 25 000 oder ein Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Der Abstand zum Vorjahr dürfte sich im Oktober weiter verringern oder das Vorjahresergebnis bereits einstellen, da die Hersteller nach Beendigung der Internationalen Automobilausstellung einen deutlich verbesserten Auftragseingang verzeichnen.

Dies schlug sich auch in den Zulassungszahlen nieder. Der September brachte nicht nur eine Steigerung gegenüber dem Vorjahresmonat um 23,4 Prozent auf 196 000 Fahrzeuge, in den ersten neun Monaten dieses Jahres wurden mit 1,92 Millionen Autos 13,6 Prozent mehr zugelassen als im Vorjahr.

Der Export lag im September mit 190 300 Fahrzeugen nur knapp unter Vorjahresniveau (192 200), in den ersten neun Monaten war das Ausfuhrvolumen mit 1,58 Millionen Einheiten um vier Prozent niedriger als 1982. Die nach Hubraumklassen aufgegliederten Produktionszahlen zeigen bis einschließlich August mit 1,15 vom Band gelaufenen Pkw der Klasse 1500 bis 2000 Kubikzentimeter nur noch ein Minus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr, das im September sicher schon abgebaut worden sein dürfte.

Wesentlich ungünstiger sieht es im Nutzfahrzeugbereich aus. Die Produktion stieg zwar im September um sieben Prozent auf 26 100, dies ist jedoch allein auf das außerordentlich niedrige Vergleichsniveau der Transporterfertigung im September 1982 zurückzuführen. Im Bereich über sechs Tonnen Gesamtgewicht lag das Produktionsergebnis um 22 Prozent niedriger. In den ersten drei Quartalen wurden mit 214 600 Fahrzeugen fünf Prozent weniger gebaut.

# In die richtige Richtung

Von FRED DE LA TROBE, Tokio

Bei den japanischen Unternehmerverbänden herrscht Übereinstimmung, daß das vergangene Woche verkündete Maßnahmenpaket zur Konjunktur-Stimulierung ein Schritt in die richtige Richtung sei. Allzu dramatische Auswirkungen werde es aber nicht haben. Die Aktion zielt auf die Ankurbelung der bisher flauen Inlandsnachfrage und die Importe ab. Die Exporte, von denen in diesem Jahr die Hauptimpulse der Konjunktur kamen, sollen dagegen etwas mehr in den Hintergrund gerückt werden.

Die Diskontsenkung um 0,5 Prozent auf 5 Prozent, die das allgemeine Zinsgefüge leicht nach unten drükken wird, dürfte die Unternehmergewinne erhöhen und damit auch das Lohnniveau, den Privatkonsum und den Umfang der Anlageinvestitionen günstig beeinflussen.

Die Realeinkommen der japanischen Arbeitnehmer lagen im August noch um 1,5 Prozent unter dem Niveau des gleichen Vorjahresmonats. Die Abnahme war eine Folge der geringen Aufbesserung der Tariflöhne in diesem Jahr und niedrigerer Bonuszahlungen im Sommer. Bisher fiel es daher schwer, den Konsum auszuweiten und die Exportfront zu entlasten.

Die im Maßnahmenpaket vorgesehenen zusätzlichen Staatsausgaben in Höhe von 21 Milliarden Mark für öffentliche Bauvorhaben für den Rest des laufenden Fiskaljahres werden ebenfalls etwas dazu beitragen, die Inlandsnachfrage anzuheizen. Ob die geplanten Steuersenkungen in Höhe von etwa 12 Milliarden Mark verwirklicht werden können, ist wegen der durch den Tanaka-Fall lahmgelegten Gesetzesmaschinerie fraglich.

Die merkliche Aufwertung des Yen in den letzten Monaten kommt in der Tendenz einer leichten Exportbremse gleich. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die Diskontsenkung eine neue zinsbedingte Schwächung der japanischen Währung durch größere Kapitalabflüsse einleitet und damit den Ausfuhren erneut Auftrieb gibt.

Einigen Optimismus verbreitet ein gerade veröffentlichter Untersuchungsbericht des Finanzministeriums: Die Reingewinne der Unternehmen, die zwischen April und September im Vergleich zum Vorjahr um durchschnittlich 9,2 Prozent stiegen, werden demnach zwischen Oktober und März nächsten Jahres um beachtliche 19,5 Prozent zunehmen.

Die Pläne der Großunternehmen für Anlageinvestitionen im laufenden Fiskaljahr sehen nach einer neuen Untersuchung der Nippon Credit Bank eine Zunahme von 4,6 Prozent vor. Das ist wesentlich besser, als die 1,8 Prozent, die noch in diesem Sommer ermittelt wurden. Ein Lichtblick in der Konjunkturszene ist auch die beispiellose Preisstabilität. Die Verbraucherpreise lagen im September nur um 0,7 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat, die Großhandelspreise waren sogar um 3 Prozent niedriger. Die Arbeitslosenrate ist mit offiziell 2,8 Prozent im August – tatsächlich dürfte sie zwischen fünf und sechs Prozent betragen – geringfügig gestiegen.

Unverändert ernst sind mit dem Anschwellen der Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse die handelspolitischen Probleme geblieben. Vom April bis September registrierte Japan einen Rekordexportüberschuß von 32,8 Milliarden Mark. Die Ausfuhren erhöhten sich in dieser Zeit um 5,1 Prozent, während die Einfuhren um 5,7 Prozent sanken. Das Ministerium für Außenhandel und Industrie (MITI) rechnet jetzt für das Fiskaljahr 1983/84 (April bis März) mit einem Aktivsaldo von 99 Milliarden Mark.

Trotz der Zusicherungen von Ministerpräsident Nakasone auf der Gipfelkonferenz in Williamsburg in diesem Frühjahr, die Inlandsnachfrage in Japan anzukurbeln und das Tor für Importe weiter zu öffnen, sind im Gefolge halbherziger Maßnahmen die Überschüsse weiter angeschwollen. Mit den Vereinigten Staaten erreichten sie zwischen April und September einen Wert von 23,5 Milliarden Mark, mit der Europäischen Gemeinschaft 12,4 Milliarden Mark. Die führende japanische Wirtschaftszeitung „Nihon Keizai" warnt, daß Japans Glaubwürdigkeit im Ausland immer weiter unterhöhlt werde, wenn es sich mit Ausflüchten begnüge und gleichzeitig gewaltige Handelsbilanzüberschüsse anhäufe.

Die reale Zuwachsrate der japanischen Wirtschaft hat von Januar bis März dieses Jahres 0,9 Prozent und im Quartal April bis Juni 3,6 Prozent betragen. Seither behielt sie ihre allmähliche Aufwärtskurve bei. Die Regierung hat für dieses Jahr im Vergleich zu den drei Prozent von 1982 einen Zuwachs von 3,4 Prozent anvisiert. Das bekannte private japanische Forschungsinstitut für Nationalökonomie rechnet mit dem etwas höheren Wert von 3,6 Prozent. Damit würde Japan im internationalen Vergleich immer noch gut dastehen.

## AUF EIN WORT



„Inzwischen haben wir ein solches Maß an Staatsverschuldung erreicht, daß die Staatsverschuldung selbst zur Ursache des wirtschaftlichen Niedergangs geworden ist. Deshalb gehören Pläne, die Arbeitslosigkeit mit weiterer öffentlicher Verschuldung zu bekämpfen, in den Giftschrank der Wirtschafts- und Finanzpolitik."

Roger Asmussen, Finanzminister von Schleswig-Holstein FOTO: DIE WELT

## Arbed-Konzept noch nicht akzeptiert

dpa/VWD, Bonn

Das vorgelegte Konzept zur Gesundung des Stahlunternehmens Arbed-Saarstahl wird von der Bundesregierung und der saarländischen Landesregierung nicht akzeptiert. Dies haben Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg und Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff nach einem Gespräch mit den saarländischen Ministern Gerhart Zeitel und Walter Henn sowie der Geschäftsführung von Arbed-Saarstahl erneut unterstrichen. Vor allem die Hausbanken des Unternehmens müssen nach Ansicht der Minister in der gegenwärtigen schwierigen Lage einen „nennenswerten Beitrag zur Gesundung" leisten und ihren Beitrag „entscheidend verbessern". Dies sei eine unverzichtbare Voraussetzung für öffentliche Hilfen. Auch komme es darauf an, daß Betriebsräte ond Gewerkschaften die unvermeidbare Personalanpassung voll mittragen. Massenklagen vor dem Arbeitsgericht würden das Konzept in Gefahr bringen.

WÄHRUNGSPOLITIK

# Bonn weigert sich, den Ecu als Fremdwährung anzuerkennen

WILHELM HADLER, Luxemburg

Für einen Ausbau des Europäischen Währungssystems (EWS) bestehen gegenwärtig kaum Chancen. Dies hat erneut ein Meinungsaustausch der Finanzminister der EG deutlich gemacht. Er galt der Vorbereitung des Athener Europagipfels Anfang Dezember. Die Frage, ob aus diesem Anlaß ein neuer Vorstoß für eine engere Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Währungspolitik unternommen werden soll, blieb umstritten.

Die EG-Kommission hat wiederholt Vorschläge gemacht, die auf eine Konsolidierung der mit dem EWS geschaffenen Ansätze für eine „Zone der Währungsstabilität" in Europa abzielen. Dazu gehört vor allem der Versuch, der Europäischen Währungseinheit (Ecu) öffentlich wie privat eine größere Rolle als bisher zu sichern. Außerdem bemüht sich die EG-Behörde seit langem, die Voraussetzungen für eine Liberalisierung des Kapitalmarktes zu schaffen.

Die Luxemburger Aussprache ergab, daß die Bundesrepublik nach wie vor nicht gewillt ist, dem Ecu den Status einer Fremdwährung einzuräumen. Als einziger Mitgliedsstaat gestattete sie es bisher auch nicht, den Ecu für Transaktionen zwischen Gebietsansässigen zu verwenden. Nach deutscher Ansicht beruht die EG-Währungseinheit auf einer Indexklausel, die nach dem deutschen Bankenrecht verboten ist. Dem steht entgegen, daß der Ecu nach dem Dollar und der D-Mark zur drittwichtigsten Währung auf den internationalen Anleihemärkten geworden ist.

Auf deutschen Widerstand stieß auch der Wunsch Italiens und Irlands, diesen Ländern die bei der Schaffung des EWS eingeräumten Zinsverbilligungen für zwei Jahre zu verlängern. Die Maßnahme, die den Beitritt Roms und Dublins zum Währungsverbund erleichtern sollte, läuft Ende 1983 aus.

VOLKSREPUBLIK CHINA

# Bei Gesprächen von Warnke geht es auch um Kapitalhilfe

HEINZ HECK, Bonn

Mit einer Morgengabe trifft Jürgen Warnke (CSU) als erster deutscher Entwicklungsminister zu einem Besuch der Volksrepublik China heute in Peking ein: Die Bundesregierung will die Zusagen im Rahmen der technischen Hilfe 1984 auf 25 (1983: 15) Millionen Mark steigern. Damit zählt das bevölkerungsreichste Land der Erde, das erst im Dezember 1979 offiziell in den Kreis der Entwicklungsländer aufgenommen wurde, schon zu den Hauptempfängern der technischen Hilfe.

Dagegen hält sich Bonn bei der Kapitalhilfe vorläufig noch zurück, auch wenn Warnke bei seinen Gesprächen in der chinesischen Hauptstadt hierauf deutlicher angesprochen werden dürfte als noch Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff Anfang Oktober. Nur wenn die Rahmenplanung für 1985 eine deutliche Steigerung erfahren sollte, wären auch bei der Kapitalhilfe erste Zusagen denkbar. Andernfalls müßten die Zusagen für China voll zu Lasten anderer Länder gehen. Daran ist auch der Führung in Peking nach eigener Aussage nicht gelegen.

Warnke steht hier – wie schon seine Vorgänger – vor einer Schwierigkeit: Kapitalhilfe für China ist auf Dauer nur denkbar, wenn sie sich in Höhe der deutschen Indien-Hilfe bewegt, die seit einiger Zeit in der Größenordnung von jährlich 360 Millionen Mark liegt. Dieser Betrag müßte für China nicht gleich im ersten Jahr erreicht, jedoch müßte zumindest die Tendenz deutlich werden, daß dieses Niveau in absehbarer Zeit erreicht wird.

Mit Blick auf die Konkurrenzlage – Japan gewährt bereits Kapitalhilfe von über 300 Millionen Mark jährlich – wird in Bonn auch daran gedacht, China Angebote im Rahmen der Mischfinanzierung zu machen. Dabei könnten Kapitalhilfe und kommerzielle Kredite etwa im Verhältnis 50 zu 50 gemischt werden. China ist auch an „weichen" Krediten der Weltbanktochter IDA interessiert.

## WIRTSCHAFTS JOURNAL

### Aktienumlauf: Mehr als 100 Milliarden Mark

Düsseldorf (Py.) – Der Aktienumlauf deutscher Unternehmen hat zur Jahresmitte von 100 Milliarden Mark (Kurswert 212 Milliarden) überschritten und damit innerhalb von 15 Jahren verdoppelt. Etwa die Hälfte des Aktienkapitals entfällt auf börsennotierte Aktien. Nach Feststellungen des Bundesverbandes Deutscher Banken ist der Aktienmarkt gegenüber dem Umlauf festverzinslicher Wertpapiere im Nominalwert von 750 Milliarden Mark noch sehr begrenzt. Hier bestehe nach wie vor ein erheblicher Nachholbedarf. Bei der Verwaltung von Wertpapier-Kundendepots haben die privaten Banken 1982 ihre führende Stellung ausgebaut. Gemessen an den Depotbeständen verwalten sie rund zwei Drittel sämtlicher festverzinslicher Wertpapiere, Investmentzertifikate und Aktien. Die privaten Banken unterhalten mit rund 3,5 Millionen Depots 44 Prozent des Gesamtbestands.

### Bayern-Kassenobligationen

München (sz.) – Erstmals seit 15 Jahren wird der Freistaat Bayern in den nächsten Tagen am Kapitalmarkt wieder Kassenobligationen anbieten. Der Gesamtbetrag wurde bisher noch nicht festgelegt. Die erste Tranche mit 7,5prozentiger Verzinsung wird zum Kurs von 99,7 Prozent angeboten und zum 15. Oktober 1986 fällig (Rendite: 7,62 Prozent). Die zweite Tranche zum Kurs von 99,5 Prozent ist mit einem Kupon von 7,75 Prozent ausgestattet und wird am 15. Oktober 1987 fällig (Rendite: 7,9 Prozent). Die Nennbeträge der Schatzanweisungen, die in den geregelten Freiverkehr an der Bayerischen Börse eingeführt werden, lauten auf 5000 Mark oder ein Mehrfaches davon.

### Inflation beschleunigt

Washington (rtr) – In den USA hat sich die Inflation wieder etwas beschleunigt. Wie das Arbeitsministerium mitteilte, stiegen die Verbraucherpreise im September saisonbereinigt um 0,5 Prozent. Im Juli und August waren Erhöhungen von jeweils 0,4 Prozent vorausgegangen. Die Verbraucherpreise lagen im September um 2,9 Prozent über ihrem Stand vor einem Jahr. Für die ersten neun Monate dieses Jahres ergibt sich den Angaben zufolge ein Anstieg des Verbraucherpreis-Index mit einer saisonbereinigten Jahresrate von 3,7 Prozent. Auf Jahresbasis umgerechnet würde der 0,5prozentige Anstieg im September dem Ministerium zufolge eine Erhöhung um 5,7 Prozent bedeuten.

### Schlechte Zahlungsmoral

Frankfurt (rtr) – Die Zahlungsmoral der deutschen Wirtschaft hat sich im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal nach Angaben der Wirtschaftsauskunftei Schimmelpfeng um nur 0,4 Prozentpunkte auf 63,1 Prozent verbessert. Dies sei allerdings im Vergleich zum Anteil der pünktlichen Zahler im entsprechenden Vorjahresquartal ein Plus von 2,4 Prozentpunkten. Trotz eines mittlerweile erkennbaren konjunkturellen Aufschwungs rechnet Schimmelpfeng für 1983 wiederum mit einem „Konkursgipfel".

### Rechtsschutzprämien stabil

Düsseldorf (Py.) – In der Rechtsschutzversicherung wird es 1983 keine Prämienerhöhung mehr geben, auch wenn Prämienangleichung vereinbart worden ist. Im Verkehrs-, Fahrer- und Fahrzeugrechtsschutz haben die beauftragten Treuhänder nur eine Steigerung des Schadenbedarfs für 1982 von unter fünf Prozent errechnet. Erst oberhalb dieses Satzes würde eine Erhöhung greifen. In den übrigen Sparten wurde zwar ein erhöhter Schadenbedarf von 17,5 Prozent ermittelt, da die bisher gültigen Prämien jedoch bereits die Obergrenze der Anpassung darstellen, werden auch hier die Prämien 1983 stabil bleiben.

### Fernmelde-Weltausstellung

Genf (i. z.) – Unter dem Motto „Fernmeldeverbindungen für alle" findet vom 26. Oktober bis 1. November in Genf die vierte Weltausstellung der Fernmelde- und Nachrichtentechnik Telecom 83 statt.

### Geldbuße bestätigt

Brüssel (Ha.) – In allen Punkten abgewiesen hat der Europäische Gerichtshof (EGH) eine Klage von AEG-Telefunken gegen das von der Brüsseler Kommission verhängte Verbot des selektiven Vertriebssystems des deutschen Unternehmens. AEG-Telefunken muß jetzt zusätzlich zu einer Geldbuße von 2,45 Millionen Mark auch Verzugszinsen für die Strafe zahlen. Die Kommission hatte das Vertriebssystem als Verstoß gegen die europäischen Kartellbestimmungen gewertet.

ÖSTERREICH / Ostexporte sind gestiegen

# Kredite brachten Zuwachs

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Mit Preiskonzessionen und großzügigen Krediten ist es Österreich gelungen, im ersten Halbjahr 1983 weiterhin Exporterfolge im Ostblock zu erkaufen. Während die OECD-Länder nach 42 Milliarden Dollar 1980 um 40 Milliarden Dollar 1981 im vergangenen Jahr nur mehr Waren im Wert von 36 Milliarden Dollar in den Osten verkaufen konnten und sich die Talfahrt der Ostexporte auch im ersten Quartal 1983 fortgesetzt hat, schafften die österreichischen Exporteure vom Januar bis Juni 1983 eine Zuwachsrate von nominell sechs und real acht Prozent.

Mit diesen Erfolgen verbunden waren gleichzeitig Marktanteilsgewinne – dies besonders in der „DDR“ (plus 55 Prozent) und in Bulgarien (plus 30 Prozent). In der UdSSR ist der österreichische Marktanteil zwar ebenfalls um neun Prozent gestiegen, jedoch haben westeuropäische Konkurrenten wie etwa die Bundesrepublik Deutschland (plus 37 Prozent) um einiges besser abgeschnitten. Positionsverluste mußten die Österreicher in Rumänien und Ungarn hinnehmen.

Der Ostexport Österreichs entfällt vor allem auf Stahl (¼ der Exporte) sowie Nahrungsmittel (die allerdings stark subventioniert und größtenteils auch finanziert werden müssen). Neben Getreide (Weizen, Mais) betrifft dies vor allem Zucker und Kaffee. Die Exporte konsumnaher Fertigwaren in den Ostblock stiegen im 2. Quartal um 38 Prozent, was vor allem auf Schuhlieferungen in die UdSSR zurückgeht.

Die österreichischen Importe aus den Ostblock-Staaten sind im ersten Halbjahr vor allem infolge reduzierter Brennstoffbezüge um elf Prozent zurückgegangen (UdSSR: minus 21 Prozent). Das Osthandelsdefizit ging damit um drei auf 1,9 Milliarden Schilling zurück. Soweit vorhanden, mußten die österreichischen Exporterfolge 1982 mit Preisnachlässen um durchschnittlich zwei Prozent erkauft werden.

Trotz des erhöhten Risikos war aber auch eine weiterhin großzügige Kreditpolitik gegenüber den Ostblockstaaten von 1982 notwendig, um Marktanteile auf den für Österreich traditionellen, aber schrumpfenden Ostmärkten zu halten oder zu gewinnen. Bis Ende 1982 hat sich die Gesamtverschuldung des Ostblocks in Österreich binnen Jahresfrist von 104 auf netto 115 Milliarden Schilling (brutto: 135 Milliarden Schilling) erhöht. Die Lieferantenkredite österreichischer Exporteure erhöhten sich dabei von 25 auf 28 Milliarden Schilling. Bei den Banken in Wien standen die Comecon-Länder mit brutto 107,2 nach 99,6 Milliarden Schilling 1981 (bei Guthaben von 21,5 Milliarden) in der Kreide.

Die höchsten Schulden in der Alpenrepublik hatten 1982 Polen mit netto 31,4 Milliarden Schilling, gefolgt von der „DDR“ mit 17,6 Milliarden und Ungarn. Binnen Jahresfrist ist das Obligo der UdSSR, Polens und der „DDR“ um je etwa 1,5 Milliarden Schilling, Bulgariens um eine Milliarde, Ungarns und der CSSR um 0,5 Milliarden Schilling gestiegen.

Jugoslawien, das nicht zum RGW zählt, war Ende 1982 in Wien netto mit 7,3 Milliarden Schilling (brutto: 10,4 Milliarden) verschuldet, Ende 1981 mit 5,8 (10,6) Milliarden Schilling. Die VR China hatte ebenso wie Albanien kaum Schulden, verfügt aber über Nettoguthaben in Höhe von 2,6 Milliarden Schilling.



GROSSBRITANNIEN / Klage gegen Maßnahmen der Postgewerkschaft abgewiesen

# Rückschlag für Privatisierungspläne

WILHELM FURLER, London

In britischen Regierungskreisen wird jetzt indirekt zugegeben, daß das weitere Privatisierungsprogramm und die Öffnung des britischen Telekommunikations-Monopols zu freiem Wettbewerb wenn nicht unmittelbar in Gefahr so doch erheblich in Verzug geraten könnte, nachdem die Regierung in London die erste Niederlage mit ihrer Verschärfung des Gewerkschaftsrechts hinnehmen mußte. Überraschend hat nämlich ein Richter am Londoner High Court den Antrag des privaten Telefon-Unternehmens Mercury auf eine gerichtliche Verfügung gegen Arbeitskampfmaßnahmen der Gewerkschaft der Post-Techniker zurückgewiesen.

Wie berichtet, hat die junge Telekommunikationsfirma Mercury Communications, eine Tochterfirma der drei britischen Unternehmen BP, Cable und Wireless sowie Barclays Merchant Bank, die Gewerkschaft der Post-Techniker der Anstiftung und Ausführung von „Guerrilla-Aktionen“ beschuldigt. Hintergrund dieser Auseinandersetzung: Mercury wird mit einem eigenen Telefonnetz, das in Fiberglas-Strängen entlang den Hauptbahnlinien zwischen London und den Provinz-Metropolen verlegt wird, gegen die bislang noch staatliche Monopolgesellschaft British Telecom in Wettbewerb treten.

Für dieses Vorhaben hat Mercury von der Regierung Thatcher grünes Licht erhalten, da mit der für Herbst nächsten Jahres angepeilten Privatisierung von British Telecom (verkauft werden 51 Prozent des Telecom-Kapitals) gleichzeitig auch der britische Telekommunikationsmarkt dem Wettbewerb geöffnet werden soll. Doch das paßt den Gewerkschaften nicht.

So hat die Gewerkschaft der Postarbeiter, die durch die neue Konkurrenz den Verlust von Arbeitsplätzen befürchtet und die sich ohnehin mit inzwischen erheblich verschärften Kampfmaßnahmen gegen die Privatisierung von British Telecom stemmt, auch zu indirekten Aktionen gegen Mercury aufgerufen. Seither weigern sich Telefon-Techniker von Telecom, die praktisch ausnahmslos der Posttechniker-Gewerkschaft angehören, die ersten Teile des künftigen Mercury-Netzes mit dem bestehenden British-Telecom-Netz zu verbinden. Ohne diese Anbindung an das nationale Telefonnetz kann Mercury aber nicht existieren. Im übrigen boykottieren die Telecom-Techniker die Wartung und Erneuerung der Telefon-Anlagen bei den drei Muttergesellschaften von Mercury.

Der Richter rechtfertigt seine höchst umstrittene Entscheidung gegen den Antrag von Mercury mit dem Argument, die Gewerkschaft versuche mit ihrer Aktion lediglich die gefährdeten Arbeitsplätze ihrer Mitglieder zu schützen. Deshalb sei sie gegen rechtliche Gegenmaßnahmen immun, ihr Verhalten sei absolut legal. Diese „politische“ Entscheidung steht in krassem Widerspruch zum Grundsatz des neuen, verschärften Gewerkschaftsrechts, wonach die Gewerkschaftsimmunität unter anderem dann aufgehoben wird, wenn sich Aktionen gegen Dritte richten, also gegen andere als den Arbeitgeber. Die Postarbeiter-Gewerkschaft hat den Richterspruch als großen Sieg gefeiert, und in Großbritannien wird jetzt fest damit gerechnet, daß die Aktionen gegen Mercury sowie gegen British Telecom erheblich ausgeweitet werden.

VEREINIGTE STAATEN / Schiffahrtsgesetz

# Jahrelanges Gerangel beendet

H.-A. SIEBERT, Washington

Das jahrelange Gerangel um die Reform der US-Schiffahrtsgesetzgebung, auf die auch die deutschen Reeder warten, ist nahezu abgeschlossen, nachdem das Repräsentantenhaus die Vorlage des New Yorker Abgeordneten Biaggi verabschiedet hat. Die Entscheidung des Senats über die Gorton-Bill war schon im März gefallen. Der Zeitpunkt der Unterzeichnung hängt jetzt vom Vermittlungsausschuß ab. Da die Kongreßferien am 18. November beginnen und die Endfassung noch einmal ins Plenum beider Häuser muß, ist aber damit erst im Januar zu rechnen.

Dennoch scheint alles gelaufen. Nach Auffassung europäischer Reeder kann die Schiffahrt mit beiden Gesetzen leben. Sie würde zwar das Senatspapier vorziehen, weil es weniger restriktiv ausgefallen ist. Man hofft jedoch auf eine Annäherung im Ausschuß. Durchgesetzt hat sich der Grundsatz der Ausklammerung aus dem amerikanischen Antitrustrecht, was die Teilnahme amerikanischer Reeder an Linienkonferenzen erlaubt. Sie wird von den Europäern als besonders wichtig angesehen; zugelassen werden dadurch Haus-zu-Haus-Tarife, die eine bessere Position gegenüber Außenseitern versprechen.

Als störend wird in der Fassung des Repräsentantenhauses die Vorschrift empfunden, daß Vereinbarungen aus öffentlichem Interesse ohne Anhörverfahren „überprüft“ werden können. Außerdem dürfen Linienreeder Konferenzabsprachen innerhalb von 48 Stunden aufkündigen. Aus europäischer Sicht wären 30 Tage besser; möglich ist ein Kompromiß von zehn bis 15 Tagen. Auf dem Kapitol verspricht man sich von der Reform eine Abbremsung des Trends zum Ausflaggen, weniger Subventionen und eine Verbesserung der Situation in der Nordatlantik-Schiffahrt.

SCHLESWIG-HOLSTEIN / Etat eingebracht

# Geringere Neuverschuldung

HEINZ HECK, Bonn

„Wir müssen die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte voranbringen und gleichzeitig der Wirtschaft den notwendigen Wachstumsspielraum schaffen“, erklärte der schleswig-holsteinische Finanzminister Roger Asmussen (CDU) zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 1984 im Kieler Landtag. Mit einem Gesamtvolumen von 10,4 Milliarden Mark und einer Steigerungsrate der Nettoausgaben von nur 1,4 (Bundeshaushalt: 1,8) Prozent werde der Entwurf diesen Anforderungen „in vollem Umfang gerecht“. Die Neuverschuldung (Nettokreditaufnahme) liege mit knapp 1,1 Milliarden Mark erheblich unter der dieses Jahres und solle bis 1987 auf 420 Millionen Mark zurückgefahren werden.

Der Konsolidierung der Landesfinanzen sollten aber andere wichtige landespolitische Aufgaben keineswegs untergeordnet werden oder ihr gar zum Opfer fallen. Im Gegenteil gewinne man damit erst den notwendigen finanziellen Handlungsspielraum für die Bewältigung vorrangiger Aufgaben. Asmussen nannte beispielhaft die Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen, die Verbesserung der Zukunftschancen der Jugend sowie die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen. So seien die Haushaltsansätze für die Gemeinschaftsaufgaben, die Wirtschaftsförderungsprogramme des Landes, die Werfthilfe und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, für überbetriebliche Ausbildung und für den Natur- und Umweltschutz „beachtlich verstärkt worden“.

Die bessere Dotierung habe andererseits „Eingriffe in den Personalbestand und die Leistungsgesetze des Landes erforderlich gemacht“. Das staatliche Bauvolumen in Schleswig-Holstein werde trotz der zeitlichen Streckung einiger Projekte „auch in Zukunft ansteigen“. Asmussen kündigte eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zu den Gemeinden an.

In der Überprüfung von Subventionen sieht er eine „Daueraufgabe der Finanzpolitik“. Er rechnet mit hartem Widerstand gegen den Sparkurs der Regierung. Dennoch dürfe auf fällige Entscheidungen nicht verzichtet werden.

# Kritische Lage bei Telefunken

dos, Hannover

Die mehrheitlich zur französischen Thomson-Brandt-Gruppe gehörende Telefunken Fernseh und Rundfunk GmbH, Hannover, will rund 500 der insgesamt noch 3350 Mitarbeiter in den Werken Celle, Hannover und Braunschweig im kommenden Jahr entlassen. Entsprechende Verhandlungen führt die Verwaltung derzeit mit dem Wirtschaftsausschuß.

Noch vor wenigen Tagen hatte Telefunken-Vorstandschef Josef Stoffels die Entwicklung des Unternehmens sehr viel günstiger beurteilt. Lediglich im Fernsehgerätewerk in Celle, so Stoffels damals, müsse wegen rückläufiger Lieferungen nach Frankreich mit Kurzarbeit gerechnet werden.

Tatsächlich aber wird bereits seit Anfang Oktober in allen drei Werken kurzgearbeitet. Der Höhepunkt der Kurzarbeit wird in der Vorweihnachtszeit erreicht. Dann werden über 1800 Beschäftigte betroffen sein, davon rund 1000 allein in Celle.

Ein Telefunken-Sprecher weist darauf hin, daß die Entlassungsgespräche noch nicht abgeschlossen seien.

HAPAG LLOYD FLUG / Kosten drastisch reduziert

# Wieder Höhe gewonnen

gb. Hannover

Das Touristikjahr 1983, von dem allgemein nicht viel erwartet worden war, ist zumindest der Hapag Lloyd Flug GmbH nicht schlecht bekommen. Das Unternehmen hat realistische Hoffnung, das Geschäftsjahr mit einem ausgeglichenen Betriebsergebnis abschließen zu können. Als Unternehmensgewinn wird man sogar einen zweistelligen Millionenbetrag vorweisen können, der aus Buchgewinnen stammt, die durch den Verkauf von drei Flugzeugen realisiert wurden. Noch im Jahr zuvor mußte ein negatives Unternehmensergebnis von fast 50 Mill. DM verkraftet werden, bei einem Betriebsverlust in Höhe von 19,8 Mill. DM, was bei einem Gesellschaftskapital von 60 Mill. DM recht bedrohlich war.

Obwohl der Umsatz in diesem Jahr mit 432 Mill. DM um gut 20 Mill. DM höher als erwartet sein wird, läßt Claus Wülfers, der seit einem Jahr die Geschicke der Fluggesellschaft leitet, keinen Zweifel daran, daß die verbesserte Lage des Unternehmens nicht so sehr durch die höheren Erträge, sondern in erster Linie durch eine drastische Reduzierung der Kosten bewirkt wurde. Wülfers: „Das Problem von Hapag Lloyd bestand darin, daß bei ganz ordentlichem Umsatz die Kostenstruktur nicht stimmte.“

Zur Änderung dieser Situation wurde der Betrieb gestrafft und der Personalbestand um 25 Prozent auf 750 Mitarbeiter verringert, ohne daß Sozialpläne nötig geworden wären. Auch die überdimensionierte Flotte wurde den Bedürfnissen des Marktes angepaßt. Als Flottenziel nannte Wülfers für den Sommer 1984 einen Bestand von fünf Airbussen mit je 315 Sitzplätzen, vier Boeing 737/100 und zwei Boeing 727/100 mit je 130 Plätzen. Das sei die Kapazität, für die auch eine angemessene Beschäftigung in der schwächeren Wintersaison gesichert sei. Zum Verkauf stehen noch zwei 737/200 und zwei 727/200, wobei für die 727 die Einschränkung gilt, daß sie nur an einen Erwerber gehen sollen, der sie in der Sommersaison Hapag Lloyd zur Nutzung überläßt.

Die Vermarktung der Hapag-Lloyd-Flotte soll wie bisher über Reiseveranstalter erfolgen, mit denen man gut zusammengearbeitet habe. Lediglich Restkapazitäten sollen zur besseren Nutzung der Maschinen auf dem Wege der Einzelbuchung angeboten werden. Reine Frachtflüge, auf die von früheren Geschäftsleitungen große Hoffnungen gesetzt worden waren, wurden im Laufe des Jahres mangels Rentabilität endgültig eingestellt.

# NAMEN

**Dr. Heinrich J. Klein**, Vorstandsmitglied des Vereins der Glasindustrie und Vorstandssprecher der Schott Glaswerke, Mainz, wird heute 60 Jahre.

**Dr. Gerhard Frels**, früherer Vorstandsvorsitzender der Gothaer Lebensversicherung AG, vollendet heute das 85. Lebensjahr.

**Klaus Günter** (35) wurde zum Vorsitzenden und **Dr. Rainer Follmann** (35) zum zweiten Vorsitzenden des Bundesverbandes Junger Unternehmer gewählt.

**Heinz Fischer** (35), Leiter des Finanz- und Rechnungswesens der Hewlett-Packard GmbH, Böblingen, ist zum Arbeitsdirektor und Geschäftsführer des Unternehmens bestellt worden.

**Hans-Georg Appenzeller** löste am 20. Oktober **Dr. Hugo Rhein** als Präsident der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Oberrhein, Karlsruhe, ab.

Assessor **Otfried Bronisch**, ehemaliges Vorstandsmitglied der Nürnberger Allgemeine Versicherungs AG, Nürnberg, wurde am 25. Oktober 75 Jahre.

**Joachim Koenitzer** (54), bisher Leiter der Werksgruppe Beeckerwerth der Thyssen AG, übernimmt zum 1. Januar 1984 den (bisher nicht besetzten) Vorstandsvorsitz der Hoesch Hüttenwerke AG, Dortmund.

GEDELFI / Umsatzplus von 15 Prozent

# „Weiße“ auf dem Vormarsch

HANS BAUMANN, Essen

Die Gedelfi Großeinkauf GmbH + Co. KG, Köln, erzielte im Geschäftsjahr 1982 ihren größten Erfolg in der Entwicklung ihrer Eigenmarken. Die Gedelfi-Handelsmarken brachten ein Umsatzplus von 86,6 Prozent auf 327,9 Mill. DM. Entscheidend dazu beigetragen haben die weißen Marken „Gedelfi gut und billig“. Sie wurden Ende des Berichtsjahres von 21 Gesellschaftern geführt.

Im Jahresbericht der Gedelfi wird besonders hervorgehoben, daß die traditionellen Handelsmarken ihre Umsätze „festgehalten“ haben, womit offenbar angesichts der Forcierung der „Weißen“ kaum gerechnet worden war. So wird auch bemerkt, daß es besonderer Anstrengungen bedurfte, „die konzeptionelle Eigenständigkeit der traditionellen Handelsmarke gegenüber den Weißen deutlicher abzugrenzen“.

Das Eigengeschäft der Gedelfi erhöhte sich 1982 um 19,7 Prozent auf 1,765 Mrd. DM; davon entfielen auf Markenartikel 908 Mill. DM, auf Importe und Tagesgeschäfte 518 und auf die Eigenmarken 339 Mill. DM.

Interessant ist die Struktur des Markenartikelgeschäfts. Körperpflege legte mit 215 Mill. DM 17 Prozent zu, Kaffee, Tee, Kakao plus 11 Prozent auf 116 Mill., Süßwaren plus 19 Prozent auf 110 Mill. DM. Die Renner waren alkoholfreie Getränke mit 25 Mill. (plus 118 Prozent), Papierwaren 28 Mill. (plus 114 Prozent), Fertiggerichte/Suppen 14 Mill. (plus 69 Prozent), Konserven 12 Mill. (plus 62 Prozent) und Gebäck 3 Mill. (plus 62 Prozent). Zum erstenmal wurden zwei Gedelfi-Warenbörsen angeboten, die ein Einkaufsvolumen von 350 Mill. DM brachten.

Aus dem Import und Tagesgeschäft wird berichtet, daß Konserven (Obst und Gemüse) starke Einbußen hinnehmen mußten. Im Non-food-Bereich nahm der Handel Keramik und Lederwaren als Neuheiten gut an. Mit Importen aus Fernost und Griechenland konnte das Textilgeschäft ausgebaut werden.

Das Vertragsgeschäft erhöhte sich um 14,1 Prozent auf 4,958 Mrd. DM. Begründung: Eine Gesellschaftergruppe kehrte mit ihrer vollen Umsatzkapazität zu Gedelfi zurück, neue Verträge wurden abgeschlossen, vor allem im Drogeriebereich, Fortsetzung der Konzentration der Gesellschafter-Umsätze auf die Vertragslieferanten.

Die ganze Gruppe unter dem Dach der GmbH + Co. KG konnte den Umsatz um 15,5 Prozent auf 6,7 Mrd. DM erhöhen (Planziel lautete plus 12,9 Prozent). Heute hat das Unternehmen 49 Kommanditisten, die über 6000 Einzelhandelsgeschäfte betreiben und 1982 rund 18 Mrd. DM umsetzten.

GREY / Mit hohem Zuwachs den Einbruch des Vorjahres verschmerzt

# Härterer Wettbewerb im Werbemarkt

HARALD POSNY, Düsseldorf

„Wie es uns die Markenartikel-Hersteller vorgemacht haben, werden wir uns im Agenturgeschäft in den kommenden Jahren auf den klassischen Verdrängungswettbewerb einzustellen haben.“ Schon in den Jahren 1983/84 gilt für den Hauptgeschäftsführer der Werbeagentur Grey Düsseldorf, Bernd M. Michael, „der Kampf Marken gegen Namen“ als Thema Nr. 1. Dies werde nicht zuletzt Auswirkungen auf den Umsatz der Werbebranche haben. „No names“ hätten in einigen Bereichen ohne starke Marken „beunruhigende Marktanteile“ errungen, aber erst in etwa zwei Jahren werde man über eine verläßliche Meßlatte hinsichtlich deren dauerhafter Akzeptanz beim Verbraucher verfügen.

Um dem „Verlust an Gestalt in Zeiten der Unterwanderung der Marke beim Verbraucher“ entgegenzuwirken, hat die Agentur nach dem Herausfiltern der besonders zum Erfolg beitragenden werblichen Faktoren ein Arbeitssystem (Brand Characters) für besonders effektive Werbung entwickelt. Eigenständige Charaktermerkmale einer Marke sollen in das gesamte kommunikative Auftreten integriert werden. Michael: „Die Umsetzung dieser Charaktermerkmale in Schlüsselsignale, die sich in Wort und Bild, in Form und Farbe, in Tonart und Gestalt zu einem typischen Charakterbild verdichten, signalisiert der Marke durch äußere Kennzeichen innere Werte. So wird die Begegnung mit einer Marke zur Begegnung mit einer Person.“

Die Agentur, die nach der Übernahme einer „qualifizierten“, aber nicht näher bezifferten Mehrheit durch Grey, New York, seit Anfang Oktober, wie die übrigen europäischen Schwestergesellschaften auch, schlicht als „Grey Düsseldorf“ (bisher Gramm & Grey) firmiert und das Geschäftsjahr von Ende Februar auf Ende September umgestellt hat, liegt mit ihren Umsatzerwartungen in diesem Jahr nach den Worten Michaels „durchaus im Plan“, im Klartext etwas über Vorjahr. Dazu haben neue Kunden und Etats ebenso beigetragen wie die aus Gründen des Wettbewerbs mit konkurrierenden Markenartikeln 1982 gegründete Tochtergesellschaft Grey Advertising Marketing, Merchandising, die 1982/83 bereits mit neun Kunden 15 Mill. DM an Gross Billings (kapitalisierten Erlösen) herbeischaffte.

Mit Gross Billings von 232 Mill. DM oder knapp 35 Mill. DM Gross Income (Erlösen) hat Grey 1982/83 mit einem Zuwachs von jeweils 5,1 Prozent nicht nur den Einbruch des vorjahres verschmerzt, sondern auch über dem Branchenwachstum von etwa 3 Prozent gelegen. In den „Top Ten“ der Agenturen rangiert Grey hinter Lintas, McCann, Team und Thompson auf Platz 5. Als markenartikelorientierte Agentur (230 Mitarbeiter) entstammen 70 bis 80 Prozent der Umsätze aus der Konsumgüterindustrie.

Grey Advertising Inc., New York, die Muttergesellschaft, ist mit 360[illegible] Mitarbeitern in 27 Ländern, mehr als 9000 Kunden und über 1,3 Mrd. Dollar Billings die Nr. 9 unter den größten Werbeagenturen der Welt.

# UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

## MAN-Roland unter Vorjahr

**Frankfurt** (dpa/VWD) – Der Umsatz der MAN-Roland Druckmaschinen AG, Offenbach, lag 1982/83 (30. Juni) bei einem Exportanteil von 74 Prozent mit 753 Mill. DM leicht unter dem des Vorjahres (755 Mill. DM). Der Gesamtumsatz einschließlich der US-Tochter ging um 2 Prozent auf 857 (877) Mill. DM zurück. Wie weiter mitgeteilt wurde, liegt das 1982/83 erwirtschaftete Bilanz-Ergebnis ebenfalls unter dem Vorjahresniveau – der Gewinn wird im Rahmen des Beherrschungsvertrags an die MAN-Mutter abgeführt bzw. an die wenigen freien Aktionäre ausgeschüttet. Diese erhalten eine Garantiedividende von 16 DM pro 50-DM-Aktie.

## MBB will diversifizieren

**München** (rtr) – Der größte deutsche Luft- und Raumfahrtkonzern, die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH (MBB), will unter einem neuen Generalbevöllmächtigten auch in Bereichen außerhalb der Luft- und Raumfahrt sowie der Wehrtechnik Fuß fassen. Das Unternehmen kündigte daher gestern den Aufbau eines Geschäftsbereichs „Diversifikation" an. Aufbau und Leitung des neuen Bereichs wurden dem mit Wirkung vom 1. Oktober zum Generalbevollmächtigten ernannten Gerhard Widl übertragen.

## Rheinboden besser

**Düsseldorf** (Py.) – Der Anstieg des Zinsüberschusses um 10,7 auf 33,2 Mill. DM in den ersten 3 Quartalen läßt die Rheinisch-Westfälische Boden-Credit-Bank AG, Köln, für 1983 ein gegenüber dem Vorjahr verbessertes Ergebnis erwarten. 1982 war aus einem Jahresüberschuß von 10,6 Mill. DM eine Dividende von 6 DM je 50-DM-Aktie ausgeschüttet worden. In einem Zwischenbericht beziffert Rheinboden die Hypothekenzusagen während der ersten 9 Monate auf 987 (556) Mill. DM. Darunter waren 533 (281) Mill. DM Hypothekendarlehen.

## Erfolg durch Konzentration

**Bremen** (hdt.) – Die Karl Könecke Fleischwarenfabrik GmbH & Co. KG, Bremen, rechnet im laufenden Jahr mit 200 Mill. DM Gesamtumsatz und wird damit das frühere Umsatzvolumen wieder erreichen, obwohl in der Zwischenzeit eine eigene Fachgeschäft-Kette veräußert wurde. Ausgezahlt hat sich auch die Konzentration auf umsatzstarke Wurstsorten sowie die vorrangige Ausrichtung der Vertriebspolitik auf leistungsstarke Partner im Handel.

## Hohe Verluste

**Düsseldorf** (Py.) – Die technischen Versicherungssparten der deutschen Assekuranz haben für 1982 einen Verlust von fast 160 Mill. DM zu erwarten. Die Prämieneinnahmen stiegen nur geringfügig auf etwas über 1,3 Mrd. DM an. Gleichzeitig erhöhte sich jedoch die Schadensquote von 78,9 auf 80,9 Prozent der Beiträge.

## Mehr Schiffe verschrottet

**Bremen** (dpa/VWD) – Die Weltweite Verschrottung von Handelsschiffen nimmt weiter zu. Wie das Institut für Seeverkehrswirtschaft in Bremen mitteilt, wurden von Januar bis Ende August 1983 insgesamt 925 (674) Handelsschiffe mit über 14,9 (11,8) Mill. Bruttoregistertonnen (BRT) abgewrackt. Im Gesamtjahr 1982 wurden 1082 Frachter mit über 17,6 Mill. BRT verschrottet.

KAUFHOF

# Der Konzern ist zuversichtlich

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Ertragslage habe sich weiter verbessert. Obwohl die seit Jahresanfang „leicht positiven Konjunkturimpulse" der Verbrauchernachfrage neuerdings wieder nachlassen, sei auch der Rest des Jahres „zuversichtlich" zu beurteilen. Mit diesem Tenor präsentiert die Kölner Kaufhof AG als Haupt des zweitgrößten deutschen Warenhauskonzerns, der als einziger der Branche die 1982er Dividende erhöht hatte, seinen Zwischenbericht für die ersten drei Quartale von 1983.

Der Konzernumsatz besserte sich um 1,4 Prozent auf 6 Mrd. DM, darunter in den Warenhäusern der AG um 3,3 Prozent auf 4,05 Mrd. DM (flächenbereinigt plus 3,1 Prozent). Die Tochter Kaufhalle fiel um 2,9 Prozent auf 1,21 Mrd. DM zurück (flächenbereinigt minus 0,8 Prozent). Auch die ITS-Reisetochter blieb bei leichtem Absatzplus mit 372 Mill. DM Umsatz um 3,2 Prozent hinter dem Vorjahresergebnis zurück. Die Beteiligung Großversandhaus Wenz schaffte nur noch 328 Mill. DM Umsatz (minus 0,9 Prozent).

Die Konzern-Belegschaftszahl ging bis Ende September gegenüber der gleichen Vorjahreszeit weiter auf 44 500 (47 400) zurück. Der Personalaufwand wurde um weitere 2,9 Prozent auf 1,19 Mrd. DM gedrosselt. Die positive Ertragsentwicklung erklärt der Vorstand denn auch vor allem mit einer „ertragsorientierten" Umstrukturierung des Konzerns sowie mit den weiterhin „konsequent vorangetriebenen" Maßnahmen zur marktkonformen Straffung der Sortimente.

DAL / Gesellschafter-Banken stärker gefordert

# Mehr Gewicht der Vorsorge

INGE ADHAM, Frankfurt

Weitaus tiefer als zunächst geplant müssen die Gesellschafterbanken in die Tasche greifen, damit die Deutsche Anlagen-Leasing (DAL), Mainz, für 1982 einen ausgeglichenen Jahresabschluß vorlegen konnte. Auf 256 Mill. DM bezifferte der neue DAL-Vorstandsvorsitzende Prof. Hans Wielens den im Laufe der Monate immer höher gewordenen Wertberichtigungsbedarf.

Damit seien allerdings auch schon Risiken aus 1983 im 82er Abschluß berücksichtigt worden. 32 Mill. DM davon erbringt die DAL aus ihrem Betriebsergebnis, 224 Mill. DM stellen die Banken in Form von Garantie-Erklärungen. Davon trägt die WestLB mit 40 Prozent den größten Anteil. Am Stammkapital der DAL von 75 (i. V. 60) Mill. DM ist die WestLB mit 30 Prozent beteiligt, die Landesbank Rheinland-Pfalz hält 26,6 Prozent, Hessische und Bayerische Landesbank je 16,7 Prozent und die Dresdner Bank 10 Prozent.

Auf mindestens drei Jahre veranschlagt der erst seit einem knappen Monat amtierende neue Vorstandsvorsitzende die Zeit, die nötig sei, die mit gut 12 Mrd. DM Vermietvermögen im Inland größte deutsche Leasing-Gesellschaft wieder auf Kurs zu bringen. Zwar betonte Wielens, daß es nicht seine Aufgabe sei, über Fehler der Vergangenheit zu räsonieren, sondern den „Vertrauensvorschuß" der Gesellschafterbanken zu erfüllen. Aber die drastische Schieflage weise doch auf erhebliche Fehler im früheren Management hin.

So entfällt allein die Hälfte des Wertberichtigungsbedarfs auf Auslandsengagements (bei 1,4 Mrd. DM ausländischem Vermietvermögen). Hier hat offenbar ungezügelter Expansionsdrang besonders hohen Wertberichtigungsbedarf ins Haus gebracht. Vor diesem Hintergrund ist einleuchtend, daß gerade in diesem Bereich in Zukunft kritische Maßstäbe angelegt werden sollen.

Aber auch im Inlandsgeschäft – zur Hälfte mit erstklassigen, über jeden Zweifel erhabenen Adressen, wie Wielens betont – soll in Zukunft die Bonität und vor allem die Wiederverwertbarkeit der Objekte strenger als bisher geprüft werden. Die veränderte Marktsituation hatte dazu geführt, daß eine Verwertung der Objekte nach Ablauf der Leasing-Zeit entgegen früheren Annahmen nicht oder nur mit Verlust möglich war und ist.

Grundsätzlich ändern will das neue Management – vom früheren DAL-Vorstand sind noch Jürgen Sievers und Herbert Wiedl im Amt – die Bilanzierungspolitik, die bisher so angelegt gewesen ist, daß eine Risikovorsorge für „Schlechtwetterperioden" praktisch nicht betrieben wurde. Es sei vielmehr Ziel gewesen, Gewinnanteile möglichst frühzeitig zu realisieren. Der Abschied von der hohen Vorab-Gewinnrealisierung wird der DAL, wie Wielens betonte, in den kommenden Jahren zunächst „unschöne" Betriebsergebnisse bringen. Nur so sei jedoch ein Fundament zu bauen, auf dem die DAL später aus eigener Kraft auch schwächere Perioden überstehen könne. Die Diskussionen um die DAL blieben nicht ohne Auswirkungen auf das Neugeschäft, das bis zum 30. September deutlich unter den Plänen blieb.

ROBOTER / Studie der Commerzbank

# Neue Rationalisierungswelle

rtr. Frankfurt

Während der Einsatz der bisher üblichen Industrieroboter kaum sozial- und personalpolitischen „Zündstoff" enthält, wächst die Beschäftigungsproblematik durch das sich klar abzeichnende Vordringen „intelligenter" Roboter am Montageband in eine „neue Dimension". Dies schreibt die Commerzbank in einer Branchenübersicht. Das Tempo des Robotereinsatzes im bisher noch personalintensiven Montagebereich werde weitgehend von den Fortschritten in der Sensortechnik bestimmt.

Die schnelle Entwicklung in diesem Bereich deute aber darauf hin, daß die bisherigen Zeitpläne von Experten und Prognoseinstituten erheblich unterschritten werden. So gebe man bei der Volkswagen AG davon aus, daß Industrieroboter, die in den letzten Jahren Anteile von 14 und 25 Prozent an der mechanisierten Fertigung erreichten, mittelfristig 40 und in der Endphase sogar 60 Prozent dieser Tätigkeiten übernehmen werden. Auch BMW plane, bis zum Jahre 2000 rund 40 Prozent aller im Unternehmen anfallenden Montagearbeiten zu automatisieren.

Das Institut für Produktionstechnik und Automatisierung der Fraunhofer-Gesellschaft halte aufgrund solcher Planungen knapp die Hälfte der 1,2 Millionen Montage-Arbeitsplätze in der Bundesrepublik Deutschland für gefährdet, schreibt die Commerzbank. Das Institut Prognos-Makintosh beziffert nach dem Commerzbank-Bericht die Rationalisierungseffekte der Robotertechnologie im Industriebereich bis 1985 auf 200 000 und bis 1990 auf 500 000 Arbeitsplätze.

Während bei der bisherigen Robotertechnologie pro Gerät etwa zwei bis drei (gesamtwirtschaftlich 1,6 bis 2,4) Arbeitsplätze überflüssig werden, erhöht sich diese Rate bei der „2. Generation" auf vier bis sechs, in Spitzenfällen sogar zehn. Bislang sei der Einsatz von Robotern in der Montage in der Bundesrepublik noch vergleichsweise gering.

Insgesamt könne die Auswirkung auf den Arbeitsmarkt aber nicht genau vorhergesagt werden. Es müsse auch gesehen werden, so die Commerzbank, daß der Robotereinsatz durch die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit insgesamt auch Arbeitsplätze erhalte.

# KONKURSE

**Konkurs eröffnet: Bielefeld:** Bauunternehmen Alfred Drieling GmbH; **Detmold:** Strauß & Co. GmbH, Dörentrup 3; **Köln:** Hans Erich Schmidt, Kaufmann, Frechen handelnd u. H. E. Schmidt, Gebäudereinigungs- und Rohrreinigungsservice b) H. E. Schmidt, Techn. Rohrreinigungsdienst; **Neumünster:** Filiala Verwaltungsges. i. Textileinzelhandel mbH; **Vaihingen (Enz):** Trofix Maschinenbau u. Förderanlagen GmbH; **Wolfratshausen:** Jennerwein Verputz GmbH, Bad Tölz.

**Vergleich beantragt: Gummersbach:** Runderother Tenniscenter u. Immobilienfonds GmbH, Gummersbach-Strombach; Hermann Flohr, Bauträger- u. Grundstücksges. mbH, Strombach; Renta Immobilienvermietungs- u. Verwaltungsges. mbH, Strombach; Hermann Flohr, Kaufmann, Engelskirchen; Elisabeth Flohr, Kauffrau, Engelskirchen.

Wir nehmen in Trauer Abschied von einem aufrichtigen Freund unseres Hauses

**Dr. Karl Gross**

Der Verstorbene gehörte von 1953 bis 1971 dem Aufsichtsrat der ALBINGIA Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft an und war uns auch darüber hinaus stets freundschaftlich verbunden. Seine lautere Persönlichkeit und sein nobler Charakter werden uns Vorbild bleiben. Wir gedenken seiner in Dankbarkeit.

Aufsichtsräte und Vorstände der
**ALBINGIA Versicherungsgruppe**

Hamburg, 26. Oktober 1983, Ballindamm 39.

**DIE WELT**
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

[illegible]

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

# Aktienhausse voll in Fahrt

## Aufträge aus dem Ausland sorgten für zweistellige Gewinne

**DW. – Pensionsfonds aus England und den USA werden für die zur Zeit in den deutschen Börsensälen herrschenden turbulenten Verhältnisse verantwortlich gemacht. Ihre Kaufaufträge führten an der Dienstagbörse in zahlreichen Qualitätsaktien wieder zu zweistelligen Kursgewinnen. Angeregt werden die Ausländer nicht nur durch günstige Aussagen über den Konjunkturverlauf in der Bundesrepublik, sondern mehr noch durch die von einigen Banken veröffentlichten Schätzungen über die Unternehmenserträge im kommenden Jahr.**

Über die Wirkung der Auslandskäufe sagt am meisten die Entwicklung bei Siemens aus, wo der Kurs um 17 DM angehoben wurde. Schering, seit Wochen kaum beachtet, legten 14 DM zu. Allianz, seit Tagen im Visier der Käufer, wurden um weitere 21 DM heraufgesetzt. Die Erwartungen auf ein gutes letztes Quartal ließen auch die Kaufhausaktien in Fahrt kommen. Hier wurden Karstadt um 15 DM angehoben. Von den Banken standen die Aktien der Deutschen Bank mit einem Plus von 6 DM im Vordergrund. Bei den Autowerten, die am Vortag ungewöhnlich haussiert hatten, verlief die Entwicklung diesmal uneinheitlich.

**Düsseldorf:** Hochtief schlossen mit einem Plus von 17 DM auf 460 DM ab, Düwag verbesserten sich um 5 DM auf 180 DM und Leffers konnten sich ebenfalls um 5 DM auf 395 DM verbessern. Hageda fielen um 5 DM auf 112 DM, Stahl Bochum verminderten sich um 5 DM auf 180 DM und Heinrich Lehmann gaben um 11 DM auf 309 DM nach.

**Frankfurt:** Die Aktienbörse war am Dienstag deutlich befestigt. Die meisten Standardwerte konnten sich bis zu 4 DM verbessern. Darüber hinaus konzentrierte sich das Interesse des Auslandes auf Siemens mit 392,30 DM (plus 15,80 DM) und BMW mit 417,30 DM (plus 5,30 DM). Daimler gaben nach zeitweise 704 DM durch Gewinnmitnahmen des Handels auf 692,20 DM (minus 9,80 DM) nach. Von Nebenwerten blieben Bekula-Bezüge 9,25 DM und damit deutlich über Parität bei 34 000 Stück Umsatz.

**Hamburg:** HEW gingen zu 111 DM plus 2 DM und VWK-Vz. zu 171,50 DM plus 1,50 DM aus dem Markt. Phoenix Gummi wurden mit 154 DM bis 155 DM plus 2 DM gehandelt. Deutlich fester bewertet wurden Haller Meurer mit 185 DM plus 14 DM. Beiersdorf verkehrten zu 347 DM plus 5 DM sowie Markt und Kühlhallen zu 294 DM plus 3 DM.

**München:** Agrob St. erhohten sich um 6 DM auf 368 DM, Gehe AG befestigten sich um 1,50 DM auf 248 DM und Leonische Draht zogen um 3 DM auf 338 DM an. Dywidag verminderten sich um 1,70 DM auf 188 DM und Ekatit sanken um 4 DM auf 75,50 DM.

**Berlin:** Schering zogen um 12 DM und Spinne Zehlendorf um 5 DM an. Kempinski konnten sich um 4 DM, Orenstein um 2 DM, Herlitz Vorzüge um 1,50 DM und Berthold um 1 DM erholen. Dt. Hypobank Berlin gaben um 5 DM und Herlitz Stämme um 1 DM nach.

**Nachbörse:** zuversichtlich

## Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

## Inlandszertifikate

## Unregelm. Freiverkehr

## Freiverkehr

## Unnotierte Werte

## Auslandszertifikate (DM)

## Fremde Währungen

## Ausländische DM-Anleihen

# Ausland

## New York

## Amsterdam

## Tokio

## Zürich

## Madrid

## Paris

## Toronto

## Mailand

## London

## Hongkong

## Sydney

## Wien

## Kopenhagen

## Singapur

## Brüssel

| | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| Arbed | 1210 | 1220 |
| Brux. Lambert | 2305 | 2315 |
| Cockerill Ougrée | 171 | 175 |
| Ebes | 2200 | 2200 |
| Gevaert | 2460 | 2475 |
| Kredietbank | 4300 | 4300 |
| Petrofina | 5480 | 5470 |
| Soc. Gén. d. Belg. | 1700 | 1705 |
| Sofina | 4770 | 4810 |
| Solvay | 3240 | 3240 |
| UCB | 3750 | 3750 |
| Index | 124,52 | 124,77 |

## Optionshandel

## Euro-Geldmarktsätze

## Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25. Oktober folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

| Gesetzliche Zahlungsmittel*) | Ankauf | Verkauf |
|---|---|---|
| 20 US-Dollar | 1630,00 | 1744,20 |
| 10 US-Dollar (Indian)**) | 1113,00 | 1319,31 |
| 5 US-Dollar (Liberty) | 450,00 | 604,30 |
| 1 £ Sovereign alt | 237,00 | 292,98 |
| 1 £ Sovereign Elizabeth II | 232,00 | 287,29 |
| 20 belgische Franken | 185,00 | 238,26 |
| 10 Rubel Tscherwonez | 248,00 | 310,08 |
| 2 südafrikanische Rand | 234,00 | 288,42 |
| Krüger Rand, neu | 1050,00 | 1236,90 |
| Maple Leaf | 1050,00 | 1236,90 |
| **Außer Kurs gesetzte Münzen *)** | | |
| 20 Goldmark | 248,00 | 314,64 |
| 20 schweiz. Franken „Vreneli" | 207,00 | 259,97 |
| 20 franz. Franken „Napoléon" | 201,00 | 253,08 |
| 100 österr. Kronen (Neuprägung) | 969,00 | 1168,50 |
| 20 österr. Kronen (Neuprägung) | 194,00 | 243,96 |
| 10 österr. Kronen (Neuprägung) | 101,00 | 132,24 |
| 4 österr. Dukaten (Neuprägung) | 440,00 | 541,50 |
| 1 österr. Dukaten (Neuprägung) | 105,00 | 142,50 |

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7,5 % Mehrwertsteuer

## Devisen und Sorten

## Devisen

Die gestrige Aufwärtsbewegung des US-Dollars setzte sich am 25. 10. nicht fort. Vom New Yorker Markt wurde das knapp ½ Pfennig niedrigere Niveau übernommen und zwischen 2,600 und 2,6035 bei weiterhin kleinen Umsätzen gehandelt. Die amtliche Notiz lag mit 2,6027 um 3 Promille schwächer. Kommerzielle starke Nachfrage ließ den Kurs des Yen um 3,6 Promille auf 1,1210 ansteigen. Nachbörslich wurde er auf 1,1195 zurückgenommen. Die Kursentwicklung der übrigen Währungen verlief uneinheitlich, für den Escudo wurde mit 2,080 ein neuer historischer Tiefstkurs erreicht. US-Dollar in: Amsterdam 2,9920; Brüssel 53,05; Paris 7,9435; Mailand 1583,55; Wien 18,3110; Zürich 2,1134; Ir. Pfund/DM 3,104; Pfund/Dollar 1,4996.

Ostmarkkurs am 25. 10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,50; Verkauf 20,50 DM West.

## Devisenterminmarkt

## Geldmarktsätze

# Automobil oder Umwelt?

## Wenn es Ihr Stil ist, neue Probleme mit neuer Technik statt mit neuen Klagen zu beantworten, sollten Sie sich mit BMW auseinandersetzen.



**Wenn wir uns vornehmen, schneller zu sein, dann bezieht sich das auch auf das Lösen von Problemen.**
Sportlichkeit – das heißt bei BMW zwar Geschwindigkeit.
Aber auch die Geschwindigkeit, mit der man neuen Problemen mit ebenso neuen, innovativen Lösungen entgegentritt.
Auch hier herrscht bei uns jenes Engagement, das uns genauso wie bei unserem Einsatz für den Sport auszeichnet.
Wir haben einmal vor anderen dafür gesorgt, daß der Mensch Freude am Fahren gewann.
Jetzt arbeiten wir auch dafür, daß er sie nicht verliert.

**Während noch versucht wird, dieses oder jene Automobil so sportlich wie einen BMW zu machen, sind wir in der Entwicklung ein großes Stück weiter.**
Das Automobil belastet neben seinen unschätzbaren positiven Auswirkungen unsere Umwelt.
Doch BMW Automobiltechnik zeigt, daß es möglich ist, diesen Konflikt und damit die Probleme von heute und morgen zu lösen.

Das Mittel: Der konsequente Einsatz von umweltfreundlicher Elektronik.
Und diese arbeitet bei BMW praktisch in jedem Automobil.
Fast 90% der Modelle haben die besonders umweltfreundliche elektronische Einspritzanlage.
Und schon 35% werden mit der Digitalen Motor-Elektronik ausgerüstet.
Sie sorgt in BMW Hochleistungs-Triebwerken in jeder Situation für magerstes Kraftstoff-Luft-Gemisch und trägt damit zu günstigsten Abgaswerten bei.
Selbst die Modelle 316 und 518 haben bereits eine umweltfreundliche Gemischaufbereitungs-Anlage – den ersten elektronisch gesteuerten Vergaser.
Auch er garantiert in problematischen Fahrsituationen, z.B. im Stadtverkehr bei noch kaltem Triebwerk, daß so wenig wie möglich Kraftstoff zu so wenig wie möglich Abgas verbrannt wird.

**BMW Elektronik kann noch erheblich mehr: Sie kann menschlichen Fehlleistungen ebenso entgegenwirken wie der Tendenz herkömmlicher Technik, sich zum Schlechten hin zu verändern.**
Falsche Einstellungen am Vergaser, Veränderungen am herkömmlichen Zündsystem im Laufe der Fahrzeit können erheblich mehr Verbrauch – bis zu 50% – und damit auch entsprechend mehr Abgas bedeuten.
Fachleute schätzen, daß im Durchschnitt 10% zuviel verbraucht und damit zuviel Abgas produziert wird.
BMW Elektronik kann dies ein für allemal ausschließen.

**Die Einführung von bleifreiem Benzin ist ein Schritt für die Zukunft.**
**Ganz entscheidende Verbesserungen lassen sich allerdings schon heute realisieren: durch entsprechende technische Intelligenz.**
Und die hat BMW frühzeitiger und konsequenter entwickelt und eingesetzt.
Nicht nur, um BMW Automobile leistungsfähiger, sondern auch, um sie erheblich umweltfreundlicher zu machen.

**Geben Sie mit BMW Hochleistung ein Beispiel für ein neues Verständnis von persönlicher Freiheit.**
Einen exklusiven Automobilhersteller erkennt man heute nicht allein daran, daß er in der Lage ist, besonders leistungsfähige Fahrzeuge zu bauen wie z.B. den neuen BMW M 635 CSi*.
Sondern vor allem auch daran, wieviel Technik zum Vorteil der Umwelt er heute bereithält.

Freiheit ist Verantwortung – weniger des Staates als vielmehr jedes einzelnen.
Und dafür muß jeder mehr Bewußtsein am Steuer seines Automobils entwickeln.
Wir haben alles dafür getan, daß das nirgendwo einfacher ist als in einem BMW.

*) lieferbar ab Frühjahr '84



# Warenpreise – Termine

**Fester schlossen am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer notierte dagegen Kupfer. Während Kaffee durchweg deutlich höher bewertet wurde, kam es bei Kakao zu Abschlägen in allen Sichten.**

## Getreide und Getreideprodukte

| Weizen Chicago (c/bush) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 362,50 | 363,50 |
| März | 377,00 | 378,75 |
| Mai | 376,00 | 378,50 |

| Weizen Winnipeg (can. $/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Wheat Board cif. | | |
| St. Lawrence 1 CW | 240,30 | 237,40 |
| Amber Durum | 249,65 | 254,35 |

| Roggen Winnipeg (can. $/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Okt. | 144,10 | 143,00 |
| Dez. | 146,10 | 144,10 |
| März | 153,10 | 151,00 |

| Hafer Winnipeg (can. $/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Okt. | 131,50 | 132,40 |
| Dez. | 127,10 | 125,00 |
| März | 124,70 | 123,50 |

| Hafer Chicago (c/bush) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 189,00 | 190,75 |
| März | 195,00 | 195,75 |
| Mai | 198,50 | 199,00 |

| Mais Chicago (c/bush) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 341,50 | 340,50 |
| März | 338,50 | 340,50 |
| Mai | 339,50 | 341,75 |

| Gerste Winnipeg (can. $/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Okt. | 135,10 | 132,40 |
| Dez. | 132,40 | 129,30 |
| März | 134,50 | 129 20 |

## Genußmittel

| Kaffee New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 143,50 | 142,60 |
| März | 140,50 | 139,70 |
| Mai | 136,75 | 135,80 |

| Kakao New York ($/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 1927 | 1984 |
| März | 1957 | 2014 |
| Terminkontr. Mai | 1980 | 2039 |
| Umsatz | 3696 | 1940 |

| Zucker New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Kontrakt Nr. 11 Jan. | 9,59 | 10,15 |
| März | 10,08 | 10,66 |
| Mai | 10,57 | 11,07 |
| Juli | 10,90 | 11,39 |
| Sept. | 11,15 | 11,65 |
| Umsatz | 13 090 | 7 589 |

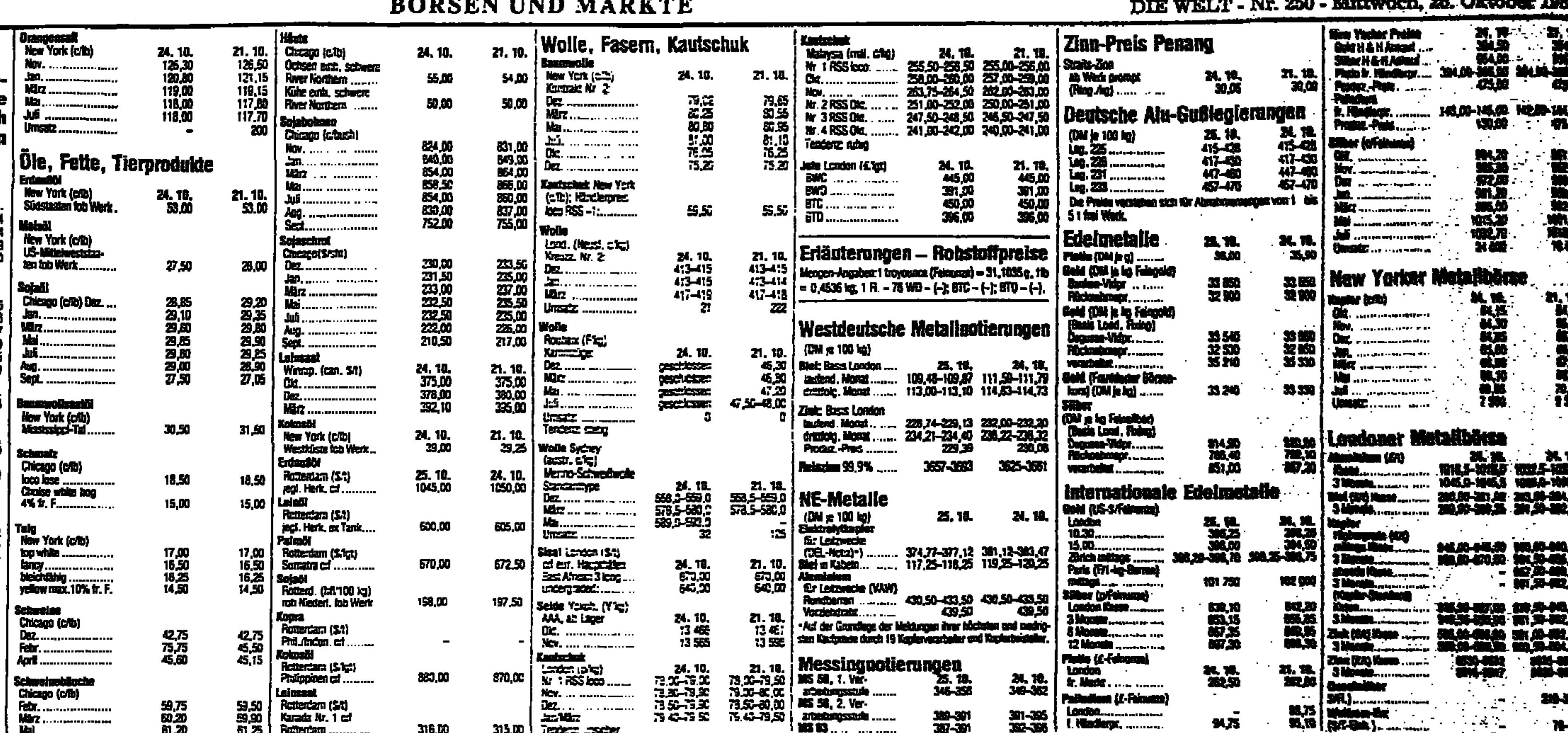
| Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| | 9,72 | 9,68 |

| Kaffee London (£/t) Robusta- | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Kontrakt Nov. | 1931–1933 | 1914–1920 |
| Jan. | 1910–1912 | 1900–1901 |
| März | 1841–1842 | 1823–1829 |
| Umsatz | 3032 | 3821 |

| Kakao London (£/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Terminkontrakt Dez. | 1435–1436 | 1420–1422 |
| März | 1437–1439 | 1425–1426 |
| Mai | 1448–1450 | 1437–1438 |
| Umsatz | 1966 | 2894 |

| Zucker London (£/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Rohzucker Dez. | 165,00–166,25 | 169,25–169,75 |
| März | 169,75 | – |
| Mai | 174,75 | 180,25–180,50 |
| Umsatz | 2260 | 2362 |

| Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| schw. Sarawak spez. | 295,00 | 280,00 |
| weißer Sarawak | 425,00 | 400,00 |
| weißer Muntok | 427,50 | 407,50 |



| Orangensaft New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Nov. | 126,30 | 126,50 |
| Jan. | 120,80 | 121,15 |
| März | 119,00 | 119,15 |
| Mai | 118,00 | 117,80 |
| Juli | 118,00 | 117,70 |
| Umsatz | – | 200 |

## Öle, Fette, Tierprodukte

| Erdnußöl New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Südstaaten fob Werk | 53,00 | 53,00 |

| Maisöl New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| US-Mittelweststaaten fob Werk | 27,50 | 28,00 |

| Sojaöl Chicago (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 28,85 | 29,20 |
| Jan. | 29,10 | 29,35 |
| März | 29,60 | 29,80 |
| Mai | 29,85 | 29,90 |
| Juli | 29,80 | 29,85 |
| Aug. | 29,00 | 28,90 |
| Sept. | 27,50 | 27,05 |

| Baumwollsaatöl New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Mississippi-Tal | 30,50 | 31,50 |

| Schmalz Chicago (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| loco lose | 18,50 | 18,50 |
| Choise white hog 4% fr. F. | 15,00 | 15,00 |

| Talg New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| top white | 17,00 | 17,00 |
| fancy | 16,50 | 16,50 |
| bleichfähig | 16,25 | 16,25 |
| yellow max. 10% fr. F. | 14,50 | 14,50 |

| Schweine Chicago (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 42,75 | 42,75 |
| Febr. | 75,75 | 45,50 |
| April | 45,60 | 45,15 |

| Schweinebäuche Chicago (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Febr. | 59,75 | 59,50 |
| März | 60,20 | 59,90 |
| Mai | 61,20 | 61,25 |

| Häute Chicago (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Ochsen entl. schwere River Northern | 55,00 | 54,00 |
| Kühe entl. schwere River Northern | 50,00 | 50,00 |

| Sojabohnen Chicago (c/bush) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Nov. | 824,00 | 831,00 |
| Jan. | 840,00 | 849,00 |
| März | 854,00 | 864,00 |
| Mai | 858,50 | 866,00 |
| Juli | 854,00 | 860,00 |
| Aug. | 830,00 | 837,00 |
| Sept. | 752,00 | 755,00 |

| Sojaschrot Chicago ($/sht) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 230,00 | 233,50 |
| Jan. | 231,50 | 235,00 |
| März | 233,00 | 237,00 |
| Mai | 232,50 | 235,50 |
| Juli | 232,50 | 235,00 |
| Aug. | 222,00 | 226,00 |
| Sept. | 210,50 | 217,00 |

| Leinsaat Winnip. (can. $/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Okt. | 375,00 | 375,00 |
| Dez. | 378,00 | 380,00 |
| März | 392,10 | 395,00 |

| Kokosöl New York (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Westküste fob Werk | 29,00 | 29,25 |

| Erdnußöl Rotterdam ($/t) | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. cif | 1045,00 | 1050,00 |

| Leinöl Rotterdam ($/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| jegl. Herk. ex Tank | 600,00 | 605,00 |

| Palmöl Rotterdam ($/lgt) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Sumatra cif | 670,00 | 672,50 |

| Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| roh Niederl. fob Werk | 198,00 | 197,50 |

| Kopra Rotterdam ($/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Phil./Indon. cif | – | – |

| Kokosöl Rotterdam ($/lgt) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Philippinen cif | 880,00 | 870,00 |

| Leinsaat Rotterdam ($/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Kanada Nr. 1 cif Rotterdam | 316,00 | 315,00 |

## Wolle, Fasern, Kautschuk

| Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2 | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 79,02 | 79,65 |
| März | 80,25 | 80,55 |
| Mai | 80,80 | 80,55 |
| Juli | 81,00 | 81,10 |
| Okt. | 76,05 | 76,25 |
| Dez. | 75,20 | 75,20 |

| Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| loco RSS 1 | 55,50 | 55,50 |

| Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2 | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 413–415 | 413–415 |
| Jan. | 413–415 | 413–414 |
| März | 417–419 | 417–418 |
| Umsatz | 21 | 222 |

| Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | geschlossen | 46,30 |
| März | geschlossen | 46,30 |
| Mai | geschlossen | 47,20 |
| Juli | geschlossen | 47,50–48,00 |
| Umsatz | 0 | 0 |
| Tendenz: stetig | | |

| Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Dez. | 558,0–559,0 | 558,5–559,0 |
| März | 579,5–580,0 | 578,5–580,0 |
| Mai | 580,0–592,0 | – |
| Umsatz | 32 | 125 |

| Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| East Africa 3 long | 670,00 | 670,00 |
| undergraded | 640,00 | 640,00 |

| Seide Yokoh. (Y/kg) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| AAA, ab Lager | | |
| Okt. | 13 466 | 13 461 |
| Nov. | 13 565 | 13 595 |

| Kautschuk London (p/kg) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 79,00–79,50 | 79,00–79,50 |
| Nov. | 79,80–79,90 | 79,90–80,00 |
| Dez. | 79,50–79,90 | 79,50–80,00 |
| Jan/März | 79,40–79,50 | 79,40–79,50 |
| Tendenz: ruhiger | | |

| Kautschuk Malaysia (mal. c/kg) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Nr. 1 RSS loco | 255,50–256,50 | 255,00–256,00 |
| Okt. | 258,00–260,00 | 257,00–259,00 |
| Nov. | 263,75–264,50 | 262,00–263,00 |
| Nr. 2 RSS Okt. | 251,00–252,00 | 250,00–251,00 |
| Nr. 3 RSS Okt. | 247,50–248,50 | 246,50–247,50 |
| Nr. 4 RSS Okt. | 241,00–242,00 | 240,00–241,00 |
| Tendenz: ruhig | | |

| Jute London (£/lgt) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| BWC | 445,00 | 445,00 |
| BWD | 391,00 | 391,00 |
| BTC | 450,00 | 450,00 |
| BTD | 396,00 | 396,00 |

## Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg, 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

## Westdeutsche Metallnotierungen

| (DM je 100 kg) | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| Blei: Basis London | | |
| laufend. Monat | 109,48–109,87 | 111,50–111,79 |
| drittfolg. Monat | 113,00–113,10 | 114,83–114,73 |
| Zink: Basis London | | |
| laufend. Monat | 228,74–229,13 | 232,00–232,20 |
| drittfolg. Monat | 234,21–234,40 | 238,22–238,32 |
| Produz.-Preis | 229,39 | 230,08 |
| Reinzinn 99,9% | 3657–3693 | 3625–3661 |

## NE-Metalle

| (DM je 100 kg) | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*) | 374,77–377,12 | 381,12–383,47 |
| Blei in Kabeln | 117,25–118,25 | 119,25–120,25 |
| Aluminium für Leitzwecke (VAW) | | |
| Rundbarren | 430,50–433,50 | 430,50–433,50 |
| Vorziehdraht | 439,50 | 439,50 |

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbesteller.

## Messingnotierungen

| | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| MS 58, 1. Verarbeitungsstufe | 346–358 | 349–362 |
| MS 58, 2. Verarbeitungsstufe | 389–391 | 391–395 |
| MS 63 | 387–391 | 392–396 |

## Zinn-Preis Penang

| Straits-Zinn | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| ab Werk prompt (Ring./kg) | 30,06 | 30,00 |

## Deutsche Alu-Gußlegierungen

| (DM je 100 kg) | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| Leg. 225 | 415–428 | 415–428 |
| Leg. 226 | 417–430 | 417–430 |
| Leg. 231 | 447–460 | 447–460 |
| Leg. 233 | 457–470 | 457–470 |

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

## Edelmetalle

| | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| Platin (DM je g) | 36,00 | 35,90 |
| Gold (DM je kg Feingold) | | |
| Banken-Vkpr. | 33 850 | 33 850 |
| Rücknahmepr. | 32 900 | 32 100 |
| Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkpr. | 33 540 | 33 880 |
| Rücknahmepr. | 32 530 | 32 850 |
| verarbeitet | 35 210 | 35 330 |
| Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg) | 33 240 | 33 330 |
| Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) | | |
| Degussa-Vkpr. | 814,50 | 828,50 |
| Rücknahmepr. | 786,40 | 792,10 |
| verarbeitet | 851,00 | 867,20 |

## Internationale Edelmetalle

| Gold (US-$/Feinunze) | 25. 10. | 24. 10. |
|---|---|---|
| London | | |
| 10.30 | 396,25 | 394,20 |
| 15.00 | 398,00 | 394,90 |
| Zürich mittags | 398,20–398,70 | 398,25–398,75 |
| Paris (F/1-kg-Barren) mittags | 101 750 | 102 000 |
| Silber (p/Feinunze) | | |
| London Kasse | 839,10 | 842,20 |
| 3 Monate | 853,15 | 855,85 |
| 6 Monate | 867,35 | 869,95 |
| 12 Monate | 897,30 | 898,30 |

| Platin (£-Feinunze) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| London fr. Markt | 262,50 | 262,00 |

| Palladium (£-Feinunze) | | |
|---|---|---|
| London | – | 95,75 |
| f. Händlerpr. | 94,75 | 95,10 |

| New Yorker Preise | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Gold H & H Ankauf | 394,50 | 394,35 |
| Silber H & H Ankauf | 954,00 | [illegible] |
| Platin fr. Händlerpr. | 394,00–395,00 | 394,50–[illegible] |
| Produz.-Preis | 475,00 | 475,00 |
| Palladium fr. Händlerpr. | 143,00–146,00 | 142,50–144,00 |
| Produz.-Preis | 130,00 | [illegible] |
| Silber (c/Feinunze) | | |
| Okt. | 984,20 | [illegible] |
| Nov. | 985,30 | [illegible] |
| Dez. | 972,20 | [illegible] |
| Jan. | 981,30 | [illegible] |
| März | 995,50 | [illegible] |
| Mai | 1015,20 | [illegible] |
| Juli | 1032,70 | [illegible] |
| Umsatz | 24 [illegible] | [illegible] |

## New Yorker Metallbörse

| Kupfer (c/lb) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Okt. | 64,15 | [illegible] |
| Nov. | 64,30 | [illegible] |
| Dez. | 64,75 | [illegible] |
| Jan. | 65,00 | [illegible] |
| März | [illegible] | 67,30 |
| Mai | [illegible] | [illegible] |
| Juli | [illegible] | 70,30 |
| Umsatz | 7 [illegible] | [illegible] |

## Londoner Metallbörse

| Aluminium (£/t) | 24. 10. | 21. 10. |
|---|---|---|
| Kasse | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | 1045,0–[illegible] | [illegible] |
| Blei (£/t) Kasse | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | [illegible] | [illegible] |
| Kupfer | | |
| Highgrade (£/t) | | |
| mittags Kasse | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | [illegible] | [illegible] |
| abends Kasse | – | [illegible] |
| 3 Monate | – | [illegible] |
| (Kupfer-Standard) | | |
| Kasse | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | [illegible] | [illegible] |
| Zink (£/t) Kasse | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | [illegible] | [illegible] |
| Zinn (£/t) Kasse | [illegible] | [illegible] |
| 3 Monate | [illegible] | [illegible] |
| Quecksilber ($/Fl.) | – | [illegible] |
| Wolfram-Erz ($/T-Einh.) | – | [illegible] |

## Bundesanleihen

## Bundespost

## Länder – Städte

## Bundesbahn

## Bankschuldverschreib.

# Rentenmarkt unsicher

**Am Rentenmarkt setzte sich keine klare Linie durch. Die leichte Dollarabschwächung wurde zwar als positiv vermerkt, andererseits störten Prognosen in den USA, wonach dort mit einer nachhaltigen Zinssenkung auch in den kommenden Jahren nicht zu rechnen ist. In den längerlaufenden öffentlichen Anleihen erfolgten Abgaben zu Kursen, die bis zu einem halben Punkt unter denen des Vortages lagen. Andererseits gab es in den mittleren Laufzeiten auch Kursanhebungen. DM-Auslandsanleihen konnten sich behaupten; bei den Pfandbriefen ergaben sich kaum Veränderungen.**

## Sonderinstitute

## Industrieanleihen

## Wandelanleihen

## Optionsscheine

## Optionsanleihen

## Währungsanleihen

## Privatplazierungen

# Ausländische Aktien

## Kooperationspläne in der Medienpolitik – Tagungen in Stuttgart und Bonn

# Die Angst vor dem Provinzialismus

In Stuttgart trafen sich die Ministerpräsidenten der Länder. Sie vertraten die Ansicht, daß die Einspeisung von in- und ausländischen Hörfunk- und Fernsehprogrammen in Kabelanlagen einer konkreten landesgesetzlichen Regelung unterworfen werden könne.

Es ging also darum, die Kulturhoheit der Länder auch auf die neuen Übertragungsmöglichkeiten via Kabel- und Satellitenfernsehen auszudehnen. Denn was der Technik möglich ist, nämlich ländergrenzüberschreitend zu sein, steht in jeder Beziehung dem föderalistischen System, auf dem der Bund aufgebaut ist, entgegen. Bestehen die Länder beispielsweise darauf, daß über die Nutzung von Satelliten für Rundfunkzwecke nur ihnen die Entscheidung zusteht, dann wird zwar die kulturelle Länderhoheit geschützt, aber gleichzeitig der Markt für Programmanbieter rigoros eingeschränkt.

Der Diskussion dieses Teufelskreises mit all seinen technischen, juristischen und ökonomischen Folgen widmete sich auch die „Stiftung für Kommunikationsforschung" im Bonner Wissenschaftszentrum im Rahmen einer Arbeitstagung mit der Fragestellung: „Kooperativer Föderalismus – ein Modell für die Medienpolitik?" Wie üblich wurde zunächst die wohlbekannte Liste von „Gefahren" angesprochen und abgehakt, die durch die neuen elektronischen Medien auf die bundesrepublikanische Gesellschaft zukommen könnten.

Doch dann traten Erkenntnisse in den Vordergrund, daß sich angesichts der dem Bund zustehenden Kompetenz in Sachen Kommunikationstechnologie und der den Ländern zustehenden Kulturhoheit ein Konflikt anbahnt, der sowohl was Technologie, Kultur als auch Wirtschaft betrifft, die Bundesrepublik in einen Zustand der Rückständigkeit und des Provinzialismus verfallen könnte.

Dies gilt es zu vermeiden. Und so gestaltete sich dem Sinne nach die gesamte Diskussion zu einem Plädoyer für eine Kooperation zwischen Bund und Ländern, um einem Konflikt aus dem Wege zu gehen, der die neuen Medien, vordringlich das Kabelfernsehen, bei uns seit geraumer Zeit in einen lethargischen Schlaf eingelullt hat. Nur auf welche Weise ein Konsens über Kooperation in der Medienpolitik erreicht werden könnte bzw. politische und organisatorische Positionen aneinander angeglichen werden könnten, darüber schwieg man sich aus.

Es wäre auch zuviel verlangt gewesen. Aber kommen muß dieser zur Kooperation führende Konsens, will man nicht plötzlich der Situation einer Verselbständigung der Technik gegenüberstehen, die das grundgesetzlich festgelegte föderative System überholen wird. An der Diskussion beteiligten sich in erster Linie Peter Glotz, Edmund Stoiber und Werner Remmers, Ulrich Lohmar leitete die Tagung.

ALPHONS SILBERMANN

## STUDIO

Nach jahrelangen Überlegungen in der Kirchenspitze faßte Papst Johannes Paul II. jetzt den Beschluß, eine **vatikaneigene Fernsehgesellschaft** zu gründen, die weltweit ihre Produktionen anbieten wird. Eigene Fernsehstationen mit Kirchenprogrammen – etwa nach dem Muster von Radio Vatikan, das weltweit zu hören ist – zu schaffen, schied bisher wegen der damit verbundenen organisatorischen und finanziellen Probleme aus. Die zunehmende Verbreitung von privaten Fernsehstationen, die zum Teil auch Eigentum der örtlichen Kirchen sind, und das wachsende öffentliche Interesse an kirchlichen Themen haben schließlich zu der Entscheidung des Papstes geführt, das Fernsehen als Medium für Kirchenanliegen einzusetzen. Die erste von dem „Vatikanischen Fernsehzentrum", wie das jüngste Medien-Produkt der katholischen Kirchenführung heißt, produzierte 30-Minuten-Sendung ist ein Bericht über die Wallfahrt des Papstes im August nach Lourdes. In Zusammenarbeit mit dem österreichischen Fernsehen entsteht ein zweiter Film, „Der Papst und Europa", über die Österreich-Reise des Papstes aus Polen Anfang September.

*

Der Publizist und Medienwissenschaftler **Hans Janke** wird neuer Leiter des Adolf-Grimme-Instituts in Marl. Dies hat der Vorstand des Deutschen Volkshochschulverbandes als Träger des Medieninstituts jetzt einstimmig beschlossen. Hans Janke wird damit Nachfolger von Peter von Rüden, der jetzt in der Abteilung Bildungs- und Kursprogramme des Norddeutschen Rundfunks arbeitet. Mit der Arbeit des Adolf-Grimme-Instituts und des Adolf-Grimme-Preises war der 39jährige Janke bisher schon dadurch verbunden, daß er mehrfach Vorsitzender der Vorauswahlkommission des Adolf-Grimme-Preises und Jurymitglied bei diesem Fernsehpreis des Deutschen Volkshochschulverbandes war.

*

Der WDR wiederholt im kommenden Sommersonderprogramm der Dritten – dreieinhalb Jahre nach der Erstausstrahlung – Rainer Werner Fassbinders **„Berlin Alexanderplatz"**, WDR-Film in 13 Teilen und einem Epilog nach dem Roman von Alfred Döblin.

## KRITIK

### *Wilder Westen im Kohlenpott*

Mehr und mehr wird das Ruhrgebiet für den deutschen Film und das Fernsehen das, was der Wilde Westen lange Zeit für Hollywood war: Man denke nur an die „Pawlaks" oder an die „Knapp-Familie".

In der jüngsten neunteiligen Serie **„Rote Erde"** (ARD) wird die Parallele geradezu handgreiflich. Wie die Western-Städte in Hollywood baute man in München Zechen, Kohlenhalden, Bergarbeitersiedlungen, weil die Wirklichkeit „vor Ort" wahrscheinlich der poetischen Phantasie der Autoren nicht entsprochen hätte. So entstand ein tristes Disneyland gemäß den eigenen vorgeprägten Vorstellungen von wilder Pionierzeit, rücksichtslosem Unternehmertum und radikaler Arbeiterschaft.

Wie ein Western hat die Serie auch begonnen. Auf einem vierspännigen Planwagen kommt der vermutliche Held der Geschichte aus dem deutschen Osten in den angeblich goldenen Westen Deutschlands und fällt just am Eingang zur Zeche „Siegfried" auf die titelgebende „Rote Erde", die ihm Heimat und Schicksal werden soll. Ahnungslos stürzt er sich in die Sklavenarbeit unter Tage, wird „Schlafbursche" bei einer Witwe, liebt aber ein anderes Mädchen, läßt sich halb widerstrebend in die sozialen und politischen Arbeitskämpfe verwickeln, überlebt gleich in der ersten Folge ein Grubenunglück und muß in der zweiten mit ansehen, wie ein aufmüpfiger Kumpel von einem Steiger erschossen wird. So sammelte sich früh schon der Sprengstoff für die kommenden Folgen.

EO PLUNIEN

### *Blicke, durch Träume vernebelt*

Es ist ganz einfach: Man nehme ein halbes Dutzend Horrorvisionen – große leere Räume (Agoraphobie), lange schmale Gänge (Klaustrophobie), eine Erhängte, eine Badewanne voller Blut – man schneide diese Bilder zu immer neuen Sequenzen zusammen, fertig ist der Psychoschokker. So ungefähr muß sich das Wolf Gremm vorgestellt haben, als er sein Fernsehspiel **„Hinter der Tür"** (ZDF) fabrizierte.

Dabei ist dessen Vorlage, ein Roman von Henry Slesar, trotz einiger Mühseligkeiten so übel gar nicht. Es ist ja dramaturgisch außerordentlich geschickt, das Enträtseln einer im Unbewußten verschütteten Krankengeschichte, die meisterhaften Schachzüge einer verbrecherischen Intrige, und drittens deren Enttarnung durch einen Detektiv gegeneinander zu führen. Verfilmt man das, so steckt in der Vorlage zugleich die Anweisung, es mit der effekthascherischen Ablichtung von Alpträumen nicht bewenden zu lassen. Um so weniger, als kein geringer Reiz im Einfall liegt, daß der durch Träume vernebelte Blick die Wirklichkeit schärfer erkennt als pure Ratio.

Mit nicht sonderlich starken Schauspielern besetzt, erschöpft sich Gremms Film jedoch in Bildschablonen, die eher abgestanden wirken. Und man darf gar nicht an Patrick Hamiltons „Gaslicht" denken, mit Ingrid Bergman als „Das Haus der Lady Alquist" verfilmt, der mit flakkernden Lampen auskam, um in den Wahnsinn zu treiben. Bei Gremm hätte es genügt, daß die junge Dame ihr Domizil wechselt.

KATHRIN BERGMANN







## ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

**10.00** heute
**10.03** Verkehrsgericht
**11.35** Britische Nachbarn
**12.10** Panorama
**12.55** Presseschau
**13.00** heute

### ARD

**16.10 Tiere vor der Kamera**
Die Felsen der Papageitaucher
Film von Ernst Arendt und Hans Schweiger
Der Film beschreibt das Leben dieser geselligen Hochseevögel, die sich im Frühjahr auf Felsinseln des Nordmeeres in großen Brutkolonien versammeln. Die bunten Papageitaucher zeigen einige merkwürdige, doch interessante Verhaltensweisen, die sie von anderen Seevögeln unterscheiden, wie z. B. ihre Tauchtechnik. Papageitaucher „fliegen" unter Wasser.
**17.00 Die Spielbude**
Mit Gina Stephan
**17.50 Tagesschau**
dazw. Regionalprogramme
**20.00 Tagesschau**
**20.18 Qualifikationsspiel**
zur Fußball-EM
Deutschland – Türkei
Reporter: Heribert Faßbender
Übertragung aus Berlin
**22.00 Bilder aus der Wissenschaft**
Moderation: Alexander von Cube
Natur und Technik im Miteinander oder Gegeneinander bildet den Schwerpunkt dieser Ausgabe des Magazins „Bilder aus der Wissenschaft". So hat uns die technische

**WELT ● Videotext**
täglich von 16 Uhr bis Sendeschluß (ARD und ZDF) unter den Nummern 601, 602, 603

Ausbeutung der natürlichen Erdölvorräte nicht nur den Aufschwung der Industrie-Zivilisation nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern auch eine der katastrophalsten Umweltverschmutzungen gebracht, z. B. in Gestalt riesiger Ölteppiche auf dem Meer, wie sie gegenwärtig als Kriegsfolge die Küsten der Golfstaaten bedrohen.
**22.30 Tagesthemen**
**23.00 Sonderzug nach Pankow**
Udo Lindenberg in Ost-Berlin
**24.00 Tagesschau**

### ZDF

**15.25 Enorm in Form**
**16.00 heute**
**16.04 Bettkantengeschichten**
Linke Hand – rechte Hand
Von Carsten Krüger und Peter Kirsch
Anschl. heute-Schlagzeilen
**16.35 Zirkus – nein danke**
Filmbericht aus Südafrika
**17.00 heute / Aus den Ländern**
**17.15 Tele-Illustrierte**
Zu Gast: Christian Franke
Anschl. heute-Schlagzeilen
**18.00 Der Weg nach Oregon**
Wettlauf mit der Zeit
**19.00 heute**
**19.30 Direkt**
Ein Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
**20.15 Bilanz**
Waffen – Frankreichs Exportschlager Nr. 1 / Stahlindustrie – Rettung durch Subventionsmilliarden und Massenentlassungen? / Deutsche Seeschiffahrt in Not / Arbeitgeber und Gewerkschaften – Feindschaft statt Partnerschaft?
u. a. Interview mit Arbeitgeberpräsident Otto Esser. Moderation Friedhelm Ort.
**21.00 heute-journal**
**21.20 mittwochslotto – 7 aus 38**
**21.25 Der Denver-Clan**
Goldgräbermethoden
**22.10 Sterben für Libanon?**
Nach dem Attentat in Beirut
ZDF-Korrespondenten diskutieren
Von „nun erst recht" bis „holt unsere Jungs nach Hause" reicht die Reaktion auf die blutigen Terroranschläge in Beirut. Der Schock weckte neue Zweifel an dem Sinn der internationalen Friedenstruppe. Neben Franzosen, Briten und Italienern müssen vor allem die Amerikaner sich fragen, ob der Preis nicht zu hoch, der Erfolg nicht zu ungewiß ist.
**22.55 Sport aktuell**
Weltmeisterschaften im Kunstturnen
Herren, Mannschafts-Kür
Internationales Tennis-Turnier der Damen
**00.25 heute**



Der junge Gitarrist Biréli Lagrene ist mit seinem Ensemble zu Gast in der „Spielbude" (ARD, 17.00 Uhr)
FOTO: KÖVESDI

## III.

### WEST
**18.00** Telekolleg
**18.30** Sesamstraße
**19.00** Aktuelle Stunde
**20.00** Tagesschau
**20.15** Mittwochs in [illegible]
**21.45** [illegible]
**22.30** Deutschlandbilder
Die Nazis schätzten den Kulturfilm. Hartmut Bitomsky und Heiner Mühlenbrock zeigen Ausschnitte aus 33 Filmen
**23.30** Die Bibel
Engl. Spielfilm, 1979
**00.10** Letzte Nachrichten

### NORD
**18.00** Sesamstraße
**18.30** [illegible]
**19.00** [illegible]
Ein Vogelschutzgebiet in Spanien
**19.15** Indien – Land [illegible] (6)
**20.00** Tagesschau
**20.15** Extra drei
**21.00** Die Reichen werden nicht reicher und die Armen nur [illegible]
**22.05** Der Film-Club
Monolog für zwei
Frz. Kurzfilm, 1958
**22.30** [illegible]
Franz. Spielfilm, 1966
**24.00** Letzte Nachrichten

### HESSEN
**18.00** Sesamstraße
**18.30** Marco
**18.55** Ludwig (4)
**19.00** Was tun mit der Zeit?
**19.30** Norwich now (2)
**19.45** News of the Week
**20.00** Tagesschau
**20.10** Parlament, Parteien, Perspektiven
**21.10** Drei aktuell
**21.25** Autosport
**21.30** Club 2

### SÜDWEST
**18.00** Sesamstraße
**18.30** Telekolleg
*Nur für Baden-Württemberg*
**19.00** Abendschau im Dritten
*Nur für Rheinland-Pfalz*
**19.00** Abendschau Blick ins Land
*Nur für das Saarland*
**19.00** Saar 3 regional
*Gemeinschaftsprogramm Südwest 3*
**19.25** Nachrichten und Moderation
**19.30** Forever Young
**20.15** Museen der Welt
Tate Gallery London
**21.00** Spiel mit dem Tod
Amerik. Spielfilm, 1948
Regie: John Farrow
**22.30** [illegible]

### BAYERN
**18.15** Tele-Süd (8)
**18.45** Rundschau
**19.00** [illegible]
**19.45** Der junge Garibaldi (2)
**20.30** [illegible]
**20.45** Rundschau
**21.00** Zeitspiegel
**21.45** Z. E. N.
**21.50** Teleclub
Ein Mann für alles
Kanad. Spielfilm, 1980
**22.30** Rundschau
**23.35** News of the Week

## Alternative Essiggurken

Mls. – Von einer „Inflation der Literaturpreise" war dieser Tage anläßlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises die Rede. Das ist wahr: Aber nicht nur Zahl und Preissumme galoppieren inflationär davon. Auch die Preise, die sich selbst nicht so ernst nehmen und den Ausgezeichneten noch weniger, nehmen zu. Manche Preisvergaben tun dies mit einem ironisch ablenkenden Augenzwinkern, manche verhöhnen eher, als daß sie rühmen wollen.

Da gibt es neben einem „Weinpreis für Literatur" das „Hungertuch" für den literarischen Nachwuchs oder das „Nashorn" für das „theaterschädlichste Verhalten". Es gibt des weiteren Goldene Zitronen, Saure Gurken, Alternative Gurken und vermutlich noch manch anderes Grünzeug.

Apropos „Alternative Gurke". Angebaut wird sie von der Arbeitsgemeinschaft Alternativer Verlage und Autoren (AGAV). Dieses Gezücht aus dem Öko-Garten wird dann nach jährlicher Reife für herausragende alternative Leistungen vergeben.

Dieses Jahr ist der Empfänger der Körner Verlag in Fellbach. Er erhält den Preis, „nicht weil er sich um die Literatur verdient gemacht hätte", sondern weil „er den Gebrauchswert des Buches schlechthin revolutioniert hat, und zwar durch Schaffung der neuen Reihe ‚Texte zum Wegschmeißen'. Sie erspart die Mühe des Lesens, die erworbenen Bücher können sofort recycelt werden." Die Körners werden sich die „lieben Grüße" ihrer „Ökollegen" verbitten. Denn 1. verlegen sie nichts zum Wegschmeißen, sondern „Verschenktexte", 2. haben die 650 000 Käufer der beiden Lyrik-Bändchen der Kristiane Allert-Wybranietz erst einmal sich selbst beschenkt (ob sie auch reicher geworden sind, könnte vielleicht eine alternative Gegenfrage beantworten), und 3. sind aus den kleinen Körners plötzlich ganz Große geworden. Allein drei Titel sind – ein Novum in der Branche – in dieser Woche in den Bestseller-Listen unter den ersten zehn.

Kein Wunder, daß einige Verlagsleute ganz schön froh sind, daß in Fellbach nur ein Buch pro Jahr verlegt wird. Und die AGAV ist sauer. Aber ihre neidische Gurke macht vielleicht andere lustig.

WELT-Gespräch mit dem jiddischen Schriftsteller Isaac Bashevis Singer

# „Alle Gläubigen sind Zweifler"

Es war unsere erste persönliche Begegnung. Wir standen seit zwanzig Jahren in sporadischem Kontakt. Schon lange, ehe Isaac Bashevis Singer durch den Nobelpreis für Literatur weltberühmt wurde, hatte ich seine Erzählungen gelesen, besprochen, und auch einzelnes von ihm übersetzt. Er seinerseits hatte bereits die Erstauflage meines Buches „Jiddisch – Abenteuer einer Sprache" in amerikanischen Zeitschriften rezensiert. Aber getroffen hatten wir uns nie.

Mir waren auch seine ihn selbst betreffenden Aussagen bekannt: Daß er nur Jiddisch schreibe, obwohl er die Zukunftschancen dieses faszinierenden Idioms pessimistisch beurteile. „Ich bin", so hatte er einmal gesagt, „in drei toten Sprachen aufgewachsen, in Hebräisch, Aramäisch (das ist die Sprache des Talmud, in der übrigens auch Jesus gepredigt hat) und Jiddisch." Auf die Frage, weshalb seine Geschichten von Gespenstern, Dämonen, Widernatürlichem und Skurrilem überquellen würden, meinte er einmal: „Ich schreibe in Jiddisch, einer Sprache der Toten, und eine Totensprache liebt Totengeister."

Dies alles und vieles mehr wußte ich also bereits von ihm. In seinen Geschichten wirft er zahlreiche religiöse, metaphysische und zeitpolitische Probleme auf, in Gedanken, die sich von jenen der heutigen Modeintellektuellen radikal unterscheiden. Gäbe es heute – dies wollte ich Singer fragen – ohne die realitätswidrigen Zukunftshoffnungen auf den Messias überhaupt noch ein jüdisches Volk? Und dann: Wie war das mit Maimonides, dem größten mittelalterlichen Philosophen und Talmudkodifikator der Juden, der mit seinem Versuch einer Synthese zwischen Aristotelismus und jüdischem Offenbarungsglauben so restlos scheiterte?

Ich hatte meinen Fragenkatalog kaum auch nur fragmentarisch angedeutet, da reagierte er nicht angeregt, sondern gereizt. „Warum fragt Ihr (im Jiddischen gibt es kein ‚Sie') gerade mich?" gab er verärgert zurück. „Ich bin kein Philosoph und Soziologe. Fragt den Elie Wiesel (bekannter Interpret vor allem des Chassidismus). Oder ich könnte auch umgekehrt diese Fragen an Euch richten. Ich bin ausschließlich Belletrist, auch wenn meine Figuren solche Probleme mitunter diskutieren. Fragt mich über mein Werk!"

„Nun gut", lenkte ich ein, „dann erzählen Sie (ich meinerseits sprach deutsch zu ihm), was Sie momentan schreiben."

Er entspannte sich wieder. „Kleine Geschichten", sagte er. „Teils sind sie in englischer Übersetzung auch schon in Zeitschriften erschienen, bald werden sie in Buchform vorliegen, auch auf deutsch. Eine davon, betitelt ‚Ba'al' Teschuwe (etwa: reuiger Rückkehrer), erzählt von einem Ostjuden aus traditionellem Milieu, der den Glauben längst eingebüßt hat und sich an modernen, ‚westlichen' Ideen und Lebensformen orientiert. Ihm ziehen aber Schicksalsschläge, neue Zweifel und bittere Liebesenttäuschungen den Boden unter den Füßen weg. Er begreift, daß gerade auf die wesentlichen Fragen auch die neuzeitliche Wissenschaft keine Antwort hat.

So gibt er denn seine bisherige Daseinsweise und auch seine Geliebte auf, zieht nach Jerusalem und kehrt zur Welt seiner Vorväter zurück. Aber durch einen bloßen Willensakt gewinnt man den alten Glauben natürlich nicht wieder. Er nähert sich ihm von außen her, indem er anfängt, alle Mizwes (religiöse und kultische Gebote) so pedantisch und minutiös wie die streng Orthodoxen zu erfüllen. Er läßt sich Bart und Pejes (Schläfenlocken der Orthodoxen) wachsen, trägt Kaftan und Schtrajml (perlumrandete Samtkappe der polnischen Juden), läßt sich nach altem Brauch durch den Schadchen (Heiratsvermittler) eine Braut zuführen, erzieht die Kinder in strengsten Religionsformen.

Beginnt er schließlich, doch wieder zu glauben? Ich weiß es nicht. Er weiß es wohl selber auch nicht genau. Aber es spielt keine solche Rolle mehr. Er ist durch die genormte orthodoxe Lebensweise so pausenlos in die Pflicht genommen, daß er gar nicht mehr dazu kommt, sich darüber den Kopf zu zerbrechen."

Damit war er doch bei meiner Frage nach Maimonides. „Es stimmt", fuhr Singer fort, „seine angestrebte Synthese aus griechischer Philosophie und jüdischem Glauben ist ihm mißglückt. Aber daß er aus Mitleid zum Lügner wurde, glaube ich nicht. Er war wohl eher ein Zweifler. Aber gibt es denn Gläubige mit hoher Intelligenz, die nicht zweifeln? Ich nehme an: Er *wollte* glauben. Zumal es Situationen gibt, die eine pragmatische Antwort und Lösung unbedingt erfordern. Er wollte, entgegen jeder Logik und Vernunft, hoffen. Obwohl er sicher nicht blind war für die Grausamkeit und Ungerechtigkeit auf Erden. Aber es fällt schwer, anzunehmen, daß Gott eine Art Hitler oder Stalin ist.

Noch sinnloser und schwieriger ist die Annahme, daß es ihn überhaupt nicht gibt, daß das ganze Universum das Ergebnis eines blinden Spiels irgendwelcher anonymer Kräfte ist. Aber wir selber sind ja ein so winziger Bruchteil des Universums. Was wissen wir vom All! Wir können höchstens über menschliche Belange etwas erkennen. Ich kann nicht glauben, daß Gott nur diese einzige, so schrecklich unvollkommene Welt geschaffen hat, in der wir leben. Der Kosmos birgt unzählige, uns unbekannte Geheimnisse."

Singer schwieg einen Augenblick. Dann lächelte er und fuhr fort: „Ich hatte einmal einen Papagei. Tagsüber durfte er frei bei mir herumfliegen, aber abends sperrte ich ihn in seinen Käfig, damit ihm im Finstern nichts zustieß. Seinem Protestgekreisch nach zu schließen, hielt er mich deshalb für Hitler persönlich. Ihm fehlten Einblick und Überblick. Gemessen an einem Papagei oder an einer Katze sind wir in puncto Information Götter. Aber dennoch wissen wir gar nichts über die wirklich großen Zusammenhänge."

Er schwieg wieder, dann bestätigte er plötzlich: „Ganz ohne Hoffnung kann man natürlich nicht leben. Aber neben der großen Hoffnung auf eine mögliche Erlösung gibt es ja auch kleine, realistischere Hoffnungen. Ein Mädchen unter dem Traubaldachin mag noch so genau über die Statistiken Bescheid wissen, wonach nur sehr wenige Ehen bis zum Lebensende glücklich verlaufen – sie mag trotzdem hoffen und glauben, daß ihr Mann sie immer lieben und ihren Kindern ein treubesorgter Vater sein wird. Doch jene, die keine Skepsis kennen und keine Fragen stellen, auch nie in Versuchung geraten, aus Zweifel gegen alle religiösen und weltlichen Normen zu verstoßen, sind aus anderm Holz als große Denker von der Art eines Maimonides."

Nach kurzer Pause fuhr Singer fort: „In letzten Fragen wissen wir alle sehr wenig. Aber was mich persönlich angeht, so weiß ich auch sonst



Im Dialog mit den Totengeistern: Isaac Bashevis Singer, Nobelpreisträger für Literatur 1978 FOTO: URSULA BUNG

nur selten eine gültige Antwort. Auch hierzu eine Episode aus meinem Leben, die ich in einer meiner neuesten Geschichten nacherzähle, betitelt ‚Di Ejze' (Der Rat). Zu mir kam in New York eine Ostjüdin, um sich mit mir zu beraten. Als ganz junges Mädchen hatte sie, noch daheim in Polen, einen alten Schneidermeister geheiratet und ihn mit seinem jungen Gesellen betrogen, der in die USA auswanderte, ohne zu erfahren, daß sie von ihm schwanger war. Sie gebar ein Mädchen und gelangte später, als Witwe, mit ihrem Kind zusammen ebenfalls nach Amerika. Die Tochter hatte Pech in Liebe und Ehe, nach zwei Scheidungen geriet sie aber endlich an einen nicht mehr jungen Landsmann, der sie leidenschaftlich liebte und mit dem sie vollkommen glücklich war. Jedoch: Es war der einstige Schneidergesell, also der Vater des Mädchens! Von mir wollte sie nun wissen, was sie tun sollte."

Singer lächelte wieder. „Nun, ich habe es abgelehnt, einen Rat zu erteilen. Ich wußte und weiß auch heute noch nicht, was in einer solchen Situation das Richtige oder das Beste wäre. Genauso, wie ich durch die wirklich unbegreiflichen und unheimlichen Vorgänge überfordert bin."

Ich hatte stumm zugehört, fasziniert nicht nur von Singers Geschichten, sondern zugleich auch von seiner Diktion. Einmal mehr wurde mir klar, wie einzigartig das jiddische Idiom auch darin ist, daß es volkstümliche Kraft, Farbe und Einfachheit mit dem ganzen Instrumentarium metaphysischer und wissenschaftlich-formaler Terminologie verbindet. Zugleich konnte ich in Gedanken aus meiner Liste eine Frage nach der anderen abhaken, die ich an Singer hatte stellen wollen, die er abgelehnt und nun doch der Reihe nach – mit oder ohne Absicht? – beantwortet hatte.

SALCIA LANDMANN

## JOURNAL

### Kommt Jürgen Bosse ans Kölner Schauspiel?

**DW. Bonn**

Nachdem jetzt entschieden ist, daß Jürgen Flimm, nach sechsjähriger Leitung des Kölner Schauspielhauses 1985 das Hamburger Thalia-Theater übernehmen wird, hat der Kulturdezernent der Stadt Köln, Peter Nestler, sich für den Mannheimer Schauspieldirekor Jürgen Bosse als Nachfolger entschieden. Die CDU/FDP-Fraktion favorisiert den Berner Schauspieldirektor Peter Borchardt, der in Köln noch bei Oskar Fritz Schuh assistiert hat. Die Mehrheitsverhältnisse der beiden Fraktionen lassen die Entscheidung noch offen. Jürgen Flimm bekundete jedoch, daß Köln mit Bosse „einen guten Griff getan hat".

### Drittes Berliner Treffen – bei Heilbronn

**PHG, Berlin**

Die Berliner Akademie der Künste wird Mitte Dezember ein drittes „Berliner Treffen" von Autoren aus Ost und West organisieren. Der Ort der Veranstaltung, zu der auch Lesungen und eine Ausstellung von Otto Dix' „Krieg"-Zyklus gehören, soll in der Nähe von Heilbronn liegen, wo, so der Präsident der Akademie, Günther Grass, Pershing 2 stationiert werden. Die Veranstaltung ist innerhalb der Akademie nicht unumstritten.

### Europäische Kulturtage mit Francesco Cilea

**dpa, Karlsruhe**

Mit der Oper „Adriana Lecouvreur" von Francesco Cilea eröffnet das Badische Staatstheater Karlsruhe am Samstag (29. Oktober) die Reihe seiner Veranstaltungen zu den erstmals in Karlsruhe stattfindenden „Europäischen Kulturtagen". Bis zum 20. November werden hauptsächlich Schauspielaufführungen zeitgenössischer Autoren gezeigt. Dabei bringen unter anderem das Schauspielhaus Wien „Verkommenes Ufer Medeamaterial Landschaft mit Argonauten" von Heiner Müller (30. Oktober), das Schauspielhaus Zürich „Achterloo" von Friedrich Dürrenmatt (31.) und das Teatre Lliure Barcelona „L'hore" („Der Held") von Santiago Rusinol (1. November). Die Berliner Schaubühne gastiert mit Samuel Becketts „Mercier und Camier/Ohio Impromptu" (14.). Zum Abschluß kommt das Wiener Burgtheater mit „Eine gebrochene Frau" von Simone Beauvoir (16.) mit Erika Pluhar.

### Exilpolnische Universität in Paris

**J. G. G. Paris**

Nachdem vor mehr als 30 Jahren in London geflohene Professoren der Warschauer Universität „The Polish University London" gründeten, nimmt jetzt eine „Université Polonaise Independante" in Paris ihren Lehrbetrieb auf. Sie will an die Tradition der (illegalen) Warschauer „Fliegenden Universität" aus der Vor-„Solidarität"-Ära anknüpfen. Das Vorlesungsprogramm sieht neben Philosophie, Soziologie und der Geschichte des zeitgenössischen Polen, auch deutsche Geschichte und die „Kultur der Minderheiten Polens" vor. Die Professoren sind bekannte polnische Emigranten.

### Deutsche Kirchenmusik erstmals in Ägypten

**dpa, Berlin**

Ein Volkalensemble der Hochschule der Künste Berlin ist unter Leitung von Prof. Christian Grupbe zu einer zehntägigen Konzertreise nach Ägypten gefahren. Das Ensemble wird in Gemeinden der koptisch-evangelischen Kirche in Kairo, Alexandria, Nimia und Assiut auftreten. Damit wird zum ersten Mal deutsche Kirchenmusik in Ägypten bekannt gemacht. Anlaß ist das Luther-Jubiläum, in dessen Rahmen auch zum ersten Mal das Reformationsfest in der koptischen Kirche in Ägypten gefeiert werden soll.

München: Matiaseks Start mit Mussorgsky

# Russische Küchendüfte

Böse Menschen haben keine Lieder." – Wie kommt es, daß die Russen Lieder haben?", wunderte sich Nietzsche. Wer die Aufführung von Modest Mussorgskys komischer Oper „Der Jahrmarkt" im Münchner Gärtnerplatztheater sah und hörte, dem wird Nietzsche weiterhin zu denken geben.

Hellmuth Matiasek, der neue Intendant am Gärtnerplatz, inszenierte selbst diese erste Premiere seiner Amtszeit. Wie bei „Boris Godunow" und „Salambo" Puschkin und Flaubert die Vorlagen lieferten, wählte Mussorgsky, der seine Libretti selbst verfaßte, auch für den „Jahrmarkt" einen literarischen Stoff: Die erste der 1881/82 veröffentlichten Erzählungen „Abende auf einem Weiler bei Dikanka" von Nikolai Gogol.

Die Szenerie für eine Liebesgeschichte voller Verwirrspiel, Gespensterglaube und Teufelsfurcht bietet das ukrainische Dorf Sorotschinskiy. Mussorgsky schreibt vier Jahre vor seinem Tod (1881) über die Arbeit am „Jahrmarkt", die er schon 1874 begonnen hatte: „Dies ist keine Possenreißerei, sondern eine echte komische Oper mit russischer Musik, die erste ihrer Art . . ."

Doch so ganz schien Matiasek diesem Satz nicht zu vertrauen. Er wuchtete eine Inszenierung auf die Bühne, die vor russischer Seele überquoll. Man spielte volkstümlich derb, naturalistisch bis in die Küchendüfte und das Geheul des Hofhunds, und bemühte sich, auf jedem Quadratmeter Bühnenraum ein wodkaseliges Folkloreußland darzustellen. Bei soviel klischeehafter russischer Seelenmalerei verspielte man sich; weniger wäre oftmals mehr gewesen. Dies gilt insbesondere für die mit Holzhäusern, Zäunen und Requisiten überladenen Bühnenbilder von Monika von Zallinger.

Angelpunkt dieser komischen Oper ist die unzufriedene und frustrierte Ehefrau, die sich gegen die Verheiratung ihrer Tochter mit einem feschen Bauernburschen stellt. Donna Marein als diese zeternde Chiwrja, die selbst kein Kind von Traurigkeit ist, schlug sich tapfer, besonders im mörderisch langen zweiten Akt. Und wenn ihr stets betrunkener Mann (trink- und stimmfest: Rainer Scholze) behauptet, „Oh Gott! Es gibt soviel Unglück auf Erden, warum hast du auch die Weiber noch erschaffen", so wird diese Bemerkung noch allemal mit Lachern im Parkett bedacht.

Aber daß dieser Bauer namens Tscherewik, der auf dem Jahrmarkt einen Bräutigam für seine Tochter Parasja (unter Niveau: Ingeborg Schneider) sucht, ein wirklich „unglücklicher" Mensch ist, das läßt sich nicht einmal ahnen. Norbert Orth fällt die Rolle des Bauernburschen Grizko zu. Da er, wenn auch stimmlich passabel, wie ein Wälsung auf dem Jahrmarkt herumstromert, hätte Matiasek gut daran getan, ihm die Siegfriedmanieren abzugewöhnen.

Hingegen weiß Matiasek genau um die Poesie der Puppe und ihre große russische Tradition. Da der Teufel nämlich bei einem Kurzurlaub von der Hölle seine rote Jacke ausgerechnet in Sorotschintzi verloren hat, nutzt ein Zigeuner (Werner Stückmann) die Sage für eigene irritierende Spiele. Was Matiasek mit dieser Figur und den Puppenspielszenen gelingt, ist von großer und stiller Poesie.

Man stützte sich auf die von Wissarion Schebalin vervollständigte, abendfüllende Partitur, in die (übrigens nach den ursprünglichen Plänen des Komponisten) auch Mussorgskys Orchesterfantasie „Eine Nacht auf dem kahlen Berge" als „Grizkos Traum" mit einbezogen wurde. Mussorgskys Musik weist auch im „Jahrmarkt" weit nach vorn: zur Chromatik Debussys ebenso wie in der elementaren russischen Rhythmik zu Strawinsky. Man denkt an „Pulcinella" und „Petruschka"; mehr noch: man „hört" in Grizkos Traum bereits die suggestiven Rhythmen des „Sacre". Dem Dirigenten Peter Falk und dem diszipliniert spielenden Orchester gebührt dafür großes Lob.

PASCAL MORCHÉ

## KULTURNOTIZEN

**Die „Piccola Scala"** in Mailand bleibt in der nächsten Opernsaison aus Geldknappheit geschlossen.

**Leonard Bernstein** erhält den mit 20 000 Mark dotierten Kulturpreis 1983 der Bayerischen Raiffeisenbank.

**Die Musik der Wikinger** soll in einer Anthologie schwedischer Musik auf einer Schallplatte herausgebracht werden.

**Max von der Grün** übernimmt diesen Winter eine Gastprofessur an der Gesamthochschule Paderborn.

**Die Große Medaille der Balzac-Akademie** ist Jean Marais für seine Aufführung „Coctau-Marais" verliehen worden.

**Kathrin Türks,** Intendantin, Schauspielerin und Regisseurin ist im Alter von 62 Jahren gestorben.

Bonn zeigt: „Die Mendelssohns in Berlin"

# Der Kaiserhof brennt

Drei große Berlin-Pläne empfangen den Besucher der Ausstellung „Die Mendelssohns in Berlin" und unterstreichen damit den Untertitel, den der Katalog trägt: „Eine Familie und ihre Stadt". Nach den Ausstellungen, die nacheinander von der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin drei Mitgliedern der Familie gewidmet worden sind – nämlich Fanny Hensel, Felix Mendelssohn-Bartholdy und Moses Mendelssohn – gilt nun die vierte der Beziehung der preußischen Hauptstadt zu dem großen jüdischen Klan, der Musiker, Philosophen und Bankiers von annähernd gleicher Bedeutung hervorgebracht hat. Außer auf Berlin liegt der Akzent diesmal besonders auf dem Bankwesen, einer eher spröden Materie. Aber es kann auch Spaß machen, in den Vitrinen die Bankauszüge von Friedrich Nicolai oder Kreditbriefe für Arthur Schopenhauer zu studieren.

Die Fülle solcher und ähnlicher Dokumente stammt aus einem ehemaligen Archiv des Bankhauses Mendelssohn, das durch eine Spende Axel Springers nach Berlin zurückgeführt werden konnte. Kurz zuvor ist von der „Pressestiftung Tagesspiegel" ein Konvolut von Briefen des Philosophen Moses Mendelssohn der Berliner Staatsbibliothek übergeben worden.

Dem traditionsreichen Bankhaus Mendelssohn in der Jägerstraße, das hier durch die Vielzahl der Dokumente in den Vordergrund gerückt wird, hat Professor Wilhelm Treue von der Berliner Historischen Kommission eine ausführliche Darstellung gewidmet, die bis in die hier nicht repräsentierten letzten Jahrzehnte und bis zur Überführung des Hauses in die Deutsche Bank im Jahre 1938 reicht. Diese Endzeit ist hier nur durch einen bedrückenden Austausch von Aktenvermerken zwischen dem Preußischen Kultusministerium und der Staatsbibliothek vertreten, bei dem es um die Benennung des Raumes ging, worin sich die unschätzbaren Autographensammlungen aus dem Nachlaß der Familie Mendelssohn befanden: selbstverständlich durfte der Saal mit den Originalpartituren von drei Beethoven-Symphonien und anderen kostbaren Manuskripten unter den Nazis nicht länger einen jüdischen Namen tragen!

Von Undank kann man eigentlich auch im Falle der Stadt Berlin sprechen: Es gibt nur im Osten eine recht unscheinbare Mendelssohn-Straße und im Westen erst seit kurzem, auf dem Gelände des zugeschütteten Schöneberger Hafens, einen Mendelssohn-Bartholdy-Park, den freilich kein Mensch kennt. Aber vor hundertfünfzig Jahren war es auch nicht besser: Der junge Felix Mendelssohn-Bartholdy, der in Weimar im Hause Goethes alle entzückt hatte, wurde trotz Zelters Empfehlung nicht Direktor der Singakademie und konnte erst in Leipzig mit dem Gewandhausorchester seine gloriose Erweckung der Bachschen Passionen verwirklichen. Und wer weiß heute noch, daß Sebastian Hensel, dem Urenkel Moses Mendelssohns und einem Neffen des Komponisten, das erste große Luxushotel Berlins, der Kaiserhof, zu verdanken war, das, kaum fertig geworden, abbrannte und gleich wieder aufgebaut wurde. Hitler gefiel es als Quartier, weil es der angestrebten Reichskanzlei genau gegenüberlag – heute ist von beiden Gebäuden nichts mehr zu sehen.

(Bonn-Bad Godesberg, Wissenschaftszentrum, vom 14. Oktober bis zum 27. November 83; Düsseldorf, Heinrich-Heine-Institut, vom 14. Dezember 83 bis zum 29. Januar 84; Berlin, Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz, vom 17. Februar bis 31. März. Katalog 20 Mark.)

HELLMUT JAESRICH




Hauswappen der Familie Mendelssohn FOTO: DIE WELT

Mailand: Leonardos Skizzenbücher zum Abendmahl

# Apostelköpfe in Rötel

Der Abschluß der Feiern aus Anlaß Leonardos Ankunft vor 500 Jahren in Mailand, beschert jetzt die bewegendste der vielen Ausstellungen zu seinen Ehren. Die englische Königin entlieh aus ihrer Sammlung in Windsor die Studien für das „Letzte Abendmahl".

Die zumeist winzigen Rötelskizzen sind nun im Halbdunkel des Refektoriums von Santa Maria delle Grazie vor der Wand ausgestellt, die 1943 Leonardos größtes Werk vor den Bomben bewahrt hat. Auch wenn das Fresko seit dem Jahr 1497, als der Meister für sein Wandbild eine Börse voll Golddukaten und ein paar Weinreben erhielt, immer mehr verblaßt.

Seit drei Jahren wird das „Letzte Abendmahl" von kundigen Händen restauriert. Wie so oft bei solchen Arbeiten erweist sich die vorhergehenden Restaurierungsarbeiten eher als ein Verhängnis. Von Nahem ist das Gemälde, das Leonardo nach einer selbst erfundenen Methode mit Tempera forte auf einen Gipsgrund auftrug, nun so zerfressen und zernarbt, daß man um die letzten Farbreste bangen muß. Nur von Weitem ist auch dieser Schatten der einstigen Herrlichkeit noch so ergreifend, wie wohl kein anderes Kunstwerk in der Welt.

Zum ersten Mal, seitdem Leonardo mit seinen Skizzen unter dem Arm vom Gerüst stieg, kann man sie nun mit dem Wandbild vergleichen. Denn seine Skizzenbücher, die er dem Schüler und Freund Melzi d'Eril hinterließ, wurden zerstückelt und zerstreut, als der Erbe starb. Allerdings stammen nur zwei der Rötelskizzen, zumeist Köpfe, Hände und Füße, sowie eine erste Kompositionsstudie, die anstatt der revolutionären Endfassung ein traditionelles Abendmahl zeigt, ohne Frage von Leonardo. Aber auch die Studien, die seine Schüler für ihn machten, lassen seinen mächtigen Einfluß erkennen.

Nun schaut man von den Skizzen zum „Abendmahl" auf und von der Wand zurück zu den Studien. So kann man Entwurf und Ausführung direkt vergleichen. Dabei ergeben sich für die Interpretation des Wandbildes. die bisher nur durch frühe Kopien möglich war, neue Nuancen. Bisher beruhte die Benennung der Apostel darauf, daß ein unbekannter Maler 1565 unter seine Abendmahlskopie in der Kirche von Ponte Capriasca (Provinz Lugano) Namen geschrieben hatte. Jetzt kann man sie anhand der Skizzen überprüfen, unter denen die von Leonardo gezeichneten Köpfe von Jakobus und Philippus die Schönsten sind.

MONIKA von ZITZEWITZ

Heimkehr nach Wien: Lorin Maazel dirigiert „Lulu" an der Staatsoper

# Salontragödie in Samt und Seide

Eine blamable Angelegenheit kam nun zum Ende: Nach 17 Städten hat nun endlich auch Wien seine dreiaktige „Lulu". Die Heimatstadt Alban Bergs und seines posthumen Vollenders Friedrich Cerha ließ sich Zeit mit der integralen Version jedes Bühnenwerks, in dem der Komponist (Alwa = Alban Berg) seiner Femme fatale mit Haut und Haaren erliegt, was wiederum die Witwe Helene Berg bis zu ihrem Tod der Welt nicht in allerletzter Konsequenz preiszugeben gewillt war . . . Verbote, Prozesse, Verfügungen, Strafandrohungen – alles Schnee vom vergangenen Jahr! Man spielt „Lulu" in der nunmehr fast vierstündigen Fassung landauf, landab – nun also auch an der Wiener Staatsoper.

Wahrscheinlich hätte Helene Berg sogar ihre helle Freude an der neuen Produktion gehabt. Denn so zahm, so jugendfrei, so erzkonservativ, konventionell und abonnentenfreundlich ist ihres Gatten Drama von Eros und Sexus wohl noch nie gespielt worden. Hausregisseur Wolfgang Weber inszenierte quasi vom Blatt, ließ das wilde Wedekind-Stück bilderbuchartig Revue passieren, erzählte brav und bieder, ohne tieferen Interpretationsanspruch, ohne jegliche Doppelbödigkeit die Geschichte von dem männermordenden, menschenzerstörenden Kindweib. In Samt und Seide (Kostüme: Marie-Luise Walek) wurde da Salontragödie gespielt, wurden Hände gerungen, Knie umfaßt, Haare gerauft, Verzweiflungen gemimt. „Lulu" à la Staatstheater: Der Plüsch der Ausstattung (Allen Charles Klein) schluckte alle grellen Töne, der noble Fin-de-Siècle-Look dämpfte die Ungeheuerlichkeit der Vorlage, und auch Hausherr Lorin Maazel umspülte das Ganze mit einem impressionistisch schimmernden, luxuriösen Alban-Berg-Sound, eliminierte alle Schroffheiten, expressionistischen Aufschreie, dissonanten Exzesse. Der schlagtechnisch brillante Opernchef identifizierte sich wohl kaum mit Alban Bergs Musik.

Fazit: Die vier Stunden wurden einem lang, nach und nach verlor man sogar das Interesse an all den artig handelnden Personen. Theo Adam (Dr. Schön), Hans Hotter (Schigolch), Brigitte Fassbaender (Geschwitz) und Heinz Zednik (Maler) vermochten immerhin durch gestalterische Eigeninitiative und Persönlichkeit über weite Strecken hin zu fesseln, was man von Richard Karczykowski (Alwa) leider nicht behaupten konnte – sein Tenor erwies sich durchweg als zu schwach.

Auch die Staatsopern-Debütantin Julia Migenes-Johnson als Lulu hatte Mühe, mit ihrer instrumental geführten, schmalen Stimme das Haus zu füllen, wenngleich ihre sichere stimmtechnische Beherrschung der heiklen Partie und ihr vollkommen natürliches, niemals vulgäres oder übertrieben kokettes Spiel sehr für sie einnahmen.

ANDREA SEEBOHM

# Ein unauffälliger Mann macht Kriminalgeschichte

## In Old Bailey begann das Verfahren gegen Dennis Nilsen

CLAUS GEISSMAR, London

Der Saal Nr. 1 des Londoner Kriminalgerichts Old Bailey hatte schon immer eine magische Anziehungskraft für Krimifreunde. Hier hat nicht nur der „Ripper von Yorkshire" als Mörder von 13 Frauen in der eichenholzgetäfelten Anklagebank gestanden. In diesem Saal sind auch große persönliche und politische Tragödien vor den Augen der Öffentlichkeit aufgerollt worden. In derselben Anklagebank, in der der „Ripper" Peter Sutcliffe zu lebenslänglich verurteilt worden ist, hat auch der deutsche Schauspieler Gunnar Möller gestanden. Möller, wegen Totschlags an seiner Ehefrau Brigitte zu fünf Jahren verurteilt, ist längst wieder ein freier Mann. Und Jeremy Thorpe, ehemaliger Parteiführer der britischen Liberalen, konnte aus derselben Anklagebank sogar sofort als freier und unschuldiger Mann heraustreten.



Dennis Nilsen (37)

Der angebliche Mordversuch an einem früheren homosexuellen Freund war dem Politiker nicht nachzuweisen. Die Engländer nannten den Mordprozeß gegen Thorpe einen „Jahrhundertprozeß". Sie konnten nicht ahnen, was der Saal Nr. 1 des Old Bailey in dieser Woche erleben würde. Der Mordprozeß, der in dieser Woche im Old Bailey stattfindet, würde selbst bei Agatha Christie eine Gänsehaut auslösen. Und was Richter Croom-Johnson in scharlachroter Robe und grauer Lockenhaarperücke über den Angeklagten Dennis Nilsen (37) hört, ist mit Sicherheit so grausam, blutig, widerlich und unappetitlich, daß selbst in diesem berühmten Gerichtssaal solche Details nur alle hundert Jahre ausgebreitet werden müssen.

Dennis Nilsen bestreitet nicht, „15 oder 16" Menschen getötet zu haben, ebenso wenig weitere „etwa sieben" Tötungsversuche. Die Leichen hat er zerstückelt, verbrannt und zuletzt sogar zerkocht und dann heruntergespült. Staatsanwalt Allan Green wandte sich am ersten Prozeßtag mehrfach an die acht Männer und vier Frauen auf der Geschworenenbank: „Es tut mir wirklich leid, daß ich hier dauernd so grausame Einzelheiten laut aussprechen muß."

Wer nach solchen Schilderungen des Staatsanwaltes seinen Blick auf die Anklagebank richtet und fürchtet, einem Monster in die Augen zu blicken, erlebt die größte Überraschung des Prozesses. Der Mann mit der Goldrandbrille in der Anklagebank hat ein schmales blasses Durchschnittsgesicht, das nicht die geringste Spur von Abnormität verrät. Man glaubt es gern, daß dieser Mann acht Jahre lang Beamter in Londoner Arbeitsämtern war, niemals aufgefallen ist und 1972 von Scotland Yard sogar auf ein Probejahr zum „Bobby" gemacht worden ist.

Staatsanwalt Allan Green hat aus einem ebenso einfachen wie makabren Grund nur sechs vollendete und zwei versuchte Morde angeklagt: Die anderen Tötungsdelikte mußten juristisch ausgelassen werden, weil weder die Leichen zu finden sind noch der Täter die Namen der Opfer in Erinnerung hat. Dennoch weiß Dennis Nilsen ganz genau, daß es „15 oder 16" waren. Er hat nämlich alle Opfer mit einem Schlips erdrosselt. Und seine Erklärung lautet schlicht so: „Früher hatte ich 15 oder 16 Schlipse im Schrank. Jetzt habe ich nur noch einen."

Trotz aller dieser Eingeständnisse sagt Dennis Nilsen in der Anklagebank zu den acht Anklagepunkten jedesmal mit fester Stimme: „Not Guilty." Er will nicht des Mordes und Mordversuches, sondern nur des Totschlags schuldig sein. Verteidiger Ian Laurence hat sich vorgenommen, im Laufe dieser Prozeßwoche zu beweisen, daß Nilsen immer im Zustand verminderter Zurechnungsfähigkeit handelte. Alle Taten verliefen nach demselben Schema: Immer nahm der Junggeselle Nilsen aus einem Londoner Pub einen jungen Mann im Alter von 17 bis 28 Jahren mit nach Hause. Dort hörte Nilsen mit seinen Opfern Schallplattenmusik oder schaltete den Fernseher ein und servierte Wodka in Wassergläsern. Wenn seine Opfer betrunken oder übermüdet schliefen, ging Dennis Nilsen zum Kleiderschrank, um einen seiner Schlipse zu holen ...

Hat Dennis Nilsen sein erstes Opfer, einen unbekannten 18jährigen Iren, im Dezember 1978 umgebracht, weil er die Einsamkeit und den Gedanken nicht ertragen konnte, die Gesellschaft des 18jährigen nach einer Nacht wieder zu verlieren? Geriet er danach in einen Tötungsrausch, weil das Schema der ersten Tat so einfach war?

Den acht Juristen in schwarzen Talaren und Lockenhaarperücken, die im Saal Nr. 1 Anklage und Verteidigung vertreten, war an den ersten beiden Prozeßtagen anzumerken: Sie können selbst noch keine Antworten auf solche Fragen geben. Jetzt sollen Psychiater als Sachverständige aussagen. Doch es besteht die Gefahr, daß diesmal sogar die Psychiatrie überfragt ist. (SAD)

Glasklar

Gut Panker bei Lütjenburg / Ostholstein — Fotografiert von TOM ROHWER

# Sofia als Drogenschleuse?

## Wieder Vorwürfe gegen bulgarischen Geheimdienst

AFP, Washington

Bulgarien kontrolliert einen großen Teil des Drogenhandels mit Westeuropa und den Vereinigten Staaten, um so den Westen zu destabilisieren. Das versichert die amerikanische Monatsschrift „Reader's Digest" in ihrer jüngsten Nummer. Nathan Adams beruft sich dabei auf Informationen von Geheimdiensten aus acht Ländern Nordamerikas, Europas und des Nahen Ostens.

Mehr als 50 Prozent des in Westeuropa konsumierten und ein Großteil des in die USA eingeführten Heroins, schreibt Adams, komme mit Beteiligung hoher Regierungsbeamter über Bulgarien.

Eine Richtlinie des bulgarischen Geheimdienstes Komitet Darzhavna Sigurnost (KDS) aus dem Jahre 1970 über die Destabilisierung der westlichen Gesellschaft vor allem durch Drogen lege die Strategie in diesem Bereich fest. Verwirklicht werde sie von einer staatlichen bulgarischen Import-Export-Gesellschaft, der Kintex, in deren Direktion es nur so von Agenten der für Geheimdienstoperationen im Ausland und Terrorismus zuständigen KDS-Abteilung wimmele.

Bei der Kintex sind, so Adams, keine Geldzahlungen erforderlich. Sie sei zweifellos die einzige Gesellschaft, die Waffen gegen Drogen eintausche. Sobald das Rauschgift geliefert sei, würden die Waffen auf Geheimwegen Rebellenorganisationen im Nahen Osten oder anderswo zugeleitet. Es handle sich um sehr lukrative Geschäfte, den Waffen, Drogen und andere Schmuggeloperationen verdoppelten praktisch die Einnahmen des bularischen Außenhandels (22,3 Milliarden Dollar im vergangenen Jahr). Als Beispiel führt Adams die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO an, die annähernd 40 Prozent ihrer leichten Waffen mit aus Libanon und Syrien stammendem Heroin, Haschisch und Morphium bezaplt habe.

# Vier von fünf Deutschen flirten mit Fortuna

## 20 Milliarden verspielen sie jährlich für das große Glück

F. R. KARUTZ, Berlin

Wer seinem Glück die Sporen geben will, der muß fest im Realisten-Sattel sitzen – allein Vater Staat ist der größte (Steuer-)Glücksritter. Zehn Milliarden Mark verspielen die Bürger der Bundesrepublik Deutschland jährlich – vom Lotto bis zu den Groschengräbern in den Kneipen. Ebensoviel Geld setzen die Spielbanken am grünen Filztisch um. Vier von fünf Deutschen flirten regelmäßig mit Fortuna. Alle diese Zahlen und manches vergnügliche Zahlenspiel um Chancen oder Nicht-Chancen legte jetzt die „Stiftung Warentest" in Berlin vor.

Ralf Lisch, 33jähriger Doktor der Philologie und Statistik-Experte, schrieb in seinem Buch „Spielend gewinnen? Chancen im Vergleich" (7,80 DM) auf 176 Seiten nieder, was man wissen muß, wenn man sich selbst ein wenig in Versuchung führt. Dabei kommt er zu amüsanten Feststellungen:

„Die mathematische Wahrscheinlichkeit, im Lotto 6 aus 49 beispielsweise sechs Richtige zu treffen, beträgt 0,000 000 072. Bei einer Flugreise seinen Koffer zu verlieren, bringt es dagegen nur auf die Quote 0,00 014." Lisch schreibt, es sei etwa viermal wahrscheinlicher, innerhalb eines Jahres vom Blitz erschlagen zu werden, als beim Lotto sechs Richtige zu haben. Für Männer sei die Chance, 100 Jahre alt zu werden, noch immer 7000 mal höher als ein Lotto-Volltreffer.

Noch eine Anmerkung zum Lotto: Wer mit 50 Prozent Wahrscheinlichkeit bei diesem Spiel zumindest einen Dreier gewinnen will, muß statistisch mindestens 37 Spiele tippen.

Die Tips von Ralf Lisch können Geld oder Gold wert sein.

- „Wählen Sie Ihre Kreuze im Lotto nicht nach Geburtsdatum aus. Das tun so viele Leute, daß im Falle eines Gewinns die Quoten unter Umständen sehr gering sind.
- Wählen Sie Zahlenkombinationen, von denen Sie annehmen, daß sie nicht von anderen getippt werden. Sein Vorschlag: 41 - 42 - 43 - 44 - 45 - 46. Bei Fußball-Toto, Rennquintett und Spiel 77 lohnt sich das Mitspielen eher, wenn sich viel Geld im Jackpot befindet.
- Wenn Sie sich zur Teilnahme an einer Klassenlotterie entscheiden, dann spielen Sie alle sechs Klassen durch. Erst in der sechsten Klasse nutzen Sie ihre Chancen voll aus.
- Zwar ist beim Roulette der im Mittel zu erwartende Verlust am geringsten von allen Spielen, jedoch darf dabei die schnelle Spielfolge nicht übersehen werden. Die Verluste addieren sich von Spiel zu Spiel, und aus lauter einzelnen kleinen Beträgen werden so große Summen.
- Bedenken Sie vor der Teilnahme an einem Preisausschreiben, daß Ihre Absenderangabe möglicherweise im Adressenhandel endet.

Die alte Operettenweisheit für alle Verlierer „Glücklich ist, wer vergißt, was nicht mehr zu ändern ist", formuliert Lisch auf seine Weise: „Lassen Sie sich durch diese Ratschläge nicht die Freude am Spiel verderben."

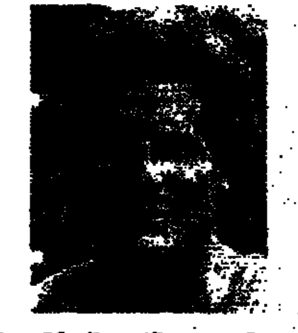
# LEUTE HEUTE

### „Intelligenzstuhl"

Ein japanischer Ingenieur will Amerikanern helfen, ihren Intelligenzquotienten zu steigern. **Yoshio Nakamatsu** (55), wegen seiner 2360 Patente auch „der japanische Edison" genannt, stellte jetzt seine jüngste Schöpfung, den „smart chair" („Intelligenzstuhl"), in Los Angeles vor. Er soll in der Lage sein, die Leistungsfähigkeit des Gehirns um 30 Prozent zu steigern. Das will Nakamatsu an 500 Testpersonen ermittelt haben. Der Stuhl ähnelt einem Friseursessel. Eingebaute Elektroden sorgen für die Übertragung von Alphawellen auf das Gehirn des Benutzers. Gleichzeitig wird der Blutkreislauf durch einen Infrarotstrahler am Fußende angeregt. Die gesteigerte Leistungsfähigkeit hält annähernd zwei Monate an. Der Stuhl soll jetzt in Serie gehen.

### Ungarische Tragödie

**Werner von Moltke** (47), der frühere deutsche Zehnkampf-Europameister, hatte auf der Fahrt zu den Kunstturn-Weltmeisterschaften in Budapest einen schweren Autounfall, bei dem einer der bekanntesten ungarischen Komponisten zeitgenös-



sischer Musik getötet worden sein soll. Den Namen gaben die Behörden nicht bekannt. In Moltkes Wagen saßen dessen amerikanische Lebensgefährtin **Karina Taylor**, die im Gefängnis von Györ tagelang behauptet hatte, das Auto gesteuert zu haben, und **Horst Ritter**, Leiter der Frankfurter Turnerbund-Geschäftsstelle.

# Hertz bestellt Autos für vier Milliarden Mark

SAD, New York

Die amerikanische Autoverleihfirma Hertz hat jetzt ihr Vertrauen in den Wiederaufschwung der US-Wirtschaft durch einen Rekordauftrag an die Automobilindustrie unter Beweis gestellt. Die Firma bestellte zur Verjüngung ihrer Wagenparks 153 000 neue Autos im Wert von umgerechnet 4,1 Milliarden Mark. Die Firma, die im Rezessionsjahr 1983 erheblich darunter geblieben war, verteilte ihren Riesenauftrag zu 93,8 Prozent auf US-Hersteller. Damit entfielen nur 6,2 Prozent auf ausländische Fabrikate. Im vergangenen Jahr waren es noch fast doppelt soviel. Unter den bestellten Wagen sind praktisch sämtliche Größen und Marken. Die meisten sind mit automatischem Getriebe, Klimaanlage und vier- bis sechszylindrigen Motoren ausgerüstet.

### Weißer Wal im Jadebusen

dpa, Wilhelmshaven

Ein weißer Wal, dessen Länge auf über vier Meter geschätzt wird, hält sich im Jadebusen vor Wilhelmshaven auf. 1966 schwamm ein Weißwal rund 400 Kilometer rheinaufwärts bis Bad Honnef, um schließlich den Weg zurück in die freie See zu finden.

### Nur ein Mißverständnis?

lz. München

Die Abschiebung der japanischen Musikerin Naoko Hatta aus Bayern (WELT vom 24. 10.) wurde gestern vom bayerischen Innenministerium als „bedauerliches Mißverständnis" zwischen dem zuständigen Landratsamt und dem Verwaltungsgericht dargestellt. Die 24jährige Japanerin, die in München die Hochschule für Musik besuchen wollte, war gegen ihren Willen in ein Flugzeug nach Tokio gesetzt worden, obwohl das Verwaltungsgericht die Behörde gebeten hatte, ein schwebendes Verfahren abzuwarten.

### Mord nach Hochzeit

AFP, Sheffield

Nach einem dreifachen Mörder fahndet die Polizei in der nordenglischen Stadt Sheffield. Der Mann hat Montag nacht den reichen Rechtsanwalt Basil Laitner, seine Frau Avril und beider Sohn Richard (26) in ihrer Villa erstochen. Die Leichen wurden gestern von den Dienstboten entdeckt. Die 18jährige Tochter hat das Blutbad überlebt. Sie war von dem Täter gefesselt worden. Die Familie hatte kurz vorher an der Hochzeitsparty der ältesten Tochter teilgenommen.

### Preise für Alternativmethoden

dpa, Bonn

Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler hat gestern in Bonn drei Wissenschaftler mit dem Forschungspreis seines Ministeriums zur Förderung von Alternativen zu Tierversuchen ausgezeichnet. Zwei Drittel des mit 30 000 Mark dotierten Preises erhielten die Göttinger Professoren Paul-Gerhard Spieckermann und Hans Michael Piper für ein von ihnen entwickeltes Verfahren zur Züchtung von Herzmuskelzellen. Den zweiten Teil des Preises erhielt der Marburger Rudolph Barth für die Weiterentwicklung einer Prüfmethode für Tollwut-Impfstoffe ohne Tierversuche. Diese Methode wird bereits industriell angewandt.

# WETTER: Im Norden Regen

**Wetterlage:** Die Warmfront des vor der norwegischen Küste angelangten Tiefs zieht über die Nordhälfte Deutschlands hinweg und führt hier milde Meeresluft heran. Im Süden überwiegt der Einfluß des über den Alpen liegenden Hochs.




**Vorhersage für Mittwoch**

**Die gesamte Bundesrepublik:** Im Norden zunächst stark bewölkt bis bedeckt und gelegentlich Regen oder Sprühregen. In der Mitte und im Süden teils heiter, teils wolkig und trocken. Höchste Temperaturen 9 bis 13 Grad. Nullgradgrenze in den Alpen in 2500 m. Tiefstwerte in der Nacht zum Donnerstag im Norden um 7, im Süden bei 3 Grad, nur im Alpenvorland geringer Frost. Im Norden frischer bis starker, sonst schwacher bis mäßiger Südwestwind.

**Die weiteren Aussichten:**
Überwiegend freundlich und recht mild.

**Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:**

| | | | |
|---|---|---|---|
| Berlin | 8° | Kairo | 24° |
| Bonn | 10° | Kopenh. | 7° |
| Dresden | 8° | Las Palmas | 20° |
| Essen | 9° | London | 10° |
| Frankfurt | 8° | Madrid | 15° |
| Hamburg | 8° | Mailand | 11° |
| List/Sylt | 9° | Mallorca | 21° |
| München | 5° | Moskau | 5° |
| Stuttgart | 8° | Nizza | 18° |
| Algier | 21° | Oslo | 4° |
| Amsterdam | 8° | Paris | 6° |
| Athen | 16° | Prag | 7° |
| Barcelona | 19° | Rom | 13° |
| Brüssel | 6° | Stockholm | 4° |
| Budapest | 11° | Tel Aviv | 27° |
| Bukarest | 12° | Tunis | 23° |
| Helsinki | 5° | Wien | 7° |
| Istanbul | 17° | Zürich | 5° |

*Sonnenaufgang am Donnerstag: 7.05 Uhr, Untergang: 17.06 Uhr, Mondaufgang: 20.52 Uhr, Untergang: 13.17 Uhr.
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

# Von den Energie-Riesen am Rande des Universums

dpa, Hamburg

Seit der Entdeckung der Quasare vor mehr als 20 Jahren arbeiten die Wissenschaftler intensiv an der Entlarvung dieser vermutlich am Rande des Universums stehenden Energie-Riesen. Wie muß das Objekt etwa von der Größe unseres Sonnensystems beschaffen sein, so lautet das zu lösende Rätsel, das soviel Licht, Röntgen- und Ultraviolett-Strahlen herausschleudert wie zehn Galaxien zusammen? In den vergangenen Monaten haben Astronomen des Technischen Instituts von Kalifornien (Caltech) einige bedeutsame Entdeckungen bei diesen quasistellaren Objekten, Quasare genannt, gemacht. Die meisten Astronomen gehen jetzt davon aus, daß ein Quasar ein kombiniertes System von „Motor und Treibstoff" ist – ein Schwarzes Loch (als Überbleibsel eines verblichenen großen Sterns oder einer Sternen-Gruppe), umgeben von einem Ring einströmenden Gases oder Staubes (Akkretionsscheibe). Das Ganze steht im Zentrum einer Galaxie. Der enorme Energieausstoß kommt von der Materie in der Akkretionsscheibe. Diese Scheibe wiederum erfährt im Gravitationsstrudel der – theoretisch angenommenen, aber noch nie nachgewiesenen – Schwarzen Löcher eine enorme Beschleunigung und Aufheizung. Die große Fluchtgeschwindigkeit dieser Energiebündel – bis zu 250 000 Kilometer je Stunde – läßt darüber hinaus auf eine Position am Rande des Universums schließen.

Matthew A. Malkan vom Caltech hat nun Beweise gefunden, die diese Überlegungen untermauern. Mit den Teleskopen auf dem Mount Palomar und dem Mount Wilson in Südkalifornien hat er optische und Infrarot-Aufnahmen von den sechs hellsten Quasaren am Himmel gemacht. Er wertete außerdem die Meßdaten aus, die der internationale Ultraviolett-Satellit (IUE) zur Erde gefunkt hat.

Dabei waren die Satelliten-Messungen von besonderer Bedeutung, weil die Quasare den größten Teil ihrer Strahlungsenergie im Ultraviolett-Bereich des Spektrums ausstoßen, den der Satellit wiederum messen kann. Die Daten deuteten auf Temperaturen von 30 000 bis 40 000 Grad (unsere Sonne hat an der Oberfläche 5500 Grad) im Inneren der Akkretions-Scheibe hin. Dort ist nach Malkan „die Reibung des einströmenden Gases extrem hoch".

Schwarze Löcher werden nach Größe und Funktion durchaus unterschiedlich interpretiert. Jene, die Quasare antreiben sollen, erzielen sehr viel spektakulärere Wirkung als die in Doppelstern-Systemen vermuteten, wo eine zur Größe eines Kometenkopfes zusammengepreßte Masse von einigen Sonnen aufgenommen wird. Die größeren Systeme könnten aus dem Kollaps von zehn Millionen bis einer Milliarde Sonnen entstanden und auf die Größe einer Kugel vom Durchmesser unseres Sonnensystems komprimiert worden sein.

Mit Spannung sehen die Wissenschaftler dem Start des Weltraumteleskops 1986 entgegen, weil sie sich von ihm auch Aufklärung darüber versprechen, in welchem Galaxien-Typ Quasare eigentlich heimisch sind. Die spiralförmigen Milchstraßen-Systeme werden vor allem als „Heimat" von Quasaren angesehen, weil sie reich an Gas und Staub sind. So hat man Andeutungen von Spiralarmen in den Galaxien gefunden, die Quasare umgeben.

Am Anfang des Univerums gab es offenbar viel mehr helle Quasare als jetzt. Man erkennt das daran, daß so viele von ihnen kräftige Rotverschiebungen zeigen, was sie als vor langer Zeit entstanden und weit entfernt kennzeichnet. Das von ihnen jetzt in die irdischen Teleskope einfallende Licht begann seine Reise von den Quasaren irgendwann vor einer Zeit zwischen einer Milliarde und 14 Milliarden Jahren (ein Lichtjahr = 9,46 Billionen Kilometer). Eine Denkschule geht davon aus, daß sich alle Quasare in derselben frühen Epoche des Universums bildeten.

Astronomen in den USA halten es schließlich für vorstellbar, daß sich das Schwarze Loch eines Quasars selbst abschaltet – dann nämlich, wenn es wie ein Auto den letzten Tropfen Benzin seiner Gas- und Staubvorräte aus der Akkretions-Scheibe erschöpft hat. Dazu Caltech-Professor Wallace L. W. Sargent: „Das würde auch erklären, warum es in der Vergangenheit mehr Quasare gab als heute: Ihre Treibstoff-Vorräte sind einfach erschöpft." Das Schwarze Loch würde sich allerdings die Gravitationskraft erhalten und alle ihm zu nahe kommende Materie aufsaugen können. Damit entstünde nach dieser Theorie ein „Schlafender Quasar".

RUDOLF MERGET



### ZU GUTER LETZT

*Petra Faulstich, dritter weiblicher Jockey in Deutschland, wurde bestraft, weil sie Peter Remmert im Affekt die Peitsche über den Rücken zog. Eine Meldung der Deutschen Presse-Agentur.*